

Marc Engelhardt

Das Verblassen der Welt

Auslandsberichterstattung in der Krise

OBS-Arbeitspapier 53
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

Marc Engelhardt
Geschäftsführer
CrowdNewsroom Schweiz
c/o ImpactHub Zürich
Sihlquai 131
CH-8005 Zürich
E-Mail: marc.engelhardt@crowdnewsroom.org

Redaktion:

Benedikt Linden (OBS)

Satz und Gestaltung:

think and act –
Agentur für strategische Kommunikation

Titelbild:

Eigene Darstellung der OBS nach Infogram
(<https://infogram.com/>) mit Daten
der Pressedatenbank Genios.

Redaktionsschluss:

26. Januar 2022

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Als Afghanistan im Sommer 2021 nach dem endgültigen Abzug der westlichen Militärtrouppen innerhalb weniger Wochen wieder vollständig in die Hände der Taliban fiel, einer islamistischen Gruppierung, die bereits vor dem Einmarsch im Jahr 2001 das Land regierte, war die Überraschung in der Öffentlichkeit groß. Offensichtlich war es der westlichen Welt während der 20 Jahre andauernden Besetzung entgangen, dass die Taliban vor allem auf dem Land und außerhalb der großen Städte über einen veritablen Rückhalt in der Bevölkerung verfügten oder dort zumindest nicht so eindeutig als größtmögliches Übel wahrgenommen wurden, wie es der eigene Blick nahelegte. Das hat Gründe. Die Medienberichterstattung war auf die Großstädte, insbesondere die Hauptstadt Kabul, und auf militärische Geschehnisse fokussiert gewesen und betrachtete die Geschehnisse im Land weitestgehend aus der Ferne: Die zuständigen Korrespondent:innen der deutschen Medien saßen zumeist in Neu-Delhi, Berlin, München oder Washington. Hintergründige Berichte aus der Fläche Afghanistans, profunde Analysen und Vor-Ort-Kenntnisse der gesamtafghanischen Gesellschaft, ihrer Menschen und ihrer Politik waren dadurch rar gesät und wurden im rund 5.000 Kilometer entfernten Deutschland kaum wahrgenommen.

Dabei stellt Afghanistan nur das prominenteste Beispiel eines Landes dar, das in der Öffentlichkeit allenfalls sehr einseitig Erwähnung findet. Die mediale Berichterstattung über die Situation im Jemen, ein weiteres Land in dem seit Jahren ein blutiger Krieg mit vielen zivilen Opfern tobt, bleibt in Ausmaß und Tiefe weit hinter derjenigen zum Afghanistan-Konflikt zurück; von der Berichterstattung über Länder, in denen (noch) kein kriegerischer Konflikt herrscht, ganz zu schweigen. In deutschen Medien, so muss konstatiert werden, verblassen ganze Teile der Welt zunehmend.

Woher aber rührt der scheinbar paradoxe Umstand, dass in einer immer stärker vernetzten und digitalisierten Welt voller neuer technischer Möglichkeiten der Kommunikation die „weißen Flecken“ auf der Landkarte der journalistischen Berichterstattung nicht verschwinden, sondern sich im Gegenteil vergrößern? Und wieso kratzt der Journalismus selbst dort, wo berichtet wird, oftmals nur an der Oberfläche? Die Otto Brenner Stiftung ist froh, mit dem profilierten Journalisten und Buchautor Marc Engelhardt einen erfahrenen Auslandskorrespondenten für eine gründliche Untersuchung dieser Fragestellungen gefunden zu haben. Engelhardt, der über 15 Jahre als freier Auslandskorrespondent arbeitete, erfasst für das vorliegende Diskussionspapier die Auslandsberichterstattung

von 23 regionalen und überregionalen deutschen Zeitungen über einen Zeitraum von zehn Jahren, zeichnet ihre Defizite anhand von vier Fällen (Mali, Syrien, Afghanistan und der Wahl von Donald Trump) detailliert nach und befragt rund 40 Korrespondent:innen zu Gegenwart und Zukunft ihres Berufes.

Er kommt zu dem Ergebnis, dass das „Verschwinden der Welt“ insbesondere auf fünf Faktoren zurückzuführen ist: Spardruck in Redaktionen, schrumpfende Budgets und das Ausdünnen der Korrespondent:innennetzwerke führen dazu, dass Auslandberichte kaum mehr kontinuierlich, sondern stärker anlassbezogen angefordert werden – und von Journalist:innen verfasst werden müssen, die mit dem jeweiligen Land kaum vertraut sind. Zeitgleich verringert der Abbau von Auslandsseiten und Sendeplätzen in deutschen Medien die Nachfrage nach und den Raum für ausführliche Berichterstattung. Währenddessen wachsen die Hürden für die Arbeit von Korrespondent:innen, nicht zuletzt wegen des weltweit zunehmenden Autoritarismus und verstärkt eingesetzter (staatlicher) Propaganda. Berichterstatte:r:innen aus dem Ausland müssten deshalb zusätzlich zur traditionellen Berichterstattung neue Aufgaben wahrnehmen, die Orientierung, Kontextualisierung und Einordnung des Geschehens im Ausland sicherstellen, sind dazu aber offensichtlich immer weniger in der Lage – ein gefährlicher Trend, der sich durch die Corona-Pandemie, auch das kann Engelhardt zeigen, noch verschärft.

„Die Auslandsberichterstattung [...] leistet [...] mehr, als nur über den eigenen Teller- rand zu blicken“, konstatierte eine von der Otto Brenner Stiftung geförderte Studie bereits vor über zehn Jahren. Heute, in Zeiten anschwellender geopolitischer Konflikte und eines verstärkten (auch militärischen) internationalen Engagements Deutschlands, zeigt sich die gesamtgesellschaftliche Bedeutung einer qualitativ hochwertigen Auslandsberichter- stattung erneut mit voller Wucht: Nur wer angemessen informiert ist, kann als Bürger:in fundierte Entscheidungen treffen und (außen)politische Positionen entwickeln. Vor die- sem Hintergrund geht das vorliegende Diskussionspapier mit Vorschlägen zur Verbesse- rung der krisenhaften Situation in Vorlage.

Eine angemessene Darstellung des weltweiten Geschehens sei auch „ein Zeichen, dass die reiche Welt des Westens die Menschenwürde für universell und unteilbar hält“, schrieb der SZ-Auslandsredakteur Arne Perras vor einigen Jahren. Stiftung und Autor hoffen mit dem vorliegenden Papier daran mitzuwirken, dass dieses Zeichen zukünftig wieder eindeutig zu erkennen ist.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im Februar 2022

Inhalt

1	Ausgangslage, Fragestellungen und Vorgehensweise	4
2	Forschungsstand	7
3	Das Verblässen der Welt: Die Auslandsberichterstattung in deutschen Medien heute	11
	3.1 Eine Welt voll weißer Flecken	12
	3.2 Das Beispiel Mali.....	17
	3.3 Das Beispiel Trump.....	20
	3.4 Die Beispiele Syrien und Afghanistan.....	22
4	Fünf Gründe für die Krise der Auslandsberichterstattung	28
	4.1 Das Verschwinden der Korrespondentinnen und Korrespondenten.....	29
	4.2 Die Ausdünnung der Auslandsseiten und Sendeplätze	33
	4.3 Das Schrumpfen der Budgets und Redaktionen	35
	4.4 Das Wachstum der Barrieren.....	36
	4.5 Die Zunahme von Propaganda und die Rolle sozialer Medien	40
5	Die Corona-Pandemie und ihre Folgen für die Auslandsberichterstattung	45
6	Neuer Auslandsjournalismus? Wie die Welt wieder sichtbarer werden kann	50
	Quellenverzeichnis	57
	Interviewte Personen	61
	Hinweise zum Autor	62
	Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	63
	Tabellenanhang.....	64

1 Ausgangslage, Fragestellungen und Vorgehensweise

Die Auslandsberichterstattung in deutschen Medien steht unter bisher ungekanntem Druck. Die wenigsten Medienhäuser verfügen noch über ein Netz eigener, fest angestellter Korrespondentinnen und Korrespondenten. Das gleiche gilt für pauschalierte Auslandsberichterstatte(r)innen und -berichterstatte(r), die von mehreren Redaktionen anteilig finanziert werden. Mittlerweile werden zudem auch die Ressourcen für freie Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten eingeschränkt. Viele Redaktionen sind bei der Orientierung in der Welt daher auf die wenigen Leitmedien mit eigener Auslandspräsenz angewiesen. Neben dem öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen sind das vor allem Nachrichtenagenturen, die ihrerseits Büros zusammenlegen oder schließen. Das Budget für sogenannte Fixerinnen oder Fixer – Personen, die aus Ländern oder Regionen Inhalte und Sendematerial zuliefern – reicht in vielen Fällen nicht mehr aus, um eine kontinuierliche und qualitativ anspruchsvolle Nachrichtenberichterstattung gerade aus Gegenden sicherzustellen, in denen die journalistische Arbeit oftmals besonders gefährlich ist – sei es wegen bewaffneter Konflikte, autoritärer Regime oder aufgrund des staatlichen Kontrollverlusts zugunsten terroristischer Gruppen. Selbst global ausstrahlende Medien wie die *British Broadcasting Corporation* (BBC) oder *Radio France Internationale* (RFI), die für viele Korrespondentinnen und Korrespon-

dentinnen wichtige Signalfunktionen übernehmen, haben ihre Netzwerke ausgedünnt und stehen unter Druck, dies weiter zu tun. Seit 2020 hat die Corona-Pandemie die Arbeit der Auslandsberichterstatte(r)innen und -berichterstatte(r) weiter verschärft.

Mit der sinkenden Zahl an Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) geht ein schwindender Blick aus Deutschland auf die Welt und eine zunehmende Konzentration auf wenige Regionen und/oder Ereignisse einher. Gerade in der Tagespresse und ihren Onlineangeboten entstehen Auslandsberichte inzwischen zunehmend an interessengeleitete Akteure, was wir aus vielen Ländern wissen sollen und können: Zu ihnen zählen die Pressestellen von Regierungen und weiterer staatlicher Stellen, Hilfsorganisationen, aber auch Tweets ungeklärter Herkunft. Im Krisenfall oder im Rahmen von Pressereisen flogen Redakteure (bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie) in ihnen nahezu unbekannte Länder und taten dort oft wenig mehr, als ihre Vorurteile bestätigen zu lassen – eine Tendenz, die Hahn/Lönnendonker/Schröder schon 2008 als „Fallschirmjournalismus“ beschrieben. Autoritäre Staaten verweigern darüber hinaus den Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) vor Ort häufiger als früher die nötigen Zulassungen oder – wie in China – Reisegenehmigungen innerhalb des Landes.

Die Folge ist eine Situation der Auslandsberichterstattung, die als krisenhaft beschrieben werden kann, und ein zunehmend verzerrtes oder verblässendes Bild der Welt. Dieser Trend ist besonders beunruhigend, weil Deutschland eine stärkere Rolle in der Welt wahrnimmt, als dies noch im kalten Krieg der Fall war. So sind Bundeswehr und Bundesregierung als Akteurinnen in internationalen Krisen gefragt. Wählerinnen und Wähler sollten dementsprechend in die Lage versetzt werden, den Sinn etwa von Blauhelm-Interventionen beurteilen zu können und zu wissen, welche Krisen und Kriege Menschen zur Flucht zwingen. Sie dürfen zurecht erwarten, dass über diese Krisen hintergründig und ausführlich berichtet wird – sowie ganz generell, dass Interviews nach besten Möglichkeiten geführt, Geschichten gründlich recherchiert sowie Einschätzungen auf einem soliden Fundament und mit journalistischer Unabhängigkeit getroffen werden. Dafür aber fehlen zunehmend die Mittel. Zudem erodieren Orte für vertiefende Auslandsberichterstattung, wie etwa die seit 2019 geführte Diskussion über den Sendeplatz des „Weltspiegel“ in der ARD zeigt. Immer wieder droht dem traditionsreichen Auslandsmagazin die Verbannung auf einen weniger prominenten Sendeplatz, was von Kritikerinnen und Kritikern als „Abwertung der Auslandsberichterstattung“ bewertet wird (Der Spiegel 2021a, siehe auch Der Spiegel 2021b und Kapitel 4.2).

Die Folgen für unsere demokratisch verfasste Gesellschaft sind weitreichend. Wissen als Grundlage von Wahrheit ist ein Grundstein der Demokratie. Der Soziologe Daniel Patrick

Moynihan konstatiert zurecht: Jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene Fakten. Zunehmender Relativismus gerade in Fragen von Geschehnissen, die jenseits des eigenen Erfahrungshorizonts der Leserinnen und Leser stattfinden, fußt auch auf einem Mangel an gesicherten Fakten, die zugunsten von kostenfreiem „Content“ zweifelhafter Qualität und Herkunft geopfert werden. Das nutzt Populistinnen und Populisten, die alles Schlechte diffusen Verursacherinnen und Verursachern im – zunehmend unbekanntem – Ausland anlasten wollen. Die Folgen sind weitreichend und gehen über die Auslandsberichterstattung hinaus: Wenn weltweit die Hälfte der Menschen glaubt, von „der Politik“ in die Irre geführt zu werden und in Deutschland jeder Dritte vermutet, häufig oder regelmäßig Opfer von Falschmeldungen zu sein (Jaster/Lanius 2019, S. 8), dann ist das eine Lage, die auch den Auslandsjournalismus trifft.

Vor dem Hintergrund des skizzierten Problemfeldes verfolgt dieses Diskussionspapier drei Ziele: Die Darstellung der Auslandsberichterstattung in deutschen Medien heute; die Diskussion der dafür verantwortlichen Gründe sowie die Skizzierung möglicher Auswege aus der gegenwärtigen Krise. Gemeinsam ergeben diese Facetten einen aktuellen Zustandsbericht der Auslandsberichterstattung in Deutschland. Die Corona-Pandemie, die die Berichterstattung insgesamt spätestens seit April 2020 maßgeblich beeinflusst hat, wird dabei separat betrachtet. Entsprechend der Zielsetzung verfolgt das Papier drei Fragen, die sich in der Gliederung widerspiegeln:

1. Wie stellt sich die Auslandsberichterstattung in deutschen Medien heute dar und welche Defizite weist sie auf?
2. Welche Faktoren sind für die prekäre Auslandsberichterstattung in deutschen Medien verantwortlich zu machen?
3. Was kann getan werden, um dem konstatierten Verschwinden ganzer Teile der Welt in der deutschen Auslandsberichterstattung entgegenzuwirken?

Das Papier schließt an frühere Untersuchungen an, greift auf deren Erkenntnisse zurück und reflektiert diese im Licht aktueller Entwicklungen (Kapitel 2). Zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage wurde in einer quantitativen Analyse mit Hilfe der Genios-Datenbank¹ die Abbildung der Welt in Artikeln ausgewählter Leitmedien vermessen (Kapitel 3). Darüber hinaus wird der Zustand der aktuellen Auslandsberichterstattung anhand einiger Beispiele –

den Konflikten in Mali, Syrien und Afghanistan sowie der Wahl Donald Trumps – detailliert nachgezeichnet. Um die Ursachen des desaströsen Ist-Zustandes zu ermitteln (Kapitel 4 und 5) und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten (Kapitel 6), wurde unter Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten des Netzwerks „Weltreporter“² eine Befragung mit offenen sowie vorgegebenen Antworten durchgeführt. Mit vier Reporterinnen und Reportern wurden ausführliche qualitative Interviews geführt. Wo im Folgenden ausführliche Passagen ohne separate Quellenangabe zitiert werden, handelt es sich um eines der Interviews mit den Gesprächspartnern, die im Anhang vorgestellt werden. Dazu kommt die Analyse zahlreicher früherer Studien, Bücher, Artikel und Reden von Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten sowie die Erfahrungen des Autors, der selbst seit bald zwei Jahrzehnten als Auslandskorrespondent arbeitet.

1 Die GENIOS-Datenbank sammelt unter anderem Presseartikel im Volltext von mehr als 350 Zeitungen (180 davon deutschsprachig) und ist nach eigenen Angaben der führende Anbieter seiner Art im deutschsprachigen Raum. Das Archiv ist wegen seines umfassenden Bestands für die wissenschaftliche Auswertung besonders geeignet. Genutzt wurde ein Zugang über den Verbund der öffentlichen Bibliotheken Berlins (VÖBB).

2 Weltreporter ist laut eigener Aussage das „größte Netzwerk freier deutschsprachiger Auslandskorrespondent*innen“, die aus mehr als 160 Ländern berichten. Der Autor war 14 Jahre lang Mitglied und davon fünf Jahre lang Vorsitzender des Netzwerks.

2 Forschungsstand

In diesem Diskussionspapier konzentriere ich mich auf die aktuelle Situation des Auslandsjournalismus und damit auf die vergangenen ca. zehn Jahre, aus denen vergleichsweise wenige Untersuchungen zum Thema vorliegen. Ich schließe an mehrere ausführliche Studien an, die sich mit der Situation der Auslandsberichterstattung befassen (vgl. zum Beispiel Kramp/Weichert 2011). Eine der umfassendsten Darstellungen zum Thema im deutschsprachigen Raum haben Oliver Hahn, Julia Lönnendonker und Roland Schröder (2008) mit ihrem Handbuch „Deutsche Auslandskorrespondenten“ vorgelegt. Es umfasst neben grundsätzlichen Einordnungen zur Aufgabe von Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten auch die Frage von Stereotypen in der Berichterstattung, die Themen Nachrichtengeografie, Ökonomie, Krisenberichterstattung und Ausbildung sowie ausführliche Darstellungen von Korrespondentenplätzen. Vor allem auf die grundsätzlichen Einordnungen wird im Lauf des Papiers immer wieder verwiesen.

Der Journalist und Medienwissenschaftler Lutz Mücke betrachtet in seinen Untersuchungen von 2008 und 2009, darunter einer umfangreichen Studie zur Afrika-Berichterstattung deutscher Medien, unter anderem das Rollenverständnis der Korrespondentinnen und Korrespondenten. Dabei stellt er in qualitativen Interviews fest,

dass sich vier von fünf der Befragten als vermittelnd-analytische Journalistinnen und Journalisten verstehen, gefolgt von der Rolle des „Kulturdolmetschers“ (70 Prozent), des „Reporters“ (66 Prozent) und des „Informators“ (60 Prozent) (Mücke 2009, S. 181f.). Dagegen konstatiert Mücke, das Rollenbild des Recherchejournalisten/der Recherchejournalistin sei „unter deutschen Auslandskorrespondenten nur selten anzutreffen. Ursachen liegen hauptsächlich auf Seiten der Redaktionen: Nur selten sind diese gewillt oder in der Lage, solche Arbeiten zu finanzieren oder Personal dafür freizustellen“ (Mücke 2008, S. 11). Gerade weil die Frage des Rollenverständnisses von Korrespondentinnen und Korrespondenten im vorliegenden Papier allenfalls implizit thematisiert wird, sind die Hinweise, die dort auf den Zusammenhang von Arbeitsverständnis, Arbeitsweise und Ressourcen deuten, wertvoll. Viele Auslandsjournalistinnen und -journalisten beklagen Mücke zufolge zudem bereits im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre die zunehmende Konzentration auf Brennpunkte. So werde beispielsweise das kontinuierliche Abbilden von Entwicklungen immer schwieriger und Rezipientinnen und Rezipienten bekämen das Ausland oft als Ort immerwährenden Ärgers präsentiert. Vor dem „Fetisch der Aktualität“ warnt auch der Kriegsberichterstatte Ulrich Tilgner. Bei einer Veranstaltung im Rahmen der Marler Tage der Medienkultur am

24. und 25. Januar 2013 unter der Überschrift „In weiter Ferne so nah“ erklärte er, dieser führe dazu, dass Hintergrundberichterstattung zunehmend durch Liveberichterstattung über akute Krisen und Katastrophen verdrängt werde (vgl. Roether 2013). Die nur noch punktuelle Abbildung von Ereignissen im Ausland hat unmittelbare Auswirkungen auf das Bild, das sich Rezipientinnen und Rezipienten vom Ausland und allem vermeintlich „Fremden“ machen. Eine Studie von Hafez und Richter (2007) zeigte etwa, dass der Islam in ARD und ZDF hauptsächlich im Zusammenhang mit Konflikt- und Gewaltthemen vorkam. Wie erfolgreich PR-Agenturen Medien und Journalistinnen und Journalisten für eine verzerrte Wahrnehmung missbrauchen, dokumentiert die Untersuchung von Jörg Becker und Mira Behan (2006) mit dem Titel „Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod“ über die Berichterstattung im Balkankrieg – zu einer Zeit also, in der die so oft als Quelle der Krise genannte Digitalisierung des Nachrichtenmarktes samt den sozialen Medien noch nicht existierte (vgl. für einige Ergebnisse der Untersuchung Kapitel 4.5).

Kritik an Einseitigkeit in der Berichterstattung bleibt oftmals folgenlos. Ein Beispiel für solche Diskurse ist etwa die Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine 2014. Der damalige Chefredakteur von „ARD-aktuell“, Kai Gniffke, erklärte im September 2014, „mit dem Wissen von heute“ hätte die Redaktion „manchen Akzent anders gesetzt und manche Formulierung anders gewählt“. Damit reagierte Gniffke auf Vorwürfe, Filmmaterial ausgesendet zu haben, das den

Abschuss eines ukrainischen Hubschraubers durch russlandnahe Separatisten illustrieren sollte, tatsächlich aber einen syrischen Helikopter zeigte; außerdem rechte Gruppierungen in der Ukraine zu spät thematisiert und die NATO-Position nicht kritisch genug hinterfragt zu haben. Möglicherweise sei die Tagesschau „zu leicht dem Nachrichten-Mainstream gefolgt“, so Gniffke (Krei 2014). Eine Bilanz, die Gniffke-Kritiker trotz dem Einräumen von Fehlern als „voller Eigenlob, durchdrungen von einem Unfehlbarkeitshabitus und einer schwer erträglichen Arroganz“ kritisierten (Winterbauer 2014). Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Arabischen Frühling kritisierte der Nahost-Experte Asiem El Difraoui bei der Cologne Conference am 28. September 2011 die Berichterstattung über den Arabischen Frühling mit den Worten: „Keiner schaut mehr in die Tiefe.“ So habe er noch keinen Fernsehfilm oder Fernsehbericht gesehen, der über die Lage auf dem Land, über die Bauernfrauen, die nach der Revolution wieder in ihre Dörfer zurückgegangen seien oder über die jungen Universitätsabsolventinnen und -absolventen informiert hätten. Offensichtlich gebe es in den deutschen Medien kaum noch die intellektuellen Kapazitäten und Fähigkeiten, solche gesellschaftlichen Prozesse wahrzunehmen (zitiert nach epd 2011). Und die Korrespondentin Antonia Rados erklärte beim Treffen des Netzwerk Recherche im Juli 2014, es sei für westliche Journalistinnen und Journalisten fast unmöglich, kompetent aus Syrien zu berichten (epd 2014). Dies sei weniger eine Frage der Objektivität, sondern das Problem, komplett hilflos zu sein. Vor allem die schnell wechselnden Fronten und ver-

schiedenen Interessengruppen machten es den Journalistinnen und Journalisten schwer, den Überblick zu behalten. Wegen der vielen Bilder und unterschiedlichen Informationen glaubten westliche Medien dessen ungeachtet jedoch genau zu wissen, was in Syrien vor sich geht.

Kritik am Auslandsjournalismus ist im vergangenen Jahrzehnt vor allem mit der wachsenden Zahl an Informationen im Internet geübt worden. So warnte vor mehr als zehn Jahren der Auslandsressortleiter der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Klaus-Dieter Frankenberger, vor einer neuen Intensität, die darin bestünde, „einerseits täglich seriösen Nachrichtenjournalismus anzubieten (und zwar möglichst schneller als andere) und andererseits gleichzeitig tiefer liegende Themen auszugraben und zu verfolgen“ (zitiert nach Mücke 2008). Stefan Kornelius, damaliger Auslandschef der *Süddeutschen Zeitung*, konstatiert eine „ungute Entwicklung der Vereinheitlichung des Analyseverhaltens“ (ebd.). So orientierten sich Auslandsredakteurinnen und -redakteure angesichts der Informationsflut an anderen Leitmedien, um keinem Hype oder Falschmeldungen aufzusitzen. Das Ergebnis: ein vereinheitlichtes Bild der Welt auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Diese Tendenz und mithin einen starken inhaltlichen Partikularismus der Auslandsberichterstattung kritisiert auch Hafez in seiner Studie von 2002, in der er vor der Entstehung „vielfaltsgefährdender solipsistischer Kapseln“ warnt und die Kommunikationswissenschaftler Peter Glotz und Wolfgang R. Langenbucher mit dem Satz zitiert: „Wie kommt es in einem unbestreitbar freien Land, in dem über die meisten

Fragen kontrovers diskutiert [wird] zu einer fast ehern durchgehaltenen nachrichtenpolitischen Linie?“ (Hafez 2002, S. 11f.). Während Hafez die Massenmedien als „Schalt- und Vermittlungsstellen“ in der internationalen Kommunikation beschreibt, charakterisiert Annegret Harendt die Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten als vermeintliche „Weltenkenner“, die Weltbildvorstellungen postulieren und mit diesen „wirkmächtige[...] Wirklichkeitskonstruktionen“ der Welt erstellen (Harendt 2019, S. 12). Hierin sieht sie die Gefahr der Bestätigung gesetzter Pauschalurteile, die sich nur mit einer zeitgemäßen Konzeption des Raums (der Welt) in den Medien entkräften lässt.

Dass Schein und Sein der Auslandsberichterstattung weit auseinanderklaffen, lässt sich selbst an scheinbar kleinen Entwicklungen ablesen: Dem Verschwinden der sogenannten Ortsmarken etwa, die (laut Stylebook der *New York Times*) „als Garantie dafür gelten, dass der Reporter zur angegebenen Zeit am angegebenen Ort war“ (vgl. Dunlap 2017). Bis vor wenigen Jahren fügte die *Neue Zürcher Zeitung* den Ortsmarken sogar Zeitabgaben an: „Mogadischu, im Juni“ stellte klar, dass der Reporter bzw. die Reporterin zu diesem Zeitpunkt am genannten Ort gewesen war, auch wenn das Stück erst später erschien. Heute bezeichnen Ortsmarken, wenn sie überhaupt gesetzt werden, zunehmend den Ort des Geschehens, nicht den des Berichterstatters oder der Berichterstatterin. Überhaupt werden Reisen an Orte des Geschehens nicht nur zeitlich, sondern auch finanziell zunehmend erschwert – durch die von vielen Redaktionen

(schon lange) gestrichenen Erstattungen von Reisekosten, aber auch durch die in Folge der Monopolisierung auf dem Zeitungsmarkt verschwundenen mehrfachen Absatzmöglichkeiten, die früher solche Reisen ermöglichten. Das Geschäftsmodell des „Bauchladen-Korrespondenten“, der von seinem Standort für eine Vielzahl von Medien berichtete und durch die Mehrfachverwertung die Kosten decken konnte, haben Verlage inzwischen übernommen: Infolge der Medienkonzentration besitzen diese nicht mehr ein oder zwei, sondern dutzende Titel, die sie mit eingekauften Berichten bedienen können. Wurde ein Korrespondent bzw. eine Korrespondentin früher für einen Bericht in mehreren Tageszeitungen auch mehrfach honoriert, so gilt das einfache Honorar inzwischen die Veröffentlichung in bis zu 50 Zeitungen ab (vgl. Kapitel 4). Für viele Zeitungs-Korrespondentinnen und -Korrespondenten hat diese Entwicklung das Geschäftsmodell zerstört, auf dem ihre Existenz im Ausland mit ihren hohen Fixkosten beruhte. Die Präsenz am Ort des Geschehens hat in der Folge abgenommen. Welche verheerenden Folgen das hat, zeigt Ludescher (2020)

in seiner Untersuchung zur medialen Vernachlässigung des Südens. So sei etwa das Korrespondentennetz der ARD vor allem im sogenannten Westen viel dichter als in den Staaten des Globalen Südens. Das Fernsehstudio Nairobi sei für 38 afrikanische Staaten mit 870 Mio. Einwohnern, das in Prag für Tschechien und die Slowakei mit zusammen 16 Mio. Bürgern zuständig (ebd., S. 14 f.). In der Folge werde über Krisen und Katastrophen abhängig vom Ort des Geschehens vollkommen unterschiedlich berichtet. Hungerkatastrophen in Afrika sind Ludescher zufolge 2017 in den Tagesschau-Hauptausgaben elf Beiträge von 20 Minuten Länge gewidmet worden, das entspricht nicht einmal vier Promille der Tagesschau-Sendezeit. Gerade aus entlegeneren Weltregionen, in denen keine Reporterinnen und Reporter stationiert sind, wird zudem im Internet verbreitetes Videomaterial zweifelhafter Herkunft genutzt. Als Quellen gelten dann auch Twitter-Kommentare mit im Regelfall unüberprüfbarem Wahrheitsgehalt, deren Einfluss auf die Berichterstattung als besonders problematisch einzuschätzen ist. Auch diese Tendenz wird im Folgenden beleuchtet.

3 Das Verblassen der Welt: Die Auslandsberichterstattung in deutschen Medien heute

Im Juli 2012 gab die damalige Chefredakteurin der *Berliner Zeitung*, Brigitte Fehrle, dem *medium magazin* ein Interview über die Zukunft der Zeitung, die nach der Wende (wie der *Tagespiegel*) lange einen überregionalen Anspruch vertrat. Fehrle nahm davon Abstand und wollte die an Auflage verlierende Zeitung regionaler machen: „Vielleicht wird es dann mal einen Text weniger aus Äthiopien geben und einen mehr aus Köpenick – das wäre für mich kein Beinbruch“ (Kastner 2012). Im gleichen Magazin kritisierte ich Fehrle zwei Jahre später für diese Aussage und schrieb: „Man mag [...] Berlin oder sogar Köpenick für den Nabel der Welt halten. Aber keiner dieser Orte ist die Welt. Die Welt ist vielseitiger, bunter, abwechslungsreicher als Köpenick es je sein könnte. Leser wollen informiert sein über das, was bei ihnen zu Hause geschieht. Aber sie wollen auch überrascht und unterhalten werden, ihren Horizont erweitern und Zusammenhänge verstehen. Das ist etwas, das (von Ausnahmen im Einschaltradio abgesehen) vor allem die Zeitung leisten kann. Wer möchte, dass die Zeitung wieder zum Gesprächsstoff wird (im Sinne von ‚Hast Du gesehen, was heute in der Zeitung steht‘), der sollte deshalb auf mehr, nicht weniger Äthiopien setzen – und auf Papua-Neuguinea, El Salvador und Armenien gleich noch dazu. Wie in Moskau bei minus 20 Grad geküsst wird, wieso in China mit Gift geimpft wird oder warum Australier

Appetit auf grüne Ameisen haben: wer möchte das nicht in seiner Zeitung erfahren?“ (vgl. Engelhardt 2014).

Diese Einschätzung halte ich bis heute für gültig. Die Zeitungen aber haben sich – wenig überraschend – im vergangenen Jahrzehnt an Fehrles Vorbild orientiert (auch wenn der Lokaljournalismus davon nur wenig profitiert hat, wie es aus Perspektive der Leserinnen und Leser scheint). Pauschalistinnen und Pauschalisten – freie Mitarbeitende von Redaktionen oder Verlagen, die gegen die regelmäßige Zahlung eines Pauschalhonorars ein bestimmtes Kontingent an journalistischen Arbeiten liefern – an vermeintlich exotischen Standorten wurde gekündigt; wenn dort doch mal etwas passierte, wurde (und wird) eine Agenturmeldung gedruckt. Bei der *Berliner Zeitung* unter Fehrle hatten Ressorts wie die bereits seit Jahren zusammengestrichene Reportageseite „Horizonte“ schon bald nach dem Interview keinen Etat mehr, um Texte von Freien einzukaufen. Stattdessen griff um sich, was Fehrle schon in ihrem Interview von 2012 als „Syndication“ lobte und was in diesem und dem nächsten Kapitel genauer ausgeleuchtet wird. Die Auslandsteile mindestens deutscher Regionalzeitungen gleichen einander heute in ihrer Kargheit. Die Folge ist ein „Verblassen der Welt“, das diesem Diskussionspapier seinen Namen gibt.

und Agenturmeldungen beinhalten (insgesamt mehr als 67 Millionen Einträge), wurde nach den deutschen Namen von 190 Staaten und Regionen (außer Deutschland) gesucht; zum Zweck der Langzeitbetrachtung wurde der Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2019 gewählt. Ziel der Analyse ist ein relationales Bild, wie häufig oder selten einzelne Länder in der deutschen Auslandsberichterstattung vorkommen. Während die absoluten Zahlen etwa durch eine einzelne Naturkatastrophe oder einen berühmten Sportler bzw. eine berühmte Sportlerin aus einem bestimmten Land für kleine Zeiträume irreführend sein können, ist die Relation zwischen den erwähnten Ländern über den gewählten Zehn-Jahres-Zeitraum ein guter Indikator für die Aufmerksamkeit, die das jeweilige Land in der deutschen Öffentlichkeit erfährt.

Das Ergebnis zeigt Abbildung 1 in Form einer Wortwolke. Je größer und je zentraler ein Land dargestellt wird, desto prominenter kommt es in der Berichterstattung vor. Es zeigt sich: Über kein Land wird auch nur annähernd so viel berichtet wie über die USA. Großbritannien auf Platz zwei kommt auf nicht einmal die Hälfte der Berichte, Frankreich und Österreich dicht dahinter auf noch weniger. Es folgen (in absteigender Reihenfolge) in den Top 10 Italien, Russland, die Schweiz, Spanien, Israel und die Türkei. China, die Niederlande, Griechenland, Syrien, Japan, Schweden und die Ukraine folgen auf den weiteren Plätzen. Für jeden Artikel, der im untersuchten Zeitraum über die Ukraine erschien – immerhin ein Staat an den Außengrenzen Europas, in

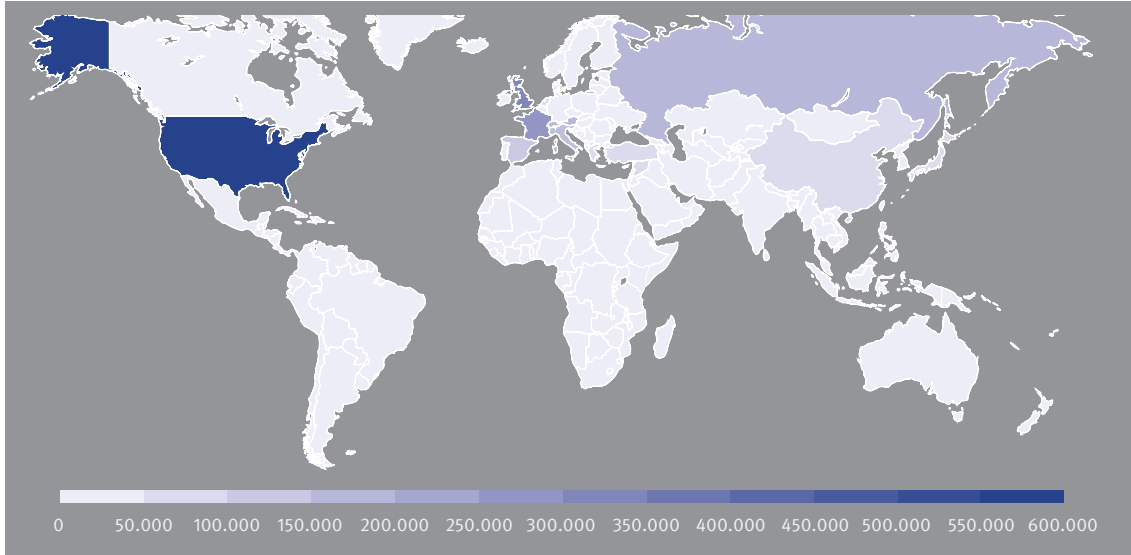
dem zunächst die Euromaidan-Proteste 2013 für Aufsehen sorgten und wo seit der Annektion der Krim durch Russland im März 2014 ein Bürgerkrieg herrscht – wurden 14 Berichte über die USA verfasst. Im Falle Syriens, wo 2011 der bis heute tobende Krieg begann und in dessen Artikelanzahl viele Berichte über Flüchtlinge aus Syrien (in Europa) enthalten sind, beträgt das Verhältnis zu den Artikeln über die USA 1:10. Mit Israel schafft es lediglich ein einziges außereuropäisches Land auf die vorderen zehn Plätze der Auslandsberichterstattung in den vergangenen zehn Jahren, unter den Top 15 erhöht sich die Zahl durch China, Japan und Syrien auf vier. Die Weltkarte in Grafik 2 zeigt, wie blass die Welt ist, wenn alle 190 Staaten in Schattierungen von Blau auf eine Weltkarte übertragen werden: Über ganze Regionen, unter ihnen Mittel- und Südamerika, der gesamte afrikanische Kontinent, Zentralasien, Südostasien, der ozeanisch-pazifische Raum und Australien wird zu wenig berichtet, um der Blässe auch nur ein bisschen Farbe einzuhauchen.

Werden die in Abbildung 2 am stärksten leuchtenden zehn Länder mit der meisten Berichterstattung ausgeblendet, so ergibt sich eine Weltkarte der „Runners-up“, also derjenigen Staaten, die nach den zehn Spitzenreitern am meisten Platz in der Berichterstattung erhalten.

Zwar ist das Bild der Welt in dieser Karte (Abbildung 3) ausgeglichener insofern, als dass alle Weltregionen vertreten sind. Tatsächlich zeigt sich aber auch, wie sehr die Standorte

Abbildung 2:

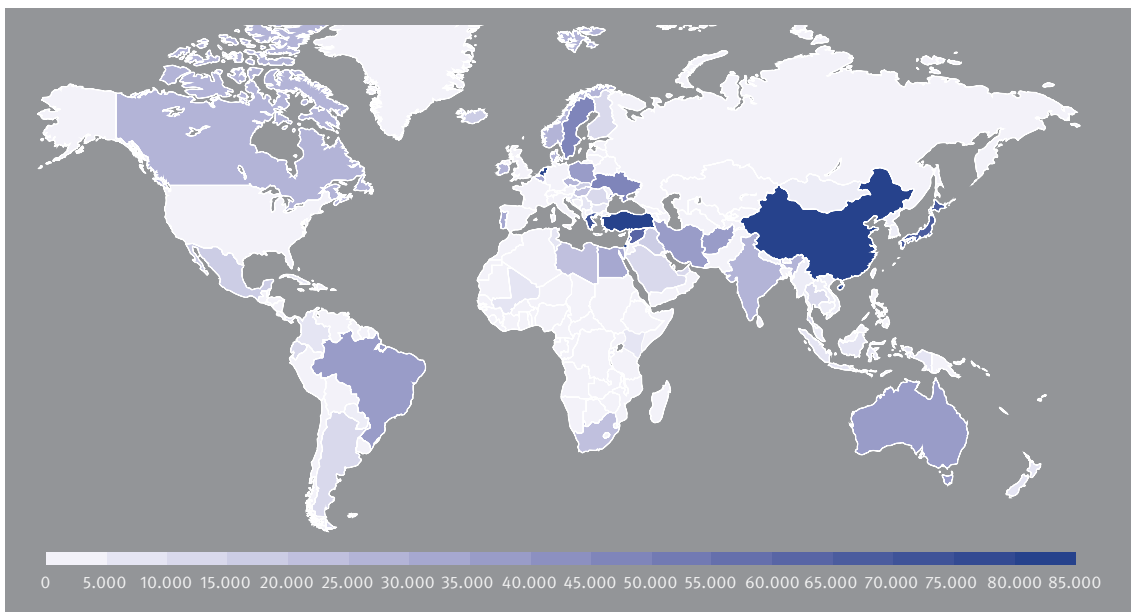
Die Länder der Welt aus Sicht der deutschen Auslandsberichterstattung I (1.1.2010-31.12.2019)



Quelle: Eigene Darstellung nach Infogram (<https://infogram.com/>) mit Daten der Pressedatenbank Genios. Weltkarte in Schattierungen, abhängig von der Berichterstattung: Je häufiger über ein Land berichtet wird, desto stärker ist der Farbton; je weniger, desto blasser.

Abbildung 3:

Die Länder der Welt aus Sicht der deutschen Auslandsberichterstattung II (1.1.2010-31.12.2019)



Quelle: Eigene Darstellung nach Infogram (<https://infogram.com/>) mit Daten der Pressedatenbank Genios. Weltkarte in Schattierungen, abhängig von der Berichterstattung: Je häufiger über ein Land berichtet wird, desto stärker ist der Farbton; je weniger, desto blasser. Die zehn Länder mit der meisten Berichterstattung wurden ausgeblendet.

von Korrespondentinnen und Korrespondenten darüber entscheiden, über welche Länder berichtet wird: Mexiko, Brasilien und Argentinien sind ebenso „klassische“ Standorte von Auslandsberichterstatte(r)innen und -berichterstatte(r)n wie Kenia, Südafrika, Ägypten, Indien und natürlich China und die Türkei. Während in der Türkei und China vorwiegend das eigene Land abgedeckt wird (und im Fall Chinas sogar nur Teile des Landes, etwa Hongkong oder die Wirtschaftsberichterstattung über Shanghai), sind die anderen Länder meist die Standorte sogenannter Regionalkorrespondentinnen und -korrespondenten, die etwa von Nairobi oder Johannesburg aus weite Teile Afrikas abdecken sollen. Es gibt bei den Berichten einen Hang zum Gastland, während die Berichterstattung über andere Länder im jeweiligen Berichtsgebiet überwiegend blass ausfällt. Ausnahmen bilden die Staaten, in denen Konflikte herrschen: Kolumbien und Venezuela, Libyen und Mali, Nordkorea, Afghanistan und der Irak. Australien, Kanada und Neuseeland schließlich sind Länder, die überdurchschnittlich oft im Reisetitel der Zeitungen Erwähnung finden.

Am anderen Ende der Skala stehen 15 Länder, über die im Zeitraum von zehn Jahren nicht ein einziges Mal berichtet wurde: Neben Staaten wie Guyana oder Guinea-Bissau gehört auch die nach wie vor umkämpfte Westsahara, das autoritär regierte Äquatorialguinea oder die Republik Moldau, eines der ärmsten Länder Europas, dazu. Über 34 von 190 Ländern wurde innerhalb von zehn Jahren in 23 Zeitungen weniger als 50 Mal berichtet: Etwa über den mili-

tärisch und geostrategisch für die Sahel-Region bedeutenden Tschad; über Gambia, wo im untersuchten Zeitraum der autoritäre Herrscher Yahya Jammeh in einem Volksaufstand gestürzt wurde; oder über Timor-Leste (Osttimor), den zweitjüngsten Staat der Welt. 73 Staaten fanden bis zu 1.000 Mal Erwähnung, neben den bisher genannten etwa Myanmar, das EU-Land Malta, der 2011 unabhängig gewordene Südsudan oder die von mehreren Bürgerkriegen erschütterte Zentralafrikanische Republik. 140 Staaten finden bis zu 10.000 Mal Erwähnung, weitere 52 Staaten bis zu 90.000 Mal. Nur über acht Staaten wurde 100.000 Mal oder öfter berichtet. Der oft geäußerte Fakt, die Hälfte der Welt finde in der Auslandsberichterstattung nicht statt, erscheint vor dem Hintergrund dieser Zahlen fast schon als untertrieben.

Die „weißen Flecken auf der medialen Landkarte“ hält Kai Hafez, Professor für Kommunikationswissenschaft an der Uni Erfurt, für geradezu gefährlich: „Wir übersehen unglaublich viel. In unserer Weltwahrnehmung gibt es sozusagen die Zone des Guten: Europa, vielleicht die USA. Und der Rest scheint mir doch oft als eine Art außersystemisches Chaos zu existieren: Kriege, Armut und so weiter. Die Widerstände gegen Globalisierung speisen sich auch aus diesen intuitiven Weltbildern. Das kann nicht in unserem Interesse sein, so zu denken. Denn in anderen Weltteilen passieren spannende Dinge, die für uns morgen – auch ökonomisch – unmittelbar relevant sind“ (Schäfers 2018). Die freie Korrespondentin Edda Schlager, die von Kasachstan aus auch Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan abdeckt,

beklagt, dass die vier zentralasiatischen Länder trotz ihrer geostrategischen Bedeutung kaum in deutschen Medien vorkommen. „Die Region erstreckt sich über 2.000 bis 3.000 Kilometer in der Breite. [...] Es ist geografisch schon sehr, sehr schwierig. Politisch natürlich dann ohnehin“ (Schäfers 2018). Dabei ist Schlager mit dem Zuschnitt ihres Berichtsgebiets eine Ausnahme. Im Regelfall wird Zentralasien von Korrespondentinnen und Korrespondenten in Moskau abgedeckt, die neben Russland auch noch über den Kaukasus, Belarus und die Ukraine berichten. In anderen Regionen umfasst das Berichtsgebiet noch mehr Länder: Afrika-Korrespondentinnen und -Korrespondenten etwa decken von Johannesburg oder Nairobi aus oft mehr als 40 Länder ab – beziehungsweise tun es nicht, wie die quantitative Auswertung zeigt (vgl. auch Ludescher 2020). Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieses Nicht-Berichtens auf Politik und Gesellschaft können erheblich sein, wie der außenpolitische Korrespondent der Wochenzeitung *Die Zeit*, Michael Thumann, im Hinblick auf die Flüchtlingsdebatte 2018 erklärt: „Wenn wir Bürgerkriege in Afrika, aber eben auch soziale Not, schon vor vielen Jahren stärker in den Medien gehabt hätten, dann wären wir nicht so überrascht gewesen. Medien können da auch als Frühwarnsystem wirken, auch [für] Politiker, die sich plötzlich, wenn Medien sich mit etwas beschäftigen, auch damit beschäftigen müssen“ (Schäfers 2018).

Der ARD-Korrespondent Carsten Kühntopp hielt Mitte 2019 Syrien, Libyen, Jemen und den

Irak für unterrepräsentiert in den deutschen Medienberichten, aber auch den Sudan, in dem zu diesem Zeitpunkt ein Machtkampf zwischen Militär und Bürgerrechtsbewegung stattfand (Kühntopp/Wellendorf 2019). Die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung sei nachrichtlich ganz überwiegend einem innenpolitischen Ereignis zum Opfer gefallen, weil die damalige SPD-Chefin Andrea Nahles am Tag zuvor angekündigt habe, aus der Politik auszusteigen. Auslandsberichterstattung trete bei solch starken innenpolitischen Entscheidungen selbst im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Hintergrund. „Obwohl wir natürlich gesehen haben, was da [im Sudan] passiert ist. Wir haben brav Berichte abgesetzt, die aber offenbar nicht so gesendet wurden.“ Kühntopp weist allerdings zugleich daraufhin, wie unklar die Quellenlage war: der Militärrat im Sudan hatte das Internet abgeschaltet, Videos und Augenzeugenberichte, die über Umwege verbreitet wurden, mussten kritisch hinterfragt werden. Als wichtigste Quelle bezeichnet der zum Zeitpunkt des Interviews im Studio Kairo sitzende Kühntopp Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r), „an Ort und Stelle“, vor allem von internationalen Nachrichtenagenturen. Doch wie bereits erwähnt, sind diese in Ländern wie dem Sudan immer seltener vertreten. Immerhin wird sowohl in Kairo wie auch in der sudanesischen Hauptstadt Khartum dieselbe Sprache gesprochen, ein Umstand, der die Arbeit der Korrespondentinnen und Korrespondenten erleichtert, aber nicht in allen Berichtsgebieten so gegeben ist.

3.2 Das Beispiel Mali

Wie wichtig eine kontinuierliche Berichterstattung aus wenig repräsentierten Ländern wäre, zeigt das Beispiel Mali. Dort ist die Bundeswehr seit 2013 in verschiedenen Militärmissionen vor Ort. Die UN-Mission MINUSMA gilt als der derzeit gefährlichste Blauhelmeinsatz, der Einsatz in Mali als der aktuell gefährlichste der Bundeswehr (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2021). Die Lage in dem westafrikanischen Sahel-Staat ist komplex: Zeitweise hielten Islamisten und vorübergehend verbündete Tuareg-Verbände den Norden des Landes besetzt. Ein mühsam ausgehandelter Friedensvertrag wurde 2015 geschlossen, den die MINUSMA sichern soll; umgesetzt ist dieser Vertrag aber bis heute nicht. Die malischen Regierungen des letzten Jahrzehnts galten überwiegend als korrupt. Zumindest Teile von ihnen sollen vom internationalen Drogenhandel profitiert haben, der – ebenso wie die Schleusung von Migrantinnen und Migranten in Richtung Europa – floriert. In dem Land, das dreieinhalb Mal so groß ist wie Deutschland, gibt es außerdem Auseinandersetzungen zwischen Milizen, die zumindest nicht direkt mit dem Konflikt im Norden Malis zusammenhängen; oft geht es um Land, Ressourcen und generell Machterwerb. Mali spielt dessen ungeachtet als Teil der westafrikanischen Einsatztruppe „G5 Sahel“ eine wichtige Rolle im Anti-Terrorkampf der Region (oder nimmt dies zumindest für sich in Anspruch). Das Verhältnis zur ebenfalls vor Ort präsenten französischen Armee und ihrer 2021 eingestellten Operation Barkhane

ist gespalten, das malische Militär zudem untereinander zerstritten, wie 2021 gleich mehrere Militärputsche im Land zeigten. Die Bundeswehr hatte im Juli 2021 bis zu 1100 Soldatinnen und Soldaten im Rahmen von MINUSMA und weitere 100 für die Ausbildungs- und Trainingsmission der EU (EUTM) in Mali im Einsatz. Der Bundestag beschließt regelmäßig neue Mandate für den inzwischen, nach dem Abzug aus Afghanistan, mit Abstand größten Auslandseinsatz der Bundeswehr (zuletzt am 19. Mai 2021).

Angesichts der Bedeutung des Landes für die deutsche Sicherheits- und Außenpolitik (und natürlich die Soldatinnen und Soldaten) sollte Mali eigentlich ein Schwerpunkt der Afrika-Berichterstattung sein. Tatsächlich wurden laut Genios-Datenbank 2019 in den oben genannten 23 führenden überregionalen und regionalen Zeitungen aber nur 67 Berichte veröffentlicht, die die Stichworte „Mali“ und „Bamako“ (die Landeshauptstadt Malis) enthielten. Mit der Lage in dem Sahelstaat im engeren Sinn – und nicht zum Beispiel mit lokalen Schulklassen, die Geld für ein Waisenhaus in Bamako oder Mali sammelten – befassten sich 51 Berichte (Tabelle A1 im Anhang).

Diese Berichte wiederum waren thematisch auf wenige Themen und Ereignisse eingengt, wie die Wortwolke in Abbildung 4 zeigt.

Der Auslandseinsatz der Bundeswehr war (mit 32 Artikeln) das alles beherrschende Thema. Oft ging es in den Berichten nur am Rande um

Mali, sondern um die mangelhafte Ausstattung der Truppe, eine anstehende Debatte über die Armee im Bundestag oder die Arbeit der Verteidigungsministerin (die im Juli 2019 wechselte). Gerade diese Berichte wurden häufig in Berlin verfasst. Schlagzeilen wie „Auf verlorenem Posten“ (Tagesspiegel, 7.2.2019) oder „Angst vor einem zweiten Afghanistan“ (Die Welt, 5.7.2019) weisen bereits darauf hin, dass Mali hier kaum mehr als die Kulisse, das „gefährliche Land“, ist, vor dessen Hintergrund sich die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr beweist oder nicht. Das zweite Thema, über das 2019 immerhin acht Mal berichtet wurde, war ein brutaler Überfall auf die zentralmalische Ortschaft Ogossagou, den die *Freie Presse* am 25. März 2019 als „Machetenmassaker im Morgengrauen“ betitelte. Der Anschlag ist im malischen Kontext auch deshalb bedeutend, weil er einen weiteren Konfliktherd jenseits des Nordens beschreibt, an dem islamistische Gruppen nicht oder nur indirekt beteiligt sind. Wenig

überraschend stand bei den Berichten über den Überfall aber nicht die politische Dimension, sondern die Brutalität des Angriffs im Vordergrund. Als einzige verfolgte die *tageszeitung* (taz) zwei Wochen später die Konsequenzen des Überfalls für Mali, als tausende Menschen in der Hauptstadt Bamako vor drohenden „ethnischen Säuberungen“ im Zentrum des Landes warnten. Eine solche Einordnung der Ereignisse in das weitere Geschehen fand anderswo nicht statt. Fünf Artikel beschäftigten sich mit der Ausbreitung islamistischer Terrorgruppen in Mali und dem angrenzenden Staat Niger. Der Eindruck, der von Mali medial im Jahr 2019 entstand, ist also durchaus der des von Kai Hafez beschriebenen „außersystemischen Chaos“. Nur zwei der 51 Artikel beleuchteten Mali nicht unter dem Gesichtspunkt von Gewalt und Terror: Zwei lange Kulturreportagen aus der malischen Stadt Timbuktu, die der freie Journalist Jonathan Fischer in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlichte.

ABBILDUNG 4:

Wortwolke der Themen in der Berichterstattung über Mali im Jahr 2019

Bundeswehr-Auslandseinsatz
Massaker in Ogossagou
Islamismus
Gewalt im Zentrum Mali

Quelle: Eigene Darstellung mit Infogram (<https://infogram.com/>). Untersucht wurden 51 Berichte, die sich mit der Lage in dem Sahelstaat im engeren Sinn beschäftigen (vgl. Tabelle A1). Je größer und zentraler das jeweilige Wort, desto häufiger kommt es in der Berichterstattung vor.

Sie gehören zu den wenigen langen Berichten, die es 2019 aus Mali selber gab. Die Berichte insgesamt waren im Schnitt 575 Wörter lang, wobei der Mittelwert täuscht. Einigen langen Reportagen stehen viele Nachrichtenbeiträge gegenüber, die überwiegend von Redaktionen und Agenturen stammen. 23 der 51 Artikel sind Abdrucke von Agenturmeldungen, die oft weniger als 200 Worte lang sind. Aus Mali selbst berichteten 2019 neben Fischer mehrere Berlin-Korrespondentinnen und -Korrespondenten, die im März Bundesaußenminister Heiko Maas und im Oktober die neue Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer jeweils auf ihren Reisen begleiteten und mithin vom Land jenseits der Truppenstandorte wenig gesehen haben können. Außer ihnen berichteten zwei in Deutschland heimische Reisekorrespondentinnen vom Bundeswehreininsatz in der malischen Stadt Gao sowie die Westafrika-Korrespondentin der *taz*, die im November aus Bamako und der nigerianischen Hauptstadt Abuja über die Bundeswehr-Mission berichtete. Die Ortsmarke Bamako tragen 17 der 51 Artikel (14 davon Agenturberichte), an malischen Orten kommen Gao mit vier, der Standort des Bundeswehrlagers Koulikoro mit drei und Timbuktu mit zwei Nennungen hinzu. Dazu kommen Berlin (zehn Ortsmarken) und Berichte mit regionalen Aufhängern (etwa „René verteidigt Deutschland in Mali“, Rheinische Post, 6.8.) aus Duisburg oder Deggendorf sowie Überblicksstücke, die von Redaktionen in Stuttgart, Frankfurt am Main oder München geschrieben wurden. Eine deutsche Korrespondentin, einen deutschen Korrespondenten in Mali leistet sich kein deutsches

Medium. Auch die gemeinsam von den meisten deutschen Medienhäusern finanzierte *dpa* hat keinen entsandten Korrespondenten, keine Korrespondentin vor Ort. Für Freie wären vermutlich – auch angesichts der Sicherheitslage, die besonderen Aufwand erfordert – die Kosten zu hoch und der Ertrag (gemessen am Ausmaß der Berichterstattung) zu niedrig. Dass die Afrika-Korrespondentinnen und Korrespondenten, die für die untersuchten Zeitungen schreiben, 2019 nicht einmal in Mali waren (mit Ausnahme der *taz*-Korrespondentin für Westafrika), ist bedauerlich und angesichts der Bedeutung, die das Land für Deutschland einnimmt, auch erstaunlich. Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Aus eigener Erfahrung ist aber zu sagen, dass eine Reise durch Mali sehr teuer ist, wenn Sie nicht im Rahmen von Pressereisen etwa von Nichtregierungsorganisationen zumindest teilweise finanziert wird.

Von einer kontinuierlichen und umfassenden Berichterstattung über die Lage in Mali kann somit kaum die Rede sein. Die *Süddeutsche Zeitung* bildete mit immerhin zwölf Artikeln alle der in der Themenwolke dargestellten medial ausgewählten Themen ab; die *taz* bot in fünf Artikeln eine große thematische Bandbreite. *Freie Presse*, *Tagesspiegel* und *Die Welt* berichten ebenfalls regelmäßig über Mali. In den anderen regionalen und überregionalen Zeitungen, die der Auswertung zugrunde lagen, ist Mali bestenfalls eine Randerscheinung. Die punktuelle Berichterstattung lässt befürchten, dass mögliche singuläre Ereignisse wie Anschläge oder größere Flucht- und Migrationsbewegungen von

der Leserschaft als überraschend und unangekündigt wahrgenommen werden könnten – mit den entsprechenden Folgen im öffentlichen Diskurs. Eine fundierte Meinungsbildung über die Geschehnisse in Mali jedenfalls und damit auch die (Nicht-)Notwendigkeit eines Bundeswehreinsetzes bzw. dessen Ausmaßes auf Grundlage eines ausgewogenen „Weltbilds“ von Mali scheint auf Grundlage der ausgewerteten Berichterstattung unmöglich. Ebenso unmöglich erscheint eine journalistische Kontrolle etwa der Arbeit der Bundeswehr und anderer Akteure in Mali. Die Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) müssen sich bei ihren Recherchen stets auf die Daten und Angaben Dritter verlassen, ohne die Möglichkeit der Kontrolle zu haben. Eine Aufdeckung möglicher Skandale oder auch nur eine objektive Einordnung von möglichen Zwischenfällen oder im Rahmen des Krieges gegebenenfalls begangener Verbrechen des deutschen Militärs – man denke an den umstrittenen Luftangriff in Kundus im Afghanistan-Krieg – ist kaum denkbar. Die Möglichkeiten von Vertuschung oder Falschinformation, auch durch Dritte, sind groß.

3.3 Das Beispiel Trump

Dass Ereignisse im Ausland aus heiterem Himmel zu passieren scheinen, ist nichts, was Ländern an der medialen Peripherie vorbehalten wäre. Als in den USA 2016 der Wahlsieg von Donald Trump verkündet wurde, fielen nahezu alle USA-Korrespondentinnen und Korrespondenten aus allen Wolken. Vom „Trump-Schock“ sprach etwa Sandra Maischberger am 10. November 2016 in der ARD und wollte wissen: Wie

konnte das geschehen? (vgl. Sagatz 2016). Der in Berlin lebende US-amerikanische Autor Eric T. Hansen gab in der Sendung folgende Antwort: als Hauptgrund dafür, dass praktisch kein Berichterstatte(r) und keine Berichterstatte(r)in den Sieg Trumps kommen sah, nannte er das Desinteresse der Medien an breiten Schichten in der Bevölkerung – übrigens sowohl in den USA als auch in Deutschland. Gerade die Tatsache, dass auch US-Leitmedien die Wählerschichten Trumps und zugleich ganze Regionen jenseits der Küsten ausgeblendet hatten, hatte die deutschen Korrespondentinnen und Korrespondenten in ihrer Sicherheit bekräftigt, dass Hillary Clinton das Rennen schon machen werde und ein Sieg Trumps „nahezu ausgeschlossen sei“, wie der langjährige *Zeit*-Korrespondent Martin Klingst (2016) unmittelbar nach der Verkündung des auch von ihm so nicht erwarteten Wahlsiegs schrieb. Eine Antwort hatte Klingst nicht, aber er riet: „Mehr Seelenforschung ist notwendig und mehr Beschäftigung mit jenen Menschen, die sich in unserer drastisch verändernden Welt abgehängt und alleingelassen fühlen, die Angst haben, ihre Kultur und ihre Identität zu verlieren. Es ist nicht klar, ob es für alle Sorgen eine Lösung geben wird, der demographische Wandel lässt sich nicht aufhalten. Aber man sollte viel mehr über die unter enormen Stress geratenen Gesellschaften wissen.“ Dass diese journalistische Pleite ausgerechnet in den USA geschehen konnte, dem Land, in dem beinahe alle deutschen Medien sich noch einen oder sogar mehrere Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten leisten und über das mit Abstand am meisten berichtet wird

(vgl. Abbildung 1), weist darauf hin, dass in unseren Medien zwar nicht die USA, wohl aber weite Teile des riesigen Landes ebenfalls verblassen. Sitz der meisten Korrespondentinnen und Korrespondenten sind Washington, D.C., New York und Los Angeles. Keine dieser Städte ist repräsentativ für die USA und schon gar nicht für die ländlichen Regionen, aus denen so viele Trump-Wählerinnen und Wähler stammten. Wer aus Washington berichtet, hat vor allem das Weiße Haus im Blick, womöglich noch den Kongress. In New York wird neben der Stadt, die niemals schläft, auch die Wirtschaft an der Wall Street und das Geschehen im UN-Sicherheitsrat abgebildet. In Los Angeles schließlich steht neben dem bunten Kalifornien Hollywood im Fokus. Aus der Bay Area, einem relativ neuen Standort, berichten vor allem Wirtschaftskorrespondentinnen und -korrespondenten über die Geschehnisse im Silicon Valley. Reisen in ländlichere Bundesstaaten wie Missouri, Michigan oder Maine sind teuer, kosten Zeit und gehen immer auf Kosten des Outputs, der im gleichen Zeitraum am Schreibtisch produziert werden könnte. Dass die vom damaligen *Spiegel*-Redakteur Claas Relotius weitgehend erfundene Geschichte über eine angebliche Grenzschutzmiliz in Arizona, die er niemals traf („Jaegers Grenze“, *Der Spiegel*, 17.11.2018, vgl. *Der Spiegel*, o. J.), aufflog (und mit ihr viele weitere ähnliche Texte), lag einzig daran, dass mit Juan Moreno ein weiterer Korrespondent, der die Region kannte, Zweifel an der Geschichte anmeldete. Eigentlich sollte man meinen, dass bei der Dichte der Korrespondentinnen- und Korrespondentennetze in den USA das

Auffliegen solch erfundener Geschichten eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre; dem war jedoch nicht so. Natürlich gab es, wie die Aufarbeitung des Falls Relotius zeigt, viele Gründe dafür, dass rund 60 vom *Spiegel* dokumentierte Texte (vgl. *Der Spiegel* o. J.) ganz oder teils erfunden waren. Doch fest steht: Gäbe es bei den Korrespondentinnen und Korrespondenten mehr Kapazitäten für Reportagen, die in den USA auch als *eyewitness reporting*, journalistische Augenzeugengeschichten, bezeichnet werden, dann wäre die Wahrscheinlichkeit einer gegenseitigen Kontrolle der Autorinnen und Autoren am Ort des Geschehens größer gewesen. Wenn aber selbst Korrespondentinnen und Korrespondenten in den USA nicht ausreichend ausgestattet sind, um eine der wichtigsten Aufgaben ihres Berufs zu erfüllen: Wie sieht es dann erst in anderen Ländern aus?

Offenkundig nicht besser. Nur über die USA wird der Auswertung in Kapitel 3.1 zufolge in deutschen Medien häufiger berichtet als über Großbritannien und Frankreich. Dennoch: Das „Ja“ zur Brexit-Abstimmung am 23. Juni 2016 erwischte viele Korrespondentinnen und Korrespondenten ebenso kalt wie später im gleichen Jahr die Wahl Donald Trumps. Die Gründe dürften ähnliche gewesen sein: Fast alle Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) haben ihren Sitz in London, der Stadt, die mit großer Mehrheit gegen den Brexit stimmte. In Frankreich waren es die Gelbwesten-Proteste, die in der Provinz entstanden und viele Medien überraschten. Einen Grund dafür, dass Länder immer weniger in ihrer Gesamtheit abgedeckt werden, nannte der ehemalige

ARD-Fernsehkorrespondent in den USA und Russland, Udo Lielischkies. Am 21. September 2019 war er in einer Live-Sendung von *Radio Bremen Zwei* zu Gast. Die „Medienkorrespondenz“ berichtet, dass Moderator Tom Grote am Ende des rund 45-minütigen Gesprächs Lielischkies fragte, was er dazu sage, dass es in Deutschland Menschen gebe, die der ARD eine unausgewogene, russlandfeindliche Berichterstattung vorwerfen würden. Darauf habe Lielischkies geantwortet: „Dass wir als westliche Journalisten da einen sehr autoritären Staat wahrnehmen, der seine eigene Bevölkerung ziemlich gegen die Wand laufen lässt und sie letztlich ihrer Zukunftschancen beraubt – dass wir das beschreiben, ist klar. Aber ich muss noch was sagen: Es ist auch in der Tat ein Fehler der ARD, dass sie Formate abgeschafft hat wie ‚Weltreisen‘ [...], die nicht politisch orientiert sind. Damals konnte ich auch mal in den Altai fahren und zweimal 45 Minuten lang zeigen, wie leben die Leute da, die Schafzüchter, die Pferdezüchter, der Schamane, was hat der eigentlich im Sinn. Das waren Filme, wo ich nicht nötig über ‚den bösen Putin‘ sprach, sondern einfach nur zeigte, wie leben die Menschen. Diese langen Formate werden von der ARD bedauerlicherweise systematisch abgeschafft. Was bleibt, ist politische Berichterstattung. Nun ja, und wenn Sie auf die Politik schauen, dann ist es in der Tat schwer, da so viel Schönes zu entdecken“ (Medienkorrespondenz 2019).

Russland steht bei der Auswertung der Länder, aus denen am häufigsten berichtet wird, auf Rang 7. Dass politische Berichte aus Moskau deutlich weniger Kosten erzeugen als eine

aufwändige Reise durch den Altai – ein Gebirge im Grenzgebiet von Russland, Kasachstan, der Mongolei und China – ist gerade für Medien, die weniger betucht sind als die ARD (also praktisch alle) sicherlich ein weiterer Grund, Geschichten aus der Weite eines Landes weitgehend auszublenzen. Die Folgen zeigen sich in der verengten Darstellung und damit Wahrnehmung selbst der Länder, die wir gut zu kennen glauben. In der Folge verschwinden Grautöne, es herrscht eine Dichotomie von „gut“ und „böse“ (vom Trump-Wähler, dem unbekanntem Wesen, bis zum russischen Präsidenten), die sich mangels Perspektiven aus dem Land oder der Region nicht mehr begründen oder widerlegen lässt.

3.4 Die Beispiele Syrien und Afghanistan

Gut zu kennen glauben viele Medienkonsumentinnen und Medienkonsumenten auch den Krieg in Syrien, der 2011 begonnen hat und bis heute nicht beendet ist. Syrien steht auf Berichtsrang 15, nach Griechenland, vor Japan. Doch obwohl der Konflikt zumindest in den ersten Jahren medial hochpräsent war und hunderte Syrerinnen und Syrer in Deutschland Schutz vor dem brutal geführten Krieg fanden, wissen wir über die wirklichen Geschehnisse in Syrien erschreckend wenig, bilanziert der langjährige Nahost-Korrespondent und Experte Patrick Cockburn: „Über Kriege zu berichten ist und bleibt naturgemäß immer schwierig und gefährlich, aber das gilt noch verstärkt für die letzten Jahre. Die Berichterstattung über die Kriege der USA in Afghanistan und im Irak war häufig unzulänglich, aber niemals derart unzureichend

wie das, was man heute über das Kriegsgeschehen in Libyen und Syrien erfährt – von der fast vollständigen Abwesenheit von Berichten über die Gräueltaten im Jemen ganz zu schweigen. Dieser Mangel an Informationen führt zu falschen Einschätzungen selbst in der entscheidenden Frage, wer dort eigentlich gegen wen kämpft und aus welchen Gründen, und wer am Ende die wahren Sieger und Verlierer sein könnten“ (Cockburn 2020a). Cockburn zufolge ist es heutzutage für Journalistinnen und Journalisten „beinahe unmöglich“, das Kriegsgebiet zu bereisen (Cockburn 2020b, S. 223). Dabei hat Cockburn einiges an Erfahrung mit Reisen durch Länder, in denen Krieg herrscht. Sowohl während des Bürgerkriegs in Nord-Irland als auch während des Bürgerkriegs im Libanon, über beide Konflikte schrieb Cockburn, habe es aber immer Möglichkeiten gegeben, Informationen von Milizen und bewaffneten Gruppen zu bekommen, auch wenn diese selbstredend überprüft werden mussten und sich womöglich als falsch herausstellten. In Syrien aber sei dies heute kaum noch möglich. Die Folge, so Cockburn, sei die wachsende Verbreitung von Propaganda, die sich anders als oft vermutet nicht ausschließlich aus Lügen speise. „Viel häufiger besteht Propaganda aus wahren, aber selektiv ausgewählten Fakten, die eine Seite im positiven Licht zeigen und die Gegner als Abbild des Bösen. Da in einem Krieg jede Seite für Gräueltaten verantwortlich ist, und gerade die Kriege im Irak und in Syrien haben sich durch eine eigentümliche Brutalität ausgezeichnet, kann man über die schlimmsten Gräueltaten berichten und dennoch eine verzerrte und propa-

gandistische Sicht auf die Realität vermitteln“ (Cockburn 2020b, S. 224; vgl. auch das nächste Kapitel). Wenig überraschend ist das Gegenmittel, das der Kriegsreporter empfiehlt: Das persönliche Berichten vor Ort. Als Beispiel dient Cockburn die investigative Reportage, die Azmat Khan und Anand Gopal im *New York Times Magazine* über die Luftangriffe der US-Luftwaffe auf Mosul im Irak schrieben: „Sie besuchten die Orte von 150 Luftangriffen in der Nähe von Mosul, die zwischen April 2016 und Juni 2017 ausgeführt wurden. Und so fanden sie heraus, dass die Zahl der Toten durch die Luftangriffe 31 Mal höher war als von der US-Luftwaffe zunächst eingeräumt.“ Über die Gründe, die Berichterstattung gerade aus Kriegs- und Krisenregionen erschweren, wird weiter unten noch zu reden sein. Dass der Zustand der Berichterstattung über die Kriege in Syrien, dem Irak, Jemen und vielen anderen Orten viel zu wünschen übriglässt, dürfte aber als unumstritten gelten.

Das gilt auch für Afghanistan (Berichtsrang 22), ein Land, das in den 2010-er Jahren viele Entwicklungen durchmachte, die medial nur wenig beachtet wurden. Wenn die Tagesschau zum Abschluss des deutschen Afghanistan-Einsatzes am 30. Juni 2021 berichtet, der Einsatz habe „den Blick der Deutschen auf ihre Streitkräfte verändert“, dann gilt das nicht für den Blick auf Afghanistan. Wenn es dafür eines Beweises bedurfte, wurde dieser durch die kollektive Überraschung darüber, dass die Taliban Mitte August 2021 die Macht im Land übernahmen, erbracht. Ähnlich wie in Mali hatten in den vergangenen Jahren Kriegs- und Konfliktthemen

sowie der NATO-Einsatz mit Beteiligung der Bundeswehr im Mittelpunkt gestanden. Nach Ansicht der freien Afghanistan-Korrespondentin Theresa Breuer, die von Beirut aus regelmäßig nach Afghanistan reist, lag das auch daran, dass Recherchen in Afghanistan zeitaufwändig und teuer sind. „Ich erlebe, dass Redaktionen einem immer weniger Zeit für die Recherche geben, und ich bin der Überzeugung, dass je weniger Zeit man für die Recherche hat, desto größer auch die Gefahr ist, dass die Geschichte droht, schwach zu werden.“ Schwach, das bedeutet auch im Fall von Afghanistan, dass etablierte Vorstellungen oftmals nicht hinterfragt und Kategorien oder Stereotypen übernommen werden. Emran Feroz (2020) beklagt, dass der Terror in Afghanistan medial längst zur Gewohnheit geworden sei. Tod und Zerstörung würden als „normal“ empfunden, weil es dem Bild entspreche, das jahrzehntelang konstruiert wurde.

Als Beispiel nennt Feroz, der afghanische Wurzeln hat, einen Anschlag mit mehr als 20 Toten auf die Universität von Kabul Anfang November 2020, der in seiner Heimat Österreich medial kaum abgebildet wurde, wohl auch weil am gleichen Tag ein mutmaßlicher IS-Anhänger mordend durch Wien zog. Letzteres habe bei ihm, Feroz, den Eindruck verstärkt, wieviel weniger Gewicht dem Geschehen in Afghanistan gegenüber dem in Europa eingeräumt werde. Als weiteres Beispiel nennt Feroz einen Anschlag im Mai 2017, bei dem vor allem über die beschädigte deutsche Botschaft und nicht über die 150 afghanischen Opfer berichtet worden sei.

Laut Genios-Datenbank wurden 2019 in den in Kapitel 3.1 genannten 23 führenden überregionalen und regionalen Zeitungen 755 Berichte veröffentlicht, die die Stichworte „Afghanistan“ und „Kabul“ enthielten. Aus diesen Ergebnis-

Abbildung 5:

Wortwolke der Themen in der Berichterstattung über Afghanistan (September-Dezember 2019)



Quelle: Eigene Darstellung mit Infogram (<https://infogram.com/>). Untersucht wurden 114 Berichte zwischen dem 1.9. und 28.12.19, die sich mit der Lage in Afghanistan im engeren Sinn beschäftigen (vgl. Tabelle A2). Je größer und zentraler das jeweilige Wort, desto häufiger kommt es in der Berichterstattung vor.

sen wurden erneut diejenigen entfernt, die nichts mit der tatsächlichen Auslandsberichterstattung aus dem Land zu tun hatten (Berichte wie „Essen wie am Hindukusch“ über ein Restaurant nahe Düsseldorf oder das Porträt eines württembergischen Postbeamten, der einmal in Afghanistan stationiert war), außerdem wortgleiche Mehrfachabdrucke von Agenturmeldungen. Für die detaillierte Auswertung wurden aus arbeitsökonomischen Erwägungen 114 Artikel untersucht, die zwischen September und Dezember 2019 erschienen. Die Liste aller 114 untersuchten Artikel ist im Anhang (Tabelle A2) abgebildet.

Insgesamt ist die Zahl der Berichte über Afghanistan deutlich höher als die über Mali. In den ausgewerteten Zeitraum fiel die zweimal verschobene afghanische Präsidentschaftswahl, die schließlich am 28. September 2019 stattfand. Die Wahl selber aber wird erst unmittelbar vor dem Wahltag thematisiert. Stattdessen bestimmen im Vorfeld der Abstimmung andere Themen die Schlagzeilen: Vor allem die Verhandlungen, die US-Präsident Donald Trump ohne Beteiligung der afghanischen Regierung mit den Taliban führt, und die Angriffe der Taliban, die überwiegend im Kontext der Gespräche gesehen und als Druckmittel verstanden werden (Abbildung 5). Schlagzeilen wie „Taliban setzen USA unter Druck“ (Rhein-Zeitung, 4.9.) oder „Kalkül mit Sprengsatz“ (Süddeutsche Zeitung, 4.9.) weichen einer neuen Interpretation, als Trump die geplante nächste Runde der Gespräche mit den Taliban (per Twitter) absagt.

Dies wird mehrheitlich als Zeichen der US-amerikanischen Stärke verstanden. Berichte unter Überschriften wie „Trump zeigt Taliban die rote Karte“ (Saarbrücker Zeitung, 9.9.) oder „Trump lässt Taliban abblitzen“ (Mitteldeutsche Zeitung, 9.9.) werden folgerichtig überwiegend in Washington geschrieben, so wie die Geschehnisse in Afghanistan ohnehin vor allem aus der Ferne beobachtet werden. Die Ortsmarke Kabul tragen vor allem Agenturmeldungen von *AP*, *dpa*, *afp* und *Reuters*, die meist über Terroranschläge berichten (mit 23 von 114 die zweithäufigste Kategorie).

Aus Afghanistan selber stammen weiterhin einige Berichte über den Einsatz der Bundeswehr (mit 19 Berichten die dritthäufigste Kategorie), vor allem die, die in Begleitung der damaligen Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer Anfang Dezember unternommen werden. Die Berichte aus Masar-i-Sharif, Kundus und Kabul ähneln angesichts der eingeschränkten Berichtsperspektive jenen, die aus Bundeswehrlagern in Mali geschrieben wurden. Emran Feroz (2021) betont in diesem Zusammenhang zurecht: „Ausländische Journalisten sind in Afghanistan strengen Sicherheitsprozeduren ausgesetzt, die im Endeffekt eine »normale« Berichterstattung fast unmöglich machen. Ein gutes Beispiel hierfür ist etwa der »Embedded Journalism«, in dem privilegierte Reporter Soldaten bei Operationen begleiteten und sich dabei stets innerhalb der Militärstrukturen bewegten.“ Im Fall der Berichte aus dem Dezember 2019 ist diese Bewegung überwiegend auf

die Stützpunkte eingeschränkt und dreht sich auch deshalb vor allem um die Ministerin, die „hinter dicken Stahlbetonwänden“ Interviews über die Lage im Land gibt (Schweppe 2019, in einem Artikel für die Welt, der die symptomatische Überschrift „48 Stunden in einem kriegszerrissenen Land und die Frage: Wie lange noch?“ trägt). Was in der Welt jenseits der Stahlbetonwände geschieht, erfahren die mitreisenden Journalistinnen und Journalisten und mithin ihre Leserschaft allenfalls aus zweiter Hand. Als entscheidend für die Frage, wie lange die Bundeswehr noch in Afghanistan bleibt – im untersuchten Berichtszeitraum die vorrangig erörterte Frage –, scheint den Berichterstatterinnen und Berichtstattern aber ohnehin nicht das Geschehen im Land, sondern der Ausgang der Verhandlungen zwischen US-Präsident Trump und den Taliban in Doha zu sein. Über kein anderes Thema wird soviel berichtet (35 von 114 untersuchten Artikeln). Kurz vor Kramp-Karrenbauers Reise kündigt Trump aus heiterem Himmel eine Fortsetzung der Verhandlungen mit den Taliban an. Während die erratische Verhandlungsführung ausgiebig thematisiert wird, ist die Frage, was am Boden in Afghanistan geschieht, praktisch kein Thema. Nur zwei der 114 Artikel beschäftigen sich mit der Macht der Taliban in Afghanistan, die nach Trumps Gesprächsabsage im September binnen weniger Tage zwei Bezirke in Afghanistan einnehmen. Beide Artikel basieren auf einer einzigen *dpa*-Meldung von kaum mehr als 200 Wörtern am 11. September, die in *Hamburger Abendblatt* und *Hannoverscher Allgemeiner Zeitung* erscheint. Der schnelle Vormarsch, der

aus heutigem Wissen heraus als ein Warnsignal hätte verstanden werden müssen, hätte ausführlichere Berichterstattung verdient. Doch in Afghanistan gibt es keine deutschen Reporterrinnen und Reporter, die solche Geschichten recherchieren können. Wie in Mali, so hat auch in Afghanistan kein deutsches Medium einen festen Korrespondenten bzw. eine feste Korrespondentin. Berichtet wird – außer gemäß Agenturlage – aus Doha und Berlin, München und Washington. Dazu kommen porträthafte Berichte, in denen anhand der Schicksale von Afghaninnen und Afghanen aus Tangstedt oder Merseburg Rückschlüsse auf die Lage im Land gezogen werden sollen. So lehrreich und spannend solche Geschichten sein können, eine kontinuierliche Berichterstattung von vor Ort ersetzen sie nicht.

Feroz (2021) bemängelt, dass die wenigen Journalistinnen und Journalisten, die aus Afghanistan berichten, Kabul als Abbild ganz Afghanistans verstehen. So sei etwa die Freude über die Vertreibung der Taliban grundlegend falsch interpretiert worden. „Die meisten Afghanen leben [...] nicht in den Städten, sondern auf dem Land – und in jenen ländlichen Regionen waren die Reaktionen gänzlich anders. Dort konnte man sich nämlich nicht über den Sturz des Taliban-Regimes freuen, da man selbst von den Amerikanern und ihren Verbündeten gejagt, bombardiert und massakriert wurde“ (Feroz 2021, S. 14). Gerade in einem so vielfältigen Land wie Afghanistan sei es nicht zulässig, aus Beobachtungen in den städtischen Ballungszentren allgemeine Rückschlüsse zu ziehen. Weite Teile der westlichen

Berichterstattung fokussierten sich in der Folge jedoch auf die Taliban oder den sogenannten Islamischen Staat, während die kritische Betrachtung des westlichen Militäreinsatzes zu kurz gekommen sei. Aussagen von Bundeswehr, NATO und ihren afghanischen Verbündeten würden unkritisch übernommen und selten hinterfragt, so Feroz.

Zur Vielfalt Afghanistans gehört es auch, das Leben jenseits von Terror, Militär und Taliban abzubilden. Das ist praktisch nicht der Fall. Dabei, so sagt die Afghanistan-Berichterstatterin Theresa Breuer, seien Geschichten, in denen es nicht ausschließlich um Krieg, Krisen und Konflikt gehe, durchaus vorhanden. „Ich kann durchaus auch Geschichten machen über das deutsche Lehrerpaar in Kabul, das sich um die Bildung von Mädchen kümmert, oder über Politikerinnen auf dem afghanischen Land, die es tatsächlich schaffen, in ihren Dörfern was aufzubauen“, sagte sie im Dezember 2020. „Das steht dann natürlich immer im Kontrast zu dem Konflikt, der so allgemein wahrgenommen wird.“

Die Tatsache, dass sie seit Jahren vor Ort ist, beschreibt Breuer als eine Voraussetzung für ihre Arbeit. „Indem ich ein sehr gutes Netzwerk dort habe, angefangen mit einem Fahrer, dem ich vertraue, der überall auf mich wartet und eine unauffällige Karre fährt. Mein Übersetzer, den ich seit Jahren kenne, dem ich sehr vertraue, der sehr gute Beziehungen hatte, alle möglichen Behörden. Ich arbeite auch mit Sicherheitsunternehmen zusammen, die mir Einschätzungen von bestimmten Gebieten geben. Ich habe einfach ein sehr großes, enges Netzwerk an vielen vertrauten Menschen, das ich auch über eine lange Zeit aufgebaut habe.“ Dieses Netzwerk hilft Breuer nach eigenen Angaben dabei, eigene Geschichten, Protagonistinnen und Protagonisten zu finden. Nach dem Einmarsch der Taliban 2021 zeigte sich allerdings auch, wie stark Breuers Netzwerk sich durch die Arbeit mit westlichen Korrespondentinnen und Korrespondenten selbst in Gefahr gebracht hatte. Ein Anstoß für Breuer, die „Kabul Luftbrücke“ zu gründen, die Anfang 2022 mehr als 1.200 Menschen aus Kabul gerettet hatte (vgl. Bürger 2021).

4 Fünf Gründe für die Krise der Auslandsberichterstattung

Die Krise der Auslandsberichterstattung in deutschen Medien, die sich im bis hierher dargelegten Verblassen unseres Blicks auf die Welt konstituiert, hat aus meiner Sicht fünf entscheidende Gründe, die ich im Folgenden skizziere:

1. Das Verschwinden der Korrespondentinnen und Korrespondenten;
2. die Ausdünnung der Auslandsseiten und Sendeplätze;
3. das Schrumpfen der Budgets und Redaktionen;
4. das Wachstum der Barrieren für die Auslandsberichterstattung und schließlich
5. die Zunahme von Propaganda.

Für die Darstellung nehme ich neben anderen Quellen auch wiederholt Bezug auf eine Umfrage, an der im November 2020 39 freiberufliche Korrespondentinnen und Korrespondenten teilgenommen haben, die sich im Netzwerk „Weltreporter“ zusammengeschlossen haben. Alle Befragten lebten und arbeiteten zum Zeitpunkt der Befragung seit vielen Jahren im Ausland (der Durchschnitt liegt bei 18 Jahren, das Minimum bei sechs, das Maximum bei 30 Jahren) und arbeiteten für eine große Bandbreite von Medien: Je gut zwei Drittel für Tagespresse und Magazine, etwas weniger (61,5 Prozent) für den Hörfunk, mehr als die Hälfte für Online-Medien.

Für das Fernsehen arbeiten sieben der 39 Befragten (17,9 Prozent), für Nachrichtenagenturen fünf (12,8 Prozent). Zu den Kunden gehören praktisch alle großen deutschen Verlagshäuser und Sendeanstalten. Mehr als zwei Fünftel (16 Weltreporterinnen und Weltreporter oder 41 Prozent) berichten aus Europa, ein knappes Viertel (acht) aus Asien, Australien und dem pazifischen Raum, ähnlich viele (sieben) aus Nord-, Süd- und Mittelamerika und wiederum knapp weniger (sechs) aus Afrika. Obwohl nicht repräsentativ, bildet die Umfrage also eine breite Vielfalt von Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r)n ab, die im Ausland leben und von dort für deutschsprachige Medien berichten – mithin der klassischen Definition des Korrespondenten, der Korrespondentin entsprechen. Die langjährige Erfahrung erhöht zudem die Aussagekraft von Vergleichen über die Zeit hinweg.

Mit einigen Weltreporterinnen und Weltreporter habe ich im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Weltreporter live“ ausführlich über die Arbeit in ihrem Berichtsgebiet und dort zu beobachtende Gründe für die konstatierte Krise der Auslandsberichterstattung gesprochen (Weltreporter 2020). Diese Gespräche habe ich im Text ausführlich dokumentiert, um praktische Erfahrungen einfließen zu lassen.

4.1 Das Verschwinden der Korrespondentinnen und Korrespondenten

Für ihre ausführliche Untersuchung über deutsche Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten kartierten Oliver Hahn, Julia Lönnendonker und Roland Schröder im Jahr 2007 etwa 875 deutsche Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r). Ungefähr 469 davon berichteten aus europäischen Ländern, 150 aus Nordamerika, 84 aus Russland, 30 aus Israel und Palästina, 28 aus China, 23 aus der arabischen Welt, je 22 aus Südamerika, Afrika und Südasi(en), 13 aus Japan und zwölf aus dem australisch-pazifischen Raum (Lönnendonker 2007, S. 144). Schon in dieser Studie wurden alle Zahlen mit dem Hinweis „ungefähr“ versehen, weil die Kartierung aller Autorinnen und Autoren schlicht unmöglich ist. Schließlich sind die wenigsten dieser Korrespondentinnen und Korrespondenten von einem Mutterhaus für eine bestimmte Zeit in die Welt hinaus entsandt worden und entsprechen somit nicht dem Typus des „traditional foreign correspondent“, wie ihn John Maxwell Hamilton und Eric Jenner in ihrer Typologie der Auslandsberichterstattung definieren (Hamilton, Jenner 2004). Stattdessen finden sich, der Systematik von Hamilton/Jenner folgend, in den Zahlen auch „foreign local correspondents“ – Journalistinnen und Journalisten, die aus ihren Heimatländern für deutsche Medien berichten – sowie „foreign foreign correspondents“. Letztere bezeichnen Journalistinnen und Journalisten aus Deutschland und anderen Ländern, die im Berichtsgebiet leben und von dort auch für dritte, international verbreitete Medien berichten,

die in deutschen Newsrooms verfolgt werden (etwa sogenannte Leitmedien wie BBC, CNN oder *New York Times*). Im vorliegenden Papier zähle ich auch freie deutschsprachige Journalistinnen und Journalisten im Ausland zu dieser Kategorie, um den Unterschied zu den „traditional foreign correspondents“ hervorzuheben.

Nicht in Lönnendonkers Kartierung erfasst sind die weiteren von Hamilton und Jenner beschriebenen Kategorien:

- „Fallschirmjournalisten“, die aus Redaktionen für eine kurze Zeit ins Ausland entsandt werden, etwa im Krisenfall;
- „local foreign correspondents“, die von Deutschland aus Auslandsberichterstattung abdecken, oft mit lokalem Dreh („René verteidigt Deutschland in Mali“);
- „premium service foreign correspondents“, zeitweise entsandte Sonderberichterstatte(r), die oft Experten für ein bestimmtes Thema sind;
- und schließlich „amateur correspondents“, Laien, die vor allem in den sozialen Medien über Geschehnisse im Ausland berichten, aber gelegentlich auch für deutsche Medien berichten.

Grundsätzlich lässt sich sagen: Während die Zahl der erstgenannten, der „traditionellen“ Korrespondentinnen und Korrespondenten im engeren Sinne seit 2007 deutlich gesunken ist, ist die der „foreign local correspondents“ gestiegen, wenn auch nicht im gleichen Maße.

Genauere Daten über die derzeitigen deutschen Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten wurden für dieses Diskussionspapier nicht erhoben. Das liegt auch daran, dass Angaben über die Anzahl und die Standorte teils schwer zu ermitteln sind. Auf den Webseiten vieler Zeitungen werden sie gar nicht mehr genannt, Anfragen per Email werden nicht immer beantwortet. Selbst Zahlen, die veröffentlicht werden, sind nicht eindeutig. Die *Deutsche Presseagentur* (dpa) etwa hat laut Geschäftsbericht 2020 ein Netz aus Korrespondentinnen und Korrespondenten an 87 Standorten weltweit. Ob es sich bei ihnen um Entsandte, um Mitarbeiterinnen eines ausländischen Dienstes der *dpa*, um zuliefernde Ortskräfte oder um Angestellte bei Partneragenturen handelt, ist aus der Aufstellung nicht zu ersehen. Dass es sich zumindest in Teilen um eine potemkinsche Kartierung handelt, geht nicht zuletzt aus der Neuordnung der Auslandsberichterstattung hervor, die *dpa* im Dezember 2020 vornahm (Borgers 2020). Dabei kündigte *dpa* an, „vermehrt Inhalte von Partnern“ in den Dienst aufzunehmen. Opfer der Umstrukturierungsmaßnahmen waren rund 30 Korrespondentinnen und Korrespondenten, die bisher für den englischsprachigen Dienst von *dpa* gearbeitet hatten. Ihre Aufgaben übernahm ein zentraler Desk, der die englischsprachige Auslandsberichterstattung von Deutschland aus vornimmt. Zwanzig der englischsprachigen Korrespondentinnen und Korrespondenten arbeiten allerdings weiter für den deutschsprachigen Dienst, unter anderem, um Defizite der Entsandten aufzufangen, wie *dpa*-Chefredakteur Sven Gösmann gegenüber dem *Deutschlandfunk* einräumte: „Wir

haben festgestellt, dass wir in Indien einen von zwei Kollegen behalten, eben um die Fähigkeit zu Hindi [neben Englisch eine der Amtssprachen Indiens] und anderen Landesdialekten zu erhalten in dem Büro, weil die deutschsprachige Kollegin, die da ist, kein Hindi kann, oder nur sehr rudimentär.“ In Südamerika war bereits zuvor das spanischsprachige Netzwerk gekürzt worden; „ein Problem für das schmal besetzte deutsche Büro, das sonst auf dieses Netz zurückgreifen konnte“, wie eine Reporterin aus der Region im Oktober 2019 bei einer Diskussion anlässlich des 15-jährigen Jubiläums der Weltreporter in der Volksbühne Berlin bemerkte (Weltreporter 2019).

Die Kürzungen ausgerechnet bei *dpa* sind auch deshalb so dramatisch, weil sie auf starke Kürzungen bei den Tageszeitungen folgen, deren früheres Netz an festen Autorinnen und Autoren sowie Pauschalistinnen und Pauschalisten im Ausland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten weitgehend abgebaut worden ist. So teilte etwa *Der Tagesspiegel* 2015 seinen Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten im Oktober mit, wegen Einbrüchen im Anzeigengeschäft für Weihnachten würden bis Jahresende keine Aufträge mehr vergeben (Fromm 2015). Da die Auslandsberichterstattung beim *Tagesspiegel* zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich von freien Korrespondentinnen und Korrespondenten geliefert wurde, musste etwa ein Parlamentsredakteur in Berlin die Wahlen in der Schweiz und eine Berliner Lokalreporterin die Wahl in Kanada abdecken. Dabei gehört der *Tagesspiegel* zu den wenigen Tageszeitungen, deren Auflage (unter anderem in der Digitalausgabe) steigt. Noch

drastischer ging die Madsack-Gruppe mit ihrem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* (RND) 2018 zu Werke, als sie die Belieferung mit überregionalen Berichten auch für sechs Titel von DuMont übernahm (Pörzgen 2018). Das RND, das danach mehr als 50 Tageszeitungen mit einer Reichweite von sechs Millionen Leserinnen und Lesern belieferte, kündigte den meisten Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten der DuMont-Blätter als erstes die Monatspauschale. Stattdessen wird seither pro Artikel bezahlt („pay per publication“). Die Texthonorare wurden Pörzgen (2018) zufolge so niedrig angelegt, dass der Deutsche Journalisten Verband (DJV) von Dumping sprach: ein 4.000 Zeichen-Artikel für 100 Euro, ein längerer Beitrag darüber (egal ob Reportage, Leitartikel oder Analyse) mit 150 Euro, eine Seite 3-Geschichte oder eine Doppelseite am Sonntag mit 400 Euro. Da zugleich eine exklusive Zusammenarbeit mit dem/der Berichterstattenden ausgeschlossen wurde, bedeutete das für viele freie Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten nicht nur erhebliche Einnahmeverluste, sondern auch den Verlust jeder Planungssicherheit.

Mehr als die Hälfte der befragten Weltreporterinnen und Weltreporter berichteten, dass die Zahl der Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten an ihren Standorten abgenommen hat. Bei der Aufzählung der Medienhäuser, die ihre Korrespondentinnen abgezogen haben, fehlt kaum ein bekannter Name. Allerdings ist die Lage je nach Berichtsgebiet sehr unterschiedlich. Oft seien regionale Berichtsgebiete an einem Standort zusammengeführt worden,

in Rente gegangene oder aus anderen Gründen nach Deutschland zurückgekehrte Pauschalistinnen und Pauschalisten wurden nicht ersetzt. Auch im Fall der Zusammenlegung von Tageszeitungs-Redaktionen, wie im geschilderten Fall des RND, kehrten Korrespondentinnen und Korrespondenten ihrem Berichtsgebiet den Rücken. An manchen Standorten seien in der Folge „seit mehreren Jahren kaum noch deutschsprachige Medien“ vertreten, berichtet eine Befragte. Auch Freie kehren nach Deutschland zurück, weil sich ihr bisheriges Geschäftsmodell nicht mehr trägt.

Damit hat der „Stellenabbau“ in der Auslandsberichterstattung, der im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends vor allem die festangestellten „traditional foreign correspondents“ betraf, im zweiten Jahrzehnt auch die „foreign foreign correspondents“ erreicht, die somit nur kurzfristig vom Rückgang der festen Stellen profitieren konnten (vgl. Kukral 2016). Mit den beiden Gruppen leiden auch die „foreign local correspondents“, deren Bedeutung für die Berichterstattung gerade aus peripheren Weltregionen oftmals unterschätzt wird. Als „unsichtbar und unverzichtbar“ beschreibt der ARD-Israel-Korrespondent Benjamin Hammer (2018) die „Stringer“, „Fixer“ oder „Zulieferer“ genannten Journalistinnen und Journalisten, die mit ortsüblichen Honoraren vergütet werden, also deutlich weniger verdienen als entsandte Korrespondentinnen und Korrespondenten. Ihre Aufgaben variieren von der Nachrichten- und Bild- bzw. Tonzulieferung über das Schreiben von Meldungen bis hin zur Vorbereitung von Reisen, sprachliche und kulturelle Übersetzungsdienste

und Medienbeobachtung. Anders als entsandte Korrespondentinnen und Korrespondenten, die im Zweifel auf den Schutz ihrer Botschaft hoffen dürfen, sind Stringer oft den Gefahren und Problemen in ihren Heimatländern ausgesetzt, aus denen sie berichten. Im Fall von Krisenregionen bedeutet das oft Lebensgefahr. Dennoch verdient ein Stringer in einem Land wie Somalia nur zwischen 100 und 200 Euro im Monat (vgl. Engelhardt 2018). Zusammen mit den genannten Einsparungen senken deutsche Medien aber auch die Budgets für die vergleichsweise geringen Beträge der „foreign local correspondents“. „Wir sehen Einschränkungen selbst bei der Associated Press, die für die Auslandsberichterstattung das Rückgrat von hunderten Tageszeitungen [in den USA] ist“, warnte die Korrespondentin der *New York Times* in Berlin, Melissa Eddy, bei einer Diskussion im Oktober 2020 (1014 Inc., 7.10.2020). Dass in den USA immer mehr regionale Zeitungen schlössen, wirke sich direkt auf die Arbeit von *Associated Press* (AP) aus. „Man sieht weniger und weniger Korrespondenten.“ In Großbritannien sieht der Südafrika-Korrespondent der BBC, Andrew Harding, eine ähnliche Tendenz. „Einige mittlere britische Zeitungen sparen richtig ein: Sie verlassen sich auf ein paar Zulieferer und auf irgendwelche Sachen, die sie im Internet finden und umschreiben können“ (1014 Inc., 7.10.2020). Verlässliche, im Internet verfügbare Informationen nehmen dabei allerdings in dem Maße ab, in dem Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) das Ausland verlassen oder – im Fall der Stringer – dort nicht mehr journalistisch arbeiten können. Die Tatsache, dass es keinen

wirklich freien „Content“ gibt, wie Betriebswirtschaftlerinnen und Betriebswirtschaftler in Medienhäusern journalistische Erzeugnisse gerne verkürzt nennen, zeigt sich immer drastischer. Im Zweifel wird Auslandsgeschehen einfach ausgeblendet.

Eine der verlässlichsten Stützen des deutschen Auslandsjournalismus für deutsche Medienkonsumentinnen und -konsumenten ist bis heute der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der nicht nur weltweit 31 Auslandsstudios mit 45 Fernseh- und 56 Hörfunk-Korrespondentinnen und Korrespondenten unterhält (vgl. Tagesschau.de o.J.), sondern auch viele freie Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten ebenso wie Stringer beschäftigt. Die Deutsche Welle mit ihrem deutlich kleineren Netz aus Korrespondentinnen, Korrespondenten und lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wendet sich primär an ein Publikum außerhalb Deutschlands (vgl. Deutsche Welle 2020). Die Ausstattung und Etats der Studios variieren ebenso wie die Gehälter je nach zuständiger Sendeanstalt; auch hier gibt es Sparzwänge, die abhängig von Anstalt und Standort unterschiedlich sind. Angesichts der dargestellten Einsparungen in nahezu allen anderen Medien kann das Netz der Auslandsstudios, das ARD und ZDF unterhalten, gar nicht hoch genug bewertet werden. Probleme gibt es aber auch bei den öffentlich-rechtlichen Sendern: Denn den Korrespondentinnen und Korrespondenten, seien sie fest oder frei, fehlt es zunehmend an Sendepätzen. Dies führt uns zum zweiten Grund für das Verblassen der Welt in der deutschen Auslandsberichterstattung.

4.2 Die Ausdünnung der Auslandsseiten und Sendeplätze

Jedes Medium hat traditionell einen Premiumplatz, auf dem die Auslandsberichterstattung glänzen darf: In vielen Tageszeitungen ist das die Seite 3, manche leiste(te)n sich auch eine Seite für die besondere Auslandsreportage, so wie die *Berliner Zeitung* einst die viel gelobten „Horizonte“. In der ARD ist der „Weltspiegel“ die Sendung, in der große Auslandsreportagen und hintergründige Geschichten aus dem Ausland ihren Platz finden. Den attraktiven Sendeplatz am Sonntag um 19:20 Uhr (nach der Sportschau, früher: nach der Lindenstraße, vor der Tagesschau) gibt es seit 58 Jahren. Seit 2019 leistet sich die ARD eine Debatte darüber, den Sendeplatz zu verschieben; Mitte 2021 stand der Vorschlag im Raum, den „Weltspiegel“ künftig montags um 22:50 Uhr zu senden. Zurecht warnten 45 Korrespondentinnen und Korrespondenten sowie prominente Fernsehmacherinnen und -macher in einem offenen Brief an alle Intendantinnen und Intendanten der ARD-Sendeanstalten: „Alle anderen Magazine im Ersten, ob Politik oder Wirtschaft, sind unter der Woche vor den ‚Tagesthemen‘ platziert, allein das Ausland sendet dann in der ‚Todeszone‘ (denn nach allem, was wir jahrelang von der Medienforschung der ARD gehört haben, suchen die Zuschauer zu so später Uhrzeit keine Magazininform mehr)“ (Medienkorrespondenz 2021). Bislang schalten dem offenen Brief zufolge 2,1 Millionen Menschen jeden Sonntagabend ein, wenn der „Weltspiegel“ gesendet wird; am neuen Programmplatz ist die Zahl der Zuschauerinnen und Zuschauer vo-

raussichtlich um 800.000 geringer. Dass diese Zahl um diese Uhrzeit hinzugewonnen werden kann, ist äußerst unwahrscheinlich. Das muss eigentlich auch die neue ARD-Programmdirektorin Christine Strobl wissen, die das Magazin zudem nur 39 statt bisher bis zu 45 Mal im Jahr senden will. „Die ‚Weltspiegel-Reportage‘ entfällt“, heißt es in dem offenen Brief weiter. „Möglicherweise auch das Format ‚Weltspiegel Extra‘“ (Medienkorrespondenz 2021). Kollegen:innen werten das summa summarum als Halbierung der Auslandsberichterstattung. Das klingt gerade so, als würden wir nicht in einer zunehmend vernetzten Welt leben, in der politische Krisen und Kriege, Pandemien, Klimawandel und andere globale Themen permanent und zunehmend unser Leben beeinflussen.“

Die Diskussion um den Sendeplatz des „Weltspiegels“ verweist auf das, was auch in anderen Formaten und Medien zu sehen ist: Auslandsberichterstattung gilt nicht nur als teuer, sondern auch als unattraktiv für die Leserin, den Leser. Die Medienwissenschaftlerin Julia Lönnendonker sagte dem *Deutschlandfunk* im Dezember 2020, immer mehr Redaktionen gingen „davon aus, dass ihr Publikum kaum an Berichterstattung aus dem nicht-europäischen Ausland interessiert sei“ (Borgers 2020). Der *dpa*-Chefredakteur Sven Gösmann erklärte in der gleichen Sendung, „für Berichte über ‚Land und Leute‘ hätten deutsche Medien kaum mehr Platz, entsprechend selten bietet man sie noch an [...] Gefragt dagegen sei die *dpa* bei sogenannten starken Nachrichtenlagen, beispielsweise Regierungskrisen oder regionalen Konflikten.“

Die Aussage deckt sich mit Erfahrungen der für dieses Papier befragten Weltreporterinnen und Weltreporter. Auf die Frage, wie sehr Krisen, Katastrophen etc. das Interesse von Redaktionen beeinflussen, wurde um Einschätzungen auf einer Skala von eins bis fünf gebeten (von gering bis sehr). Das Ergebnis fiel deutlicher aus als erwartet: Niemand sagt, dass Katastrophen wenig Einfluss auf das Interesse der Redaktionen haben und nur wenige verorten den Einfluss auf den niedrigeren Punkten der Skala. Dass Krisen das Interesse stark oder sehr stark beeinflussen, sagen dagegen zusammengenommen 85 Prozent aller Befragten: 39,5 Prozent vergaben die fünf, 44,7 Prozent die vier. Die Erfahrung der Korrespondentinnen und Korrespondenten vor Ort lautet also ebenfalls: Krisen und Katastrophen sind gefragt.

„Krisen und die Kriege, die ziehen ein unglaubliches Interesse der Redakteure auf sich“, bestätigt Jürgen Stryjak, der von Kairo aus vor allem für die ARD-Hörfunkprogramme über den Nahen Osten berichtet. „Der Nachteil ist: sie produzieren so einen Tunnelblick. Man sagt dann in den Redaktionen: diese schöne Geschichte, die können wir jetzt nicht bringen, wir hatten ja gestern erst den Terroranschlag.“ Die Folge: Für Alltagsthemen und Geschichten, die für das Verständnis von Ländern und Gesellschaften essentiell seien, gebe es keinen Platz mehr. „Ich habe zum Beispiel vor einer Weile ein Stück gemacht über ein klassisches Orchester blinder Frauen in Kairo, die seit vielen Jahren in großen Konzerthäusern weltweit bejubelt wurden. Und das war eine faszinierende Geschichte, weil sie auch so viel

übers Land aussagte. Ich habe sie machen wollen, musste sie dann aber nachts produzieren, weil ich tagsüber mit dem, was Redakteure eigentlich haben wollen, nämlich Krisen, Kriegen, Attentaten und so weiter beschäftigt war. Das ist aus meiner Sicht nicht richtig: Denn so geht ein großer Teil der Wirklichkeit verloren, wenn man wirklich nur hinguckt, wenn's kracht.“

Die positiven Reaktionen auf Stücke wie das von Stryjak genannte über das Kairoer Blindenorchester, aber auch Trends wie der zum „konstruktiven Journalismus“ (vgl. Kramp/Weichert 2020) weisen darauf hin, dass die Konzentration auf punktuell, oftmals „sensationelles“ Geschehen weniger am Interesse der Leserinnen und Leser liegt als daran, dass die meisten Medien deutlich weniger Platz für Berichte haben: in Tageszeitungen hat die Zahl der Seiten stark abgenommen, die verbliebenen sind luftiger gestaltet und stärker bebildert (Weltreporter 2019). Für das Ausland jenseits von Brüssel, Washington und Moskau bleiben dort oft nur die Kurzmeldungen. Selbst im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind Sendeplätze rarer gesät. In den „Breitenprogrammen“ sind Beiträge überwiegend selten, kurz und möglichst so bunt, dass sie den Hörfluss nicht „stören“. Hintergründiges gibt es noch im *Deutschlandfunk*, den Infowellen und zunehmend in den von den ARD-Anstalten produzierten Podcasts, die aber oft ohne Extra-Etat produziert werden müssen (ausführlich mit dem Thema beschäftigen sich Frühbrodt/Auerbacher 2021). Hier profitiert die ARD (und mit ihr die Hörerin, der Hörer) von ihrem Netz aus festen Korrespondentinnen und

Korrespondenten, die dabei aber nach eigenen Aussagen zunehmend an Kapazitätsgrenzen stoßen. Mit dem Problem fehlender oder unzureichender (Zusatz)Honorare beschäftigt sich das nächste Kapitel.

4.3 Das Schrumpfen der Budgets und Redaktionen

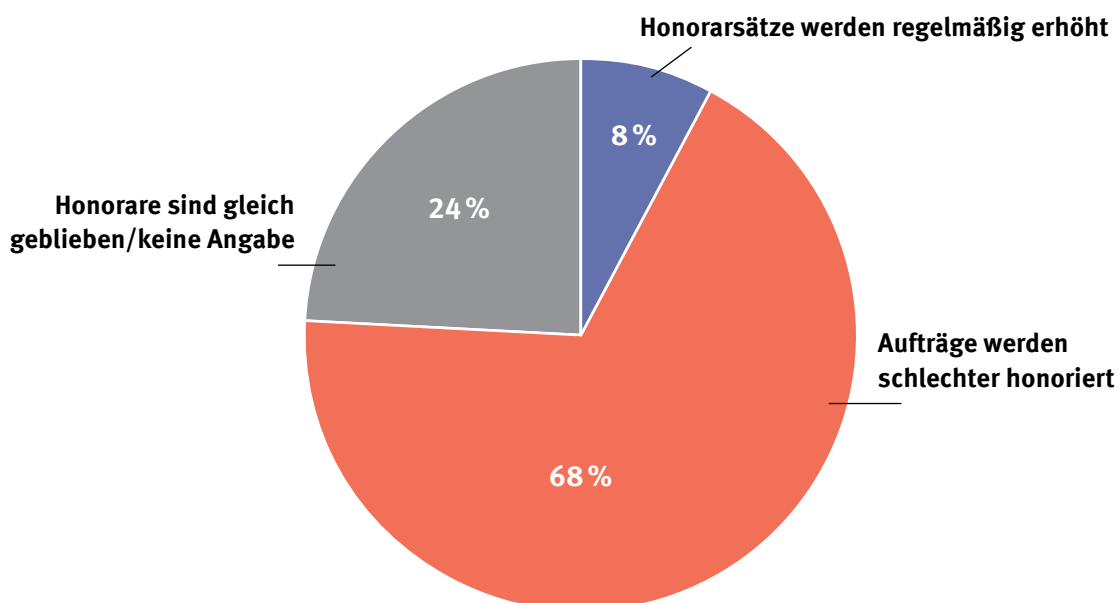
Schrumpfende Budgets sind ein Grund für die Krise der Auslandsberichterstattung, der sich bereits in den ersten beiden Gründen widerspiegelt. Doch tatsächlich gehen die Auswirkungen des Sparkurses noch weit über das bisher Beschriebene hinaus. Festen, aber vor allem freien Korrespondentinnen und Korrespondenten wird ihre Arbeit (zusätzlich zum

Verschwinden des „Bauchladen-Prinzips“ und damit der Absatzchancen) dadurch erschwert, dass (zumindest real) sinkende Honorare die Kosten von Leben und Arbeit im Ausland kaum noch decken.

Darauf deutet auch die Umfrage unter den 39 Weltreporterinnen und Weltreportern hin: Ganze drei sagen, dass ihre Honorarsätze regelmäßig erhöht wurden; zwei Drittel (25) erklären hingegen, ihre Aufträge würden heute schlechter honoriert als früher – unter anderem, weil die Beteiligung an Reisekosten oder die Möglichkeiten für Zweitverwertungen entfallen seien (Abbildung 6). Je nach Medium sind Zeilenhonorare seit zehn oder mehr Jahren nicht angepasst oder sogar gekürzt worden.

Abbildung 6:

Änderungen bei Honorarsätzen freier Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten (2019/2020)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage einer Umfrage unter 39 Weltreporterinnen und Weltreportern.

Zudem sind Einsparungen, die in den Redaktionen vorgenommen werden, auch im Ausland spürbar, gerade wenn es um die Zusammenarbeit geht. Zwar wird die Zusammenarbeit mit Redaktionen von den Befragten ganz überwiegend positiv bewertet. Aber fast zwei Drittel (25) erklären, Absprachen mit Redaktionen seien oftmals schwierig, weil diese so dünn besetzt werden. Dass Funktionsstellen mit Sammel-Emailadressen inzwischen die Norm in Redaktionen sind, ist gerade für Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) in weiter entfernten Zeitzonen ein Problem, wenn Absprachen oder Informationen auf diesem Wege verloren gehen. Vor allem aber fehlt oft ein redaktionelles Gedächtnis, das hilft, Entwicklungen auf lange Sicht zu verfolgen und so ein eigenes Agenda-Setting zu betreiben. So sind es oft die Vorschauen der Agenturen, die darüber entscheiden, ob ein Thema behandelt wird oder nicht.

Das Schrumpfen von Budgets und Redaktionen hat auch deshalb eine so dramatische Auswirkung, weil sich die Umstände, in denen sich Auslandsberichterstattung abspielt, deutlich verschlechtert haben. Vor diesem Hintergrund brauchen Korrespondentinnen und Korrespondenten mehr redaktionelle Unterstützung, nicht weniger. So berichtet die Nahost-Korrespondentin Theresa Breuer, dass sich für sie als Freie Probleme dadurch ergäben, dass der Zugang zu bestimmten Regionen oder Staaten immer häufiger an Genehmigungen gebunden sei. „Diese Genehmigungen sind ganz oft auch an Redaktionen gekoppelt. Das heißt, man bekommt [einen] gewissen Zugang nicht mehr oder [er] wird einem

sehr, sehr erschwert, wenn man nicht gleich einen Auftraggeber bzw. einen festangestellten Auftraggeber im Hintergrund hat.“ Darüber hinaus haben es auch Redakteurinnen und Redakteure in Deutschland heute schwerer als früher, das Umfeld von Entwicklungen im Ausland einzuschätzen: Wegen der hohen Arbeitslast, aber auch wegen der Flut an Informationen, etwa über soziale Medien, deren Qualität oft schwer einzuschätzen ist. Diese beiden Aspekte werden im Folgenden beleuchtet.

4.4 Das Wachstum der Barrieren

Während Auslandsberichterstattung in den Büros mancher deutscher Chefredakteurinnen und -redakteure als Kostenfaktor und Kassengift verstanden wird, ist Behörden in vielen Hauptstädten der Welt sehr wohl bewusst, was für Auswirkungen eine kritische und qualitativ hochwertige Auslandsberichterstattung für ihr Ansehen haben kann. Gerade deshalb setzen sie viel daran, die Berichterstattung von Korrespondentinnen und Korrespondenten zu behindern oder gar zu verhindern. „Eines meiner größeren Probleme ist, dass der Druck und die Einflussnahme auf Journalisten durch Konfliktparteien und Regierungen immer größer werden“, sagt Nahost-Korrespondent Jürgen Stryjak. „Viele Gebiete sind gefährlich, in denen man im Nahen Osten arbeitet. Aber auch in Ländern wie Ägypten drohen Auslands-korrespondenten und Journalisten Repressalien, Druck und Einschränkungen.“ Während es in Konfliktgebieten oftmals die Gefahrenlage sei, die es denen, die nicht ausdrücklich als Kriegsreporterin oder -reporter arbeiten, unmöglich

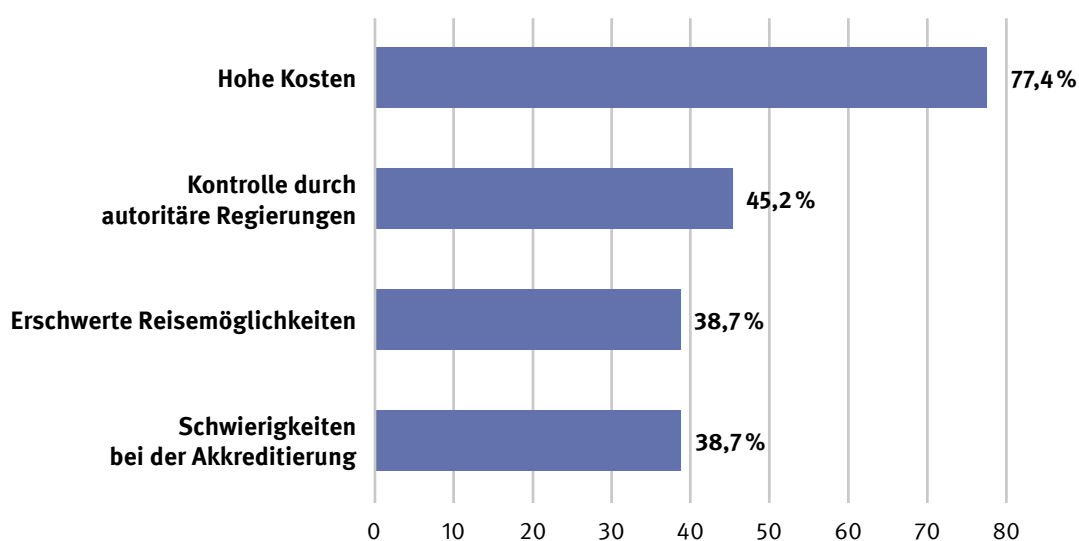
made, selbst vor Ort zu recherchieren, seien die Gefahren in prinzipiell zugänglichen Ländern wie Ägypten andere. So verfolgten Behörden dort seit einigen Jahren verstärkt die Berichterstattung von Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten. „Und da kann es dann eben sein, dass man zum Informationsministerium zitiert wird, um sich irgendwelche Beschwerden anzuhören. Es kann aber eben auch sein, dass Restriktionen drohen, also dass man nicht wieder ins Land kommt, wenn man zurückreisen will nach Ägypten“, so Stryjak. Ihm bekannten Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten sei es passiert, dass sie ausgewiesen wurden und das Land innerhalb weniger Stunden verlassen mussten. Auch sei die Akkreditierung verweigert worden, die Journalistinnen und Journalisten ihre Arbeit in Ägypten erst erlaubt.

Die Bedrohungen, die Stryjak schildert, sind nicht auf sein Berichtsgebiet beschränkt. In der Umfrage unter den Weltreporterinnen und Weltreportern wurde gefragt, welche Probleme die Arbeit der Korrespondentinnen und Korrespondenten in ihrem Berichtsgebiet behindern (Abbildung 7).

Schwierigkeiten bei der Akkreditierung als Journalistin oder Journalist beklagen weit mehr als ein Drittel der Befragten, 38,7 Prozent. Kontrolle durch autoritäre Regierungen bemängelt fast die Hälfte, nämlich 45,2 Prozent. Erschwerte Reisemöglichkeiten beeinträchtigen die Arbeit von wiederum weit mehr als einem Drittel (38,7 Prozent). Und die hohen Kosten der Berichterstattung, etwa durch Reisen, beeinträchtigen mehr als drei Viertel der Korrespondentinnen und Kor-

Abbildung 7:

Probleme, die die Arbeit von Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten beeinträchtigen



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage einer Umfrage unter 39 Weltreporterinnen und Weltreportern.

respondenten (77,4 Prozent). Bestandteil dieser Kosten sind oft auch Akkreditierungen vor Ort, die hohe Summen verschlingen können. Mit den wachsenden Hürden der Berichterstattung wächst auch die Unsicherheit mancher Korrespondentinnen und Korrespondenten. Auf die Frage: „Fühlst du dich als Korrespondentin, als Korrespondent bedroht oder hast Angst?“ antworteten immerhin zwei von fünf Weltreporterinnen und Weltreporter: Ja, ich habe manchmal Angst.

Wie sich diese Angst äußert, ist nach Berichtsgebiet unterschiedlich. Philipp Mattheis, der zwischen 2010 und 2015 und erneut seit 2019 aus China berichtet, erklärt, er habe keine Angst um seine persönliche Sicherheit oder vor Gewalt, aber durchaus Furcht vor staatlicher Willkür. „Es ist es ein offenes Geheimnis, dass die chinesische Regierung fast überall mitliest. Bei mir ist noch nie ein Laptop verschwunden oder eben solche Sachen, aber solche Geschichten gibt’s von Kollegen.“ Erschwerte Reisemöglichkeiten kennt Mattheis aus persönlicher Erfahrung, auch wenn erst die Corona-Pandemie mit ihren Sonderregeln das Reisen in China (von Tibet abgesehen, das für Journalistinnen und Journalisten schon seit längerem gesperrt ist) besonders erschwert habe. Doch selbst wenn man in Regionen wie Xinjiang oder in die Stadt Wuhan reisen könne, wo das Coronavirus erstmals festgestellt wurde, könnten dort bestimmte Orte nicht besucht werden. „Wir sind zum Beispiel nach Wuhan gefahren und auf diesen Huanan Sea Food Market gegangen – und das dauert dann halt drei Minuten, dann kommen Polizisten in Zivil

und bitten einen darum, zu verschwinden. Das läuft auf ganz chinesische Art sehr dezent und auch friedlich ab. Man hat keine Angst davor, irgendwie körperlich bedroht zu werden, aber es wird dann sehr bestimmt gesagt, hier zu verschwinden.“ Ähnlich berichten es andere Kolleginnen und Kollegen von ihren Recherchereisen nach Xinjiang. Und nicht nur dort beobachten Korrespondentinnen und Korrespondenten eine wachsende Bedrohung. So berichtet Kretschmer (2021) von einer „regelrechten Hetzjagd auf ausländische Korrespondenten“ im zentralchinesischen Zhengzhou, wo sich 2021 eine Jahrhundertflut ereignete. Ausgangspunkt war der Aufruf der örtlichen Jugendliga der KP, die ihre drei Millionen Follower dazu aufrief, einen BBC-Korrespondenten zu finden, der sich angeblich über die Todesopfer lustig gemacht habe. Über ein Dutzend Männer und Frauen, unter ihnen wohl auch Sicherheitskräfte in zivil, hätten in der Folge einen deutschen Fernsehjournalisten umzingelt und bedrängt. Ähnliche Hetzkampagnen gibt es Kretschmer zufolge häufiger, angeführt von Staatsmedien und „patriotischen“ Influencern. In der chinesischen Öffentlichkeit setze sich so immer mehr das Bild durch, westliche Reporter agierten wie Auslandsspione. Von den Staatsmedien orchestrierte Hetzkampagnen führten laut Kretschmer dazu, dass 2021 ein weiterer BBC-Korrespondent mit Frau und Kindern flüchten musste.

Dass staatliche Stellen Berichterstattung verhindern, ist nicht neu. Das Ausmaß aber ist gewachsen. Afrika-Korrespondentin Bettina Rühl, die von Nairobi aus vor allem für den öffent-

lich-rechtlichen Hörfunk berichtet und auf dem Kontinent viel reist, auch in Krisengebiete, nennt den Norden Äthiopiens als jüngstes Beispiel. „Seit Anfang November [2020] ist Krieg in der Region Tigray, und genauso lang ist Tigray schon für die Presse abgeriegelt. Die Regierung hat in den ersten Wochen auch Telefon und Internet gesperrt. Das heißt, die Nachrichten von dort sind eigentlich kaum zu überprüfen.“ Bisher war diese Art der Abschottung dem Nachbarland Eritrea vorbehalten, dessen genaue Art der Einmischung in den Krieg in Tigray unklar ist. „Nach Eritrea können Journalisten schon seit einigen Jahren so gut wie gar nicht mehr einreisen. Und die wenigen, die es schaffen, kriegen Aufpasser an die Seite gestellt.“ Diejenigen, die mit den ausländischen Pressevertreterinnen und -vertretern sprechen, drohen inhaftiert zu werden, wenn sie Unliebsames sagen. „Man fragt sich dann auch, ob man dort überhaupt arbeiten und das verantworten möchte.“ Ähnlich erlebt das Theresa Breuer, die beobachtet, dass Interviewpartnerinnen und -partner zunehmend Angst haben, mit ausländischen Berichterstatteerinnen und Berichterstatteern zu reden: „Dadurch, dass Artikel heutzutage übersetzt werden von lokalen Nachrichtenseiten, dass Artikel viral gehen oder gepostet werden auf Facebook oder Bilder auf Instagram, kann man sich eben nicht mehr sicher sein, dass es nicht auch vielleicht irgendein Verwandter liest oder dass eine Regierung mitliest. Das gilt zum Beispiel im Fall von syrischen Flüchtlingsfamilien im Libanon, die eben oft Angst haben: selbst wenn es in Deutschland erscheint, was ist, wenn es jemand postet? Was ist, wenn es

doch jemand in Syrien liest? Und diese Gefahr besteht einfach heute sehr viel mehr. Das heißt, dass Leute weniger gerne offen reden.“

Der Druck autoritärer Regierungen auf die Bevölkerung, vor allem aber auf Journalistinnen und Journalisten ist laut der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ so groß wie nie zuvor. Informationssperren und staatliche Desinformation, willkürliche Festnahmen und Gewalt gegen Medienschaffende schränken die Pressefreiheit auf allen Kontinenten ein, warnte die Organisation anlässlich der Veröffentlichung ihrer jüngsten „Liste der Pressefreiheit“, auf der noch nie so wenige Länder mit „gut“ bewertet worden seien – ganze zwölf von 180 (Reporter ohne Grenzen 2021). Dem stehen fast drei Viertel der Länder gegenüber, in denen die Pressefreiheit „bedeutend eingeschränkt“ ist: In 73 von 180 Ländern werde unabhängiger Journalismus weitgehend oder vollständig blockiert, in 59 weiteren ernsthaft behindert. Von diesen Hürden sind auch Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten in den entsprechenden Ländern betroffen, entweder direkt oder indirekt, wie Nahost-Korrespondent Jürgen Stryjak erklärt. Denn natürlich trügen einheimische, ägyptische Korrespondentinnen und Korrespondenten das größte Risiko. „Von denen sitzen sehr viele tatsächlich schon seit längerer Zeit im Gefängnis.“ Ohne einheimische Journalistinnen und Journalisten aber komme man nicht aus. „Einheimische Journalisten und Auslandskorrespondenten sitzen ja zusammen da und versuchen, sich auf all das, was passiert, einen Reim zu machen. Das kann man natürlich viel besser, wenn man

auch einheimische Journalisten befragen kann, sich Ratschläge geben lassen kann, Tipps für Gesprächspartner und so weiter. Eben auch, weil es darum geht, andere Leute nicht in Gefahr zu bringen.“ Ähnlich beschreibt es 2020 auch die USA-Korrespondentin und frühere Chefredakteurin der Deutschen Welle, Ines Pohl: „Die Pressefreiheit steht unter Druck, das müssen wir als Auslandsjournalisten uns immer wieder klar machen: Während wir uns über fehlende Mittel beschwerten oder über den Verlust von Anzeigenkunden, ist die Pressefreiheit in Ländern bedroht, wo wir es uns niemals hätten vorstellen können“ (1014 Inc., 2020). Der wachsende Druck, der in vielen Ländern auf einheimische Journalistinnen und Journalisten ausgeübt wird, hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten.

4.5 Die Zunahme von Propaganda und die Rolle sozialer Medien

Der fünfte Grund für die Krise der Auslandsberichterstattung ist eng mit dem zuletzt genannten verknüpft: Die Zunahme von Propaganda wird von vielen autoritären Regimen gefördert und unterstützt. Sie nutzen dabei auch die Auswirkungen der Veränderungsprozesse, denen Medien im digitalen Alltag unterworfen sind, wie Alexander Sänglerlaub beschreibt: „Der Geschwindigkeitsdruck, dem Nachrichtenredaktionen unterliegen, bildet mit dem finanziellen Druck eine unheilige Allianz, die auch die Anfälligkeit erhöht, Falschmeldungen zu produ-

zieren“ (Sänglerlaub 2020, S. 109). Als Beispiel nennt Sänglerlaub eine Lokalgeschichte aus dem baden-württembergischen Schorndorf, in der aus 1.000 feiernden Jugendlichen und einigen Randalierern 1.000 randalierende Jugendliche mit Migrationshintergrund wurden. Eine entsprechende *dpa*-Meldung wurde ihm zufolge ungeprüft in zahlreichen Qualitätsmedien auch aus der betreffenden Region veröffentlicht, auf Facebook verbreitete die AfD daraufhin Gerüchte von einer „islamischen Grabschparty“. Als Konsequenz aus solchen Erfahrungen fordert Sänglerlaub journalistische Instanzen, „die mit Qualitätsjournalismus Orientierung, Kontextualisierung und Einordnung bieten und die dem Schrillen der sozialen Netzwerke etwas entgegenstellen können“ (Sänglerlaub 2020, S. 110). Im Fall der Auslandsberichterstattung kann es sich dabei nur um Korrespondentinnen und Korrespondenten handeln, die in der Lage sind, vor Ort (Falsch)Meldungen, Behauptungen oder Propaganda zu bewerten und im Zweifel zu enthüllen oder zu kontextualisieren.

Dabei arbeiten Korrespondentinnen und Korrespondenten in manchen Ländern gegen eine Informationsmaschine an, mit denen der Staat gezielt Medienmacherinnen und -macher im Ausland beeinflusst. China-Korrespondent Philipp Mattheis etwa bemerkte bei seiner Rückkehr nach China im Jahr 2019, dass die Regierung ihre Narrative zunehmend auch an eine ausländische Öffentlichkeit richtet: „Früher war die Propaganda aufs eigene Volk konzentriert, mittlerweile merkt man schon recht deutlich, dass

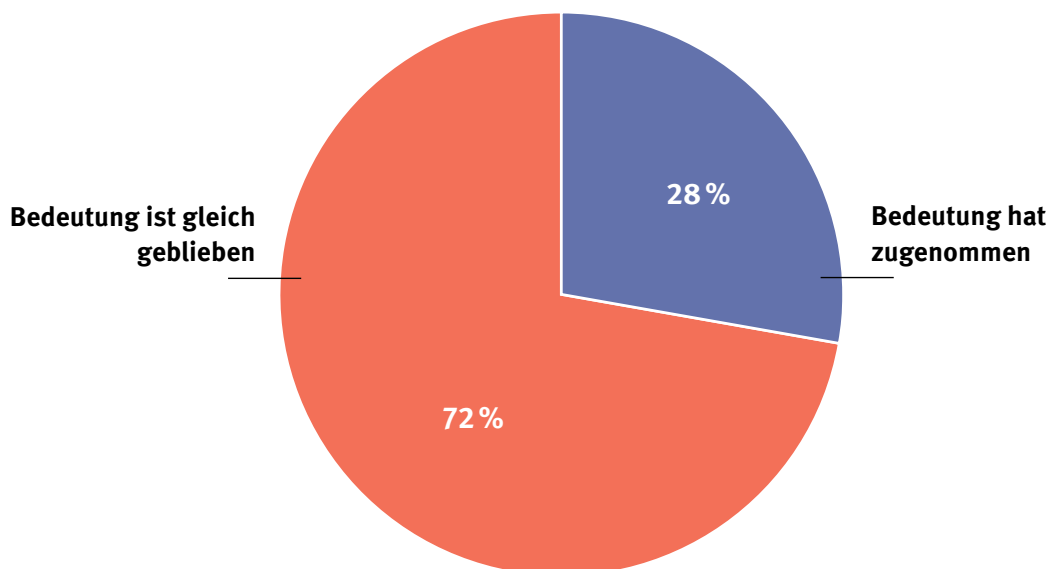
die Kommunistische Partei in China ihre Propaganda auch nach außen richtet. Zum Beispiel ist Twitter ein Medium, das in China selbst gesperrt ist, aber massiv von chinesischen Diplomaten genutzt wird, um bestimmte Narrative zu verbreiten.“ Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie habe China das Medium genutzt, um Zweifel daran zu sähen, dass das Virus wirklich in Wuhan in China entstanden sei. „Und dann werden permanent Botschaften nach draußen geschickt, es hat auch mal den deutschen Virologen Kekulé getroffen, dessen Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen wurden, der dann gesagt hat, das Virus wurde zuerst mal in Italien festgestellt und solche Dinge, also die Art, ein bestimmtes

Narrativ zu verbreiten, das hat einfach massiv zugenommen.“

In der Umfrage unter den 39 Weltreporterinnen und Weltreportern sagen mehr als die Hälfte, dass sie häufig oder manchmal mit Quellen konfrontiert sind, die sich nicht eindeutig zuordnen lassen, so etwa Tweets, Videos oder Mitteilungen ungesicherter Herkunft. Mehr als ein Viertel der Befragten berichtet, dass die Bedeutung interessengeleiteter Quellen – etwa von Regierungen, aber auch von Nichtregierungsorganisationen – zugenommen hat (Abbildung 8). Alle anderen, knapp 72 Prozent, sprechen von einer gleichbleibenden Bedeutung. Dass staat-

Abbildung 8:

Die Bedeutung interessengeleiteter Quellen für die Auslandsberichterstattung



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage einer Umfrage unter 39 Weltreporterinnen und Weltreportern.

liche Propaganda Einfluss auf die Quellenlage hat, auch mit dem Umweg über Aussagen von Interviewten, glaubt immerhin jeder vierte Weltreporter, jede vierte Weltreporterin. Die Diffamierung ausländischer Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r)er etwa als „Agenten“ selbst durch Spitzenpolitikerinnen und -politiker (vgl. Kretschmer 2021) hat die Lage offenkundig verschärft. Fast ein Viertel der für dieses Papier Befragten berichtet, dass sich Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner regelmäßig nicht trauen, Interviews zu geben oder sich zumindest nicht zitieren lassen wollen. Mehr als ein Drittel haben die Erfahrung gemacht, dass Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zu journalistischen Gesprächen oft gar nicht erst bereit sind. Auf soziale Medien als Quelle angewiesen (die journalistisch überprüft wird), ist jede und jeder vierte Befragte.

Soziale Medien und ihre Prominenz in der Auslandsberichterstattung, die nicht zuletzt durch Donald Trump stark zugenommen hat, haben es vielen Regimen (und nicht nur ihnen) leichter gemacht, Zweifel an Fakten zu sähen und damit „fake news“ zu verbreiten. Früher mussten Regierungen noch PR-Agenturen beauftragen, um Feindbilder aufzubauen, Kriege vorzubereiten oder Diktaturen zu beschönigen, wie es Jörg Becker und Mira Beham (2006) in ihrer Studie „Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod“ beschreiben. Darin zeigen sie anhand des Balkankriegs, wie amerikanische PR-Agenturen erfolgreich Krisen- und Kriegskommunikation betrieben. Mit ihren PR-Strategien sei es ihnen

als „quasi privatisierte Propaganda“ gelungen, geschlossene Kommunikationskreisläufe zwischen Politik, Militär, Medien, NGOs und vermeintlichen Expertinnen und Experten herzustellen, in denen immer die gleichen Botschaften verbreitet wurden. Im Fall nicht-serbischer Auftraggeberinnen und Auftraggeber waren die Anerkennung der Unabhängigkeit nicht-serbischer Teilrepubliken Jugoslawiens durch die USA, die Darstellung Serbiens als Aggressor und die Gleichsetzung der Serben mit den Nazis solche zentralen Botschaften. Serbiens Botschaften hatten das Ziel, die UN-Sanktionen aufzuheben, generell das Image zu verbessern und US-Investitionen in Serbien zu fördern (Becker/Beham 2006). Schon damals warnten die Autorin und der Autor: „Das institutionelle und finanzielle Machtverhältnis zwischen den beiden Größen PR und Journalismus verschiebt sich seit langem immer mehr zuungunsten des Journalismus: In den USA gab es Anfang der neunziger Jahre rd. 160.000 PR-Praktiker, aber nur noch rd. 120.000 Journalisten.“ Dieses Verhältnis hat sich längst weiter „zuungunsten des Journalismus“ verändert und ist durch die Tatsache, dass heute schon ein Twitter-Account ausreicht, um Falschnachrichten zu streuen, noch einmal verschärft worden.

Auslandskorrespondenten und -korrespondentinnen müssen mithin neue Aufgaben wahrnehmen, die über den traditionellen Faktencheck in der Berichterstattung – Absicherung mit zwei Quellen, die unabhängige Überprüfung der Informationen und eine gesunde Portion Skepsis –

hinausgehen. Auch in den Berichtsgebieten werden heute soziale Medien konsumiert, so dass ungeprüfte und damit falsche Informationen etwa über Interviewpartnerinnen und -partner Eingang in deutsche Medien finden können, wenn sie nicht stärker hinterfragt werden. Die Überprüfung ist umso schwerer, da die Verbreitung oftmals ungeprüft geschieht, wie Afrika-Korrespondentin Bettina Rühl betont. „Es gibt aber auch sehr viel häufiger gezielte Kampagnen für Falschinformationen: die britische Firma Cambridge Analytica etwa ist auch in Afrika aktiv gewesen.⁴ Sie hat die Wahlen in Nigeria und Kenia bewusst beeinflusst und versucht, sie zu manipulieren.“ Auch Regierungen beeinflussten bewusst die vermeintliche Faktenlage. „Uganda hat mal die Zahl der Flüchtlinge gefälscht, die es aus Südsudan aufgenommen hat, um mehr Geld vom UNHCR zu bekommen.“ Zu einem großen persönlichen Netzwerk im Berichtsgebiet kommt die Notwendigkeit eines ebenso kompetenten virtuellen Netzwerks, so dass Fake-Webseiten oder -Social-Media-Profile schnell überprüft werden können, wenn die eigene Expertise dafür einmal nicht ausreicht. Generell ist damit zu rechnen, dass Auslandsberichterstatte(r)innen und -berichterstatte(r) mehr Kapazitäten für die Faktenprüfung bereitstellen müssen.

Für den Kriegsberichterstatte(r) Patrick Cockburn steht im Hinblick auf die jüngsten Kriege in

Syrien und im Irak fest: „Journalisten müssen ständig gegen die Propaganda der jeweiligen Machthaber anschreiben. Seit dem Ersten Golfkrieg [...], den die von Washington geführte Koalition gegen das Regime Saddam Husseins führte, habe ich den deprimierenden Eindruck, dass in der Nachrichtenschlacht die Propagandisten am Ende immer öfter gewinnen. Dass also sauberer Journalismus und echte Augenzeugenberichte auf dem Rückzug sind“ (Cockburn 2020a). Als Beispiel nennt Cockburn, dass selbst die aufwändigen Kontrollen, mit denen Fernsehsender wie BBC oder CNN die Authentizität von im Netz gefundenem Videomaterial überprüfen, nicht ausreichen, um der Propaganda-Falle zu entgehen. „Das geht am eigentlichen Punkt vorbei. Selbst wenn alle Videos wahr sind, ist diese Wahrheit im Zweifel eine sehr selektive“ (Cockburn 2020b, S. 224). Die parteiische Auswahl von Fakten gerade in Kriegen und Konflikten „unterstreicht die Notwendigkeit eines unabhängigen, gut ausgestatteten und professionellen Journalismus“ (ebd.). Auch Nahost-Korrespondent Jürgen Stryjak betont die Unterschiede dessen, was man wissen kann, wenn man von vor Ort berichtet. „Wenn ich zum Beispiel zurückdenke an die Zeit während des Volksaufstandes gegen Mubarak auf dem Tahrir-Platz in Kairo, bei dem ich ja von Anfang bis Ende mit dabei war, da war man mittendrin, da konnte man mit Leuten reden, die haben auch ohne eingeschüchtert

⁴ Vgl. Ekdale, Tully (2020); das Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica, dessen Beeinflussung unter anderem der US-Wahlen durch Mikrotargeting in Folge von Enthüllungen des Whistleblowers Christopher Wylie bekannt wurde, meldete im Mai 2018 Insolvenz an.

zu sein mit einem gesprochen und man hatte einen Konflikt, der relativ überschaubar war.“ Bei den Konflikten in Libyen, Syrien und Jemen sei nicht nur der Zugang zu Informationen ein Problem, sondern auch die Tatsache, dass es sich um Stellvertreterkriege handele, an denen eine große Zahl in- und ausländischer Akteure beteiligt sei. „Und diese Konflikte [...] sind so komplex, dass es im Grunde nicht mehr möglich ist, innerhalb der klassischen Artikellänge oder des klassischen Drei-Minuten-Beitrags fürs Radio irgendwas plausibel zu erklären.“

Und so greifen die dargestellten Gründe ineinander und kreieren einen Teufelskreis: Um unter erschwerten Bedingungen aus dem Ausland zu berichten und „mit Qualitätsjournalismus Orientierung, Kontextualisierung und Einordnung“ zu bieten, wie Sangerlaub (2020) fordert, bräuchte es mehr Korrespondentinnen und Korrespondenten, mehr Ressourcen auch in den Redaktionen und mehr Sendeplätze und Abdruckmoglichkeiten. Das Gegenteil ist der Fall. Und die Corona-Pandemie droht die Krise der Auslandsberichterstattung sogar noch zu verschärfen.

5 Die Corona-Pandemie und ihre Folgen für die Auslandsberichterstattung

Spätestens seit April 2020 hat die Corona-Pandemie den Alltag von uns allen (und damit den Alltag aller Medienkonsumentinnen und Medienkonsumenten) grundsätzlich verändert. Auch die Arbeit von Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten blieb davon nicht unberührt. „Die Corona-Pandemie hat meine Arbeit als Korrespondentin verschlechtert“ sagen 92,3 Prozent der 39 Weltreporterinnen und Weltreporter, die im November 2020 befragt wurden. Die Gründe sind vielfältig: Fast neun von zehn, 89,3 Prozent, nennen als größtes Problem, dass Recherchen vor Ort, 73 Prozent, dass persönliche Interviews nicht mehr möglich waren. Fast die Hälfte, 45,9 Prozent, glauben, dass für sie dadurch die Einschätzung einer konkreten Lage oder Situation erschwert wurde. Über die Konsequenzen äußern sich Weltreporterinnen und Weltreporter so: „Ich habe Zoom-Interviews als Standard akzeptiert, obwohl persönliche Interviews mehr Erkenntnisgewinn bringen“; „Ich habe auf viele Reportagen verzichtet, die sonst einen Schwerpunkt meiner Arbeit ausmachen“; „Ich reise nicht mehr, was vorher fester Bestandteil meiner Arbeit war“; „Kunden, die diese Geschichten gekauft haben, entfallen jetzt.“

Mit solchen Erfahrungen sind die Weltreporterinnen und Weltreporter nicht alleine. Korrespondentinnen und Korrespondenten arbeiteten 2020 überwiegend im Home Office, entweder in

ihrem Berichtsgebiet oder in Deutschland. Die ARD gab im April 2020 an, „einige wenige Korrespondenten“ seien nicht mehr in den Berichtsgebieten; FAZ und *Süddeutsche Zeitung* hatten nach eigenen Angaben zu diesem Zeitpunkt noch je 26 Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) vor Ort. Praktisch alle Medien ermöglichten es ihren Korrespondentinnen und Korrespondenten aber im späteren Verlauf des Jahres, von Deutschland aus ihr Berichtsgebiet abzudecken. Der USA-Korrespondent des *Deutschlandfunks*, Thilo Kössler, erklärte im April 2020, er arbeite in Köln unter ähnlichen Bedingungen wie die Kolleginnen und Kollegen in Washington, wo zu dem Zeitpunkt eine behördliche „Stay at home“-Anordnung galt. Dies habe den journalistischen Blick durchaus verändert. Im *Deutschlandfunk* werden Kösslers Aussagen so zusammengefasst: „Viele Dinge blieben den Journalistinnen und Journalisten verborgen. So gebe es eine ganze Reihe von Betroffenen, über deren Lage man überhaupt nichts mehr wisse, beispielsweise die Gefängnisinsassen in den USA. Zudem wisse man kaum, wie die Situation außerhalb der Städte sei, denn vielerorts gebe es gar keinen Lokaljournalismus mehr – dieser sei schon vor der Coronakrise stark ausgedünnt gewesen“ (Fries 2020). In der gleichen Sendung gibt der ARD-Korrespondent in Madrid an, dass Reisen derzeit schon aus ganz praktischen Gründen nicht möglich seien. „Wo würde ich dann beispielsweise übernachten, die Hotels sind geschlossen?“

Die freien Korrespondentinnen und Korrespondenten der Weltreporter bilanzieren im November 2020 einen Rückgang an Aufträgen in Zeiten der Pandemie. Dass die Zahl an Aufträgen insgesamt abgenommen hat, berichtet mehr als die Hälfte der Befragten; dass Angebote abgelehnt wurden, immerhin ein Viertel. Fast die Hälfte, 45,9 Prozent, musste bereits erteilte Aufträge wegen der Pandemie absagen. Und zwei von fünf haben erfahren, dass das Interesse in den Redaktionen sich auf Corona-Geschichten beschränkte.

Die quantitative Auswertung von zwischen dem 1. Januar 2020 und dem 30. Juni 2021 veröffentlichten Berichte in der Pressedatenbank Genios zeigt die Folgen. Die Parameter der Recherche

sind die gleichen wie bei der Langzeitbetrachtung in Kapitel 3: Es wurde in den gleichen 23 führenden überregionalen und regionalen Zeitungen untersucht, wie oft Berichte aus oder über 190 Länder veröffentlicht wurden. Das Ergebnis zeigt die Wortwolke in Abbildung 9.

Bei den Ländern, über die im Zehnjahreszeitraum überdurchschnittlich viel berichtet wurde, gibt es kaum einen Unterschied. Erneut wird über kein Land auch nur annähernd so viel berichtet wie über die USA. Es folgt erneut Großbritannien, dann Frankreich, Österreich, Italien, Russland und die Schweiz. Dass jetzt China vor Israel, Spanien und den Niederlanden folgt, mag der Pandemie und ihrem Ursprung sowie der starken Ausbreitung in China im ersten Quartal 2020 ge-

Abbildung 9:
Wortwolke der Länder, über die in 23 überregionalen und führenden Regionalzeitungen berichtet wurde (nach Häufigkeit, 1.1.2020-30.06.2021)



Quelle: Eigene Darstellung mit Infogram (<https://infogram.com/>) und Daten der Pressedatenbank Genios. Gesucht wurde nach den jeweiligen deutschen Ländernamen. Je größer und zentraler der Ländername, desto häufiger kommt das Land in der Berichterstattung vor.

schuldet sein. Für eine genaue Bestimmung der Unterschiede müsste eine detaillierte Auswertung der Berichte erfolgen, die die Möglichkeiten dieser Untersuchung übersteigen. Grundsätzlich kann aber festgehalten werden, dass der Teil der Welt, der auch vor der Pandemie in hellem Licht erstrahlte, weiterhin sichtbar bleibt.

Dramatisch ist die Auswirkung der Pandemie auf die Teile der Welt, die schon vor der Pandemie nur wenig beleuchtet wurden. 65 Länder kamen innerhalb von 18 Monaten nicht ein einziges Mal in den untersuchten Zeitungen vor. In der Langzeitbetrachtung waren es gerade einmal 15. Ausgeblendet wurden fast ausschließlich Länder in Afrika, Mittel- und Südamerika sowie in Südostasien, also Länder auf der Südhalbkugel. Das gilt auch für die elf Länder, über die weniger als einhundert Mal (in fünf Fällen davon: nur einmal) berichtet wurde. Über 141 von 190 Ländern wurde weniger als 1.000 Mal berichtet (innerhalb von anderthalb Jahren in 23 Zeitungen samt zahlreicher Regionalausgaben), dagegen schafften es nur die oben genannten elf Länder auf mehr als 10.000 Berichte. Syrien steht in der Rangliste der Berichterstattung auf Rang 34, Libyen auf Rang 41, Venezuela auf Rang 63. Wenn Corona keine Pandemie, sondern ein Land wäre, würde es selbst die USA bei weitem in den Schatten stellen. Nicht nur einzelne Länder, die Welt als Ganzes ist seit Beginn der Pandemie verblasst. Was im Ausland passiert, geschieht in den meisten Fällen unter fernem Liefen. Viele wenn nicht die meisten der Berichte aus den Ländern, die in Abbildung 9 abgebildet sind, werden sich zudem mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie beschäftigt haben.

Wie viele Berichte aus dem Ausland sich mit anderen Entwicklungen als der Corona-Situation im jeweiligen Land beschäftigen, wäre eine genauere Untersuchung wert. Denn es ist offensichtlich, dass autoritäre Regime den pandemiebedingten Schatten der globalen Aufmerksamkeit genutzt haben und nutzen, um weitgehend unbemerkt ihre Macht zu festigen. Die Organisation Reporter ohne Grenzen warnt: „Die Corona-Pandemie verstärkte und festigte weltweit repressive Tendenzen: In Ungarn wurde die Verbreitung von ‚Falschmeldungen‘ über die Pandemie ebenso unter Strafe gestellt wie in Malaysia. Ägypten verbot die Veröffentlichung aller nicht-offiziellen Infektionszahlen, das Assad-Regime in Syrien verhängte eine Nachrichtensperre für alle Medien außer der staatlichen Nachrichtenagentur. Tatsächliche Desinformation ging in der Pandemie von zahlreichen Regierungen sowie Staats- und Regierungschefs aus“ (Reporter ohne Grenzen 2021). Die Organisation formuliert die Hoffnung, dass bei einer Rückkehr zur Normalität auch der „Respekt für die unabdingbare Rolle des Journalismus für eine funktionierende Gesellschaft zurückkehren“ möge. Doch ob das geschieht, ist vollkommen ungewiss. Zum einen werden repressive Tendenzen nicht alleine dadurch zurückgedreht, dass die pandemische Lage sich bessert. Zweitens ist eine „Rückkehr zur Normalität“ in weiten Teilen der Welt nicht einmal annähernd in Sicht. Das gilt gerade in den Regionen, die 2020/21 weitgehend aus der Berichterstattung verschwunden sind. Wann und ob aus afrikanischen, lateinamerikanischen und südostasiatischen Staaten wieder in einem „Vor-Corona-Ausmaß“ berichtet werden kann und wird, kann der-

zeit niemand sagen. Dazu kommt, drittens, die drohende Gewöhnung daran, dass Geschichten – auch Auslandsberichte – auf elektronischem Weg vermeintlich ebenso „gut“ gemacht werden können wie vom Ort des Geschehens selbst. Im Hörfunk etwa sind bisherige technische Qualitätsstandards gesenkt worden, um Interviews via Zoom oder auf anderem digitalen Weg ausstrahlen zu können. An diese Form von Interviews haben sich Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner ebenso gewöhnt wie Redaktionen: Sie sind schneller durchführbar und mit weniger Aufwand für alle Beteiligten verbunden. Auch Korrespondentinnen und Korrespondenten sparen Zeit, wenn sie für Interviews nicht mehr anreisen müssen, und sei es innerhalb der gleichen Stadt. Allerdings, so wurde oben bereits bemerkt, ist der Erkenntnisgewinn im Regelfall ein vollkommen anderer als der, der bei einem persönlichen Interview erzielt würde. Dazu kommt, dass Zoom-Interviews und ihre Pendanten theoretisch von überall her möglich sind, nicht nur aus dem Ausland. Schlimmstenfalls droht eine Generation „digitaler Fallschirmjournalistinnen und -journalisten“, die im Krisenfall nicht mal mehr in ein Flugzeug steigen, sondern sich per Zoom die Vergewisserung verschaffen, die sie für ihren Bericht benötigen. Dass diese Art von „Recherche“ noch weniger mit der Realität zu tun hat als der Blitzbesuch vor Ort, ist offensichtlich. Allerdings stehen diesen Minuspunkten die erheblichen Ersparnisse gegenüber, die mit dieser Art der Berichterstattung erzielt werden können. Die in Kapitel 3 genannten Beispiele sprechen dafür, dass sich nicht wenige Medienhäuser für die finanziellen Vorteile entscheiden dürften.

Das hat Folgen. Die Krise des Journalismus wird oft als Chance der PR-Branche beschrieben. Schon vor der Corona-Pandemie versorgten Nichtregierungsorganisationen, PR-Agenturen und auch die Vereinten Nationen (UN) Berichtserstatterinnen und Berichtserstatter mit Material bis hin zum vorgeschrittenen Film samt O-Tönen, was eigene Recherchen erübrigen soll. Diese Tendenz ist eine von vielen, die durch die pandemische Lage verschärft werden dürfte. Kapitel 4 konnte zeigen, dass die Präsenz von Korrespondentinnen und Korrespondenten am Ort des Geschehens in den vergangenen Jahren abgenommen hat. In der Corona-Pandemie stellt sich nun zunehmend die Frage, wo der „Ort des Geschehens“ eigentlich ist. Pressekonferenzen mit Hilfe digitaler Übertragungstechniken wie Zoom machen offizielle Statements weltweit verfügbar. Die ohnehin vorhandene Neigung, Ereignisse auf Äußerungen von Sprecherinnen und Sprechern – offiziellen oder denen der organisierten Zivilgesellschaft – zu reduzieren, wurde dadurch verschärft. Dabei spiegeln die in Echtzeit übertragene Presseereignisse eine größere Transparenz und Möglichkeit zur Partizipation vor, als in Wirklichkeit gegeben ist.

So finden Pressekonferenzen bei den Vereinten Nationen in Genf (inklusive denen der Weltgesundheitsorganisation WHO) seit April 2020 nahezu ausschließlich im digitalen Raum statt. Dabei sind Fragen deutlich seltener zugelassen als zuvor, was meist mit Verweis auf die große Zahl der Journalistinnen und Journalisten und die begrenzte Zeit der Vortragenden begründet wird. Ein gezieltes Nachhaken, Gespräche „am Rand“ einer Pressekonferenz, Einzelinterviews oder gar

vertrauliche Gespräche im Nachklang sind nicht mehr möglich. So bleiben den Journalistinnen und Journalisten vor allem die offiziellen Statements, die technisch durch die Bereitstellung von kurzen, nachrichtentauglichen Ausschnitten begünstigt werden. Natürlich gibt es für dieses Vorgehen, etwa im Fall der Weltgesundheitsorganisation, gute Gründe: Tatsächlich wäre es der WHO-Pressabteilung wohl kaum möglich, allen Medienanfragen zur Pandemie einzeln nachzukommen. Viele Redaktionen gerade elektronischer Medien werden es zudem begrüßen, dass Ausschnitte aus der Pressekonferenz schnell und sendefertig geliefert werden. Doch ebenso unstrittig ist, dass der im Rahmen von supranationalen Organisationen wie UN oder EU ohnehin schwer umzusetzende journalistische Anspruch der Berichterstattung damit weiter reduziert wird. Eine Kontrolle dessen, was etwa die WHO im Rahmen der Corona-Pandemie unternimmt, ist durch die pandemiebedingt veränderten Umstände der Berichterstattung schwieriger geworden. Nicht nur bei der WHO und den UN, sondern auch bei vielen anderen Organisationen scheint es unwahrscheinlich, dass die Übertragung der livefähig inszenierten Pressekonferenzen künftig wieder aufgegeben wird, zumal sie zugleich den Interessen der Absenderinnen und Absender ihrer jeweiligen Botschaften sowie den ökonomischen Wünschen nach günstigerem „Content“ in vielen Redaktionen gleichermaßen gerecht wird. Groß dürfte für viele Organisationen auch die Versuchung sein, Bilder und Statements auf eigenen Kanälen direkt an die Öffentlichkeit zu bringen und damit die vollständige Kontrolle über ihre Botschaften zu erlangen. Die WHO etwa wendet sich in der Covid-Pandemie schon lange nicht

mehr ausschließlich an die Medien, sondern oftmals an jene globale Öffentlichkeit, von der Dirk-Claas Ulrich noch vor wenigen Jahren behauptete, sie sei nicht mehr als eine Chimäre (Ulrich 2016): Etwa im Rahmen des Events „Social Media Live for the Public“, bei dem Expertinnen und Experten der WHO Fragen aus der Gemeinde der Facebook-, Twitter-, LinkedIn- und YouTube-Nutzerinnen und Nutzer beantworten. So gut es für die Wissensvermittlung ist, dass die WHO sich direkt an die globale Öffentlichkeit wendet, so klar ist auch, dass solche Initiativen nicht die Gatekeeper-Funktion ersetzen dürfen, die Korrespondentinnen und Korrespondenten erbringen, die die Organisation oft schon seit Jahren und Jahrzehnten verfolgen. Negatives Beispiel in dieser Hinsicht sind Organisationen wie das Internationale Olympische Komitee (IOC), die Fédération Internationale de Football Association (FIFA) und die Union of European Football Associations (UEFA), in deren Rahmen eine unabhängige Berichterstattung praktisch unmöglich geworden ist. O-Töne und Bilder, bis hin zu Filmen unter Leitung einer eigenen Regie, haben die unabhängige Berichterstattung von ihren Sportveranstaltungen ersetzt. Für die Olympischen Winterspiele 2022 in Peking waren unter Hinweis auf die Corona-Pandemie selbst direkte Interviews nicht mehr möglich. Journalistinnen und Journalisten sollten ihre Fragen nur schriftlich einreichen dürfen, was natürlich die Möglichkeit eröffnet, unliebsame Fragen einfach auszusortieren (Eyssel 2021). Die Covid-Pandemie und die Beschränkungen, die sie mit sich bringt, droht zum Vorwand dafür zu werden, unabhängige Berichterstattung gleich weder Art einzuschränken oder vollständig unmöglich zu machen.

6 Neuer Auslandsjournalismus? Wie die Welt wieder sichtbarer werden kann

Angesichts der beschriebenen Krise der Auslandsberichterstattung steht außer Frage, dass sich der Auslandsjournalismus verändern muss. Dieses Schicksal ihrer Profession teilen Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten mit allen anderen Journalistinnen und Journalisten, denen regelmäßig bescheinigt wird, dass sie sich neu erfinden müssen (vgl. Sangerlaub 2020). Und tatsächlich hat die Digitalisierung nicht nur die Medien, sondern auch unsere Wahrnehmung von der Welt so grundlegend verändert, dass der Auslandsjournalismus gleich in doppelter Hinsicht gefordert ist, sich dieser Situation anzupassen. Die Standards dafür wurden bereits weiter oben beschrieben: Orientierung, Kontextualisierung und Einordnung des Geschehens im Ausland, so dass Medienkonsumentinnen und -konsumenten in die Lage versetzt werden, Entwicklungen jenseits von Deutschland und ihre möglichen Auswirkungen auf sie selbst zu verstehen. Dass es dafür nicht die eine, große Lösung gibt, ist klar. Schon gar nicht gibt es ein „Zurück“ zur „guten alten Zeit“ des Auslandsjournalismus, die es tatsächlich nie gab. Denn einerseits stimmt es, dass die Auslandsberichterstattung heute sehr viel besser sein könnte als sie ist, andererseits ist doch auch wahr, dass die technischen Möglichkeiten für gute Auslandsberichterstattung noch nie so groß waren wie heute. Es muss also darum gehen, diese Chancen zu nutzen – um damit

eine Berichterstattung über das Ausland zu erreichen, die besser ist als alles bisher Dagewesene und die den Anforderungen einer Ära globaler Herausforderungen entspricht. Im Folgenden werden einige Eckpunkte skizziert, die für einen zukünftigen Auslandsjournalismus unabdingbar scheinen.

1. Stärkung der Netzwerke und Zusammenschlüsse freier Korrespondentinnen und Korrespondenten

Wichtigster Maßstab für qualitativ hochwertige Auslandsberichterstattung ist, dass sie vor Ort gemacht wird. Leserinnen und Leser müssen einen Anspruch darauf haben, dass die Auslandsseiten von Korrespondentinnen und Korrespondenten im Ausland gefüllt werden. Nur so ist ein journalistisches „eyewitness-reporting“ möglich, das eine adäquate Abbildung und Einordnung der Geschehnisse ermöglicht. Weil Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten ihre Kompetenz dadurch erwerben, dass sie ihr Berichtsgebiet über lange Zeit kennen, muss diese Kompetenz inhaltlich und finanziell honoriert werden, auch dann, wenn es nicht „brennt“. Angesichts der Tatsache, dass mit einer Ausweitung der nach Hamilton und James' Systematik „traditional foreign correspondents“ genannten festen Korrespondentinnen und Korrespondenten kaum zu rechnen ist, konzentrieren sich Losungsansat-

ze auf die anderen beiden Typen von Bericht-erstatte(r)innen und Bericht-erstatte(r)ern im Aus-land: Die „foreign local correspondents“, die aus ihren Heimatländern für deutsche Medien berichten und die „foreign foreign correspon-dents“. Zu den letzteren zählt das Netzwerk der [Weltreporter](#), das in diesem Diskussionspapier immer wieder erwähnt worden ist und dessen aktives Mitglied der Autor lange war. Seit mehr als 15 Jahren vereint das Netzwerk freie Journa-listinnen und Journalisten, die im Ausland le-ben und von dort für deutschsprachige Medien berichten. Zu den Vorteilen für die Mitglieder gehören der interne Austausch, die Bündelung von Angeboten, die laufende Sicherstellung von Qualitätsstandards und ein gemeinsames Mar-keting. Jede Weltreporterin, jeder Weltreporter arbeitet aber für sich und deckt ihr Berichts-gebiet alleine ab, die Berichte werden an traditio-nelle Medien verkauft. Das Modell funktioniert für die knapp 50 Mitglieder auch deshalb, weil die meisten von ihnen schon seit langer Zeit im Ausland leben und arbeiten. Im Verlauf der Jahre wegfallende Kunden wurden bisher stets durch neue ersetzt. In ihrer Struktur entsprechen die Weltreporter einem klassischen Korresponden-tennetzwerk, deren Nutzung jedem zahlenden Kunden freisteht.

Als Netzwerk der „foreign local correspondents“ verstehen sich dagegen die [Hostwriter](#), ein Netz-werk, das 2013 von den drei Journalistinnen Ta-bea Grzeszyk, Sandra Zistl und Tamara Anthony gegründet wurde. Nach eigenen Angaben sind auf der Online-Plattform von Hostwriter inzwi-schen 4.000 Journalistinnen und Journalisten

aus 150 Ländern vertreten. Als Netzwerk will Hostwriter diese Journalistinnen und Journa-listen miteinander in Verbindung bringen, um gemeinsame Recherchen zu ermöglichen. Die Professionalisierung der Plattform gelang mit Stiftungsgeldern. Beide Netzwerke, Weltreporter und Hostwriter, eint das Ziel, ein Netz aus Be-richt-erstatte(r)innen und Bericht-erstatte(r)ern bereit zu stellen, das Berichterstattung aus allen Win-keln der Welt bieten kann. Das alleine bekämpft aber nur den ersten der oben aufgeführten Grün-de, das Verschwinden der Korrespondentinnen und Korrespondenten, die für die Krise der Aus-landsberichterstattung auszumachen sind.

2. Erhalt der Auslandsseiten und -sendeplätze und kreative Nutzung neuer Möglichkeiten

Zugleich braucht es „Gefäße“, in denen die ver-tiefte und kontinuierliche Berichterstattung auch aus vernachlässigten Regionen Platz findet. Als erster Schritt sollte sichergestellt werden, dass die Auslandsflächen nicht noch weiter schrump-fen als bisher. Gerade im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wäre ein deutliches Eintreten der Rundfunkräte für eine breite Berichterstattung aus dem Ausland nötig. Erfolgreiche Angebote wie die „Tagesspiegel Background“-Newsletter oder der Fachdienst „Africa Confidential“ weisen zudem daraufhin, dass Berichterstattung sich wirtschaftlich erfolgreich an ein kleineres, an bestimmten Thematiken interessiertes Publikum wenden kann. Gerade weil die reinen Produk-tionskosten für (digitale) Medien so niedrig sind wie nie, könnten vertiefte Recherchen in solchen separat bezahlten Newslettern vertrieben wer-den, während kürzere Berichte, die dennoch

vom Aufwand der langen Recherche profitieren, in den „Hauptmedien“ publiziert werden, die eine breitere Zielgruppen ansprechen. Damit würde in Medienhäusern auch der Entwicklung Rechnung getragen, dass solche „breit rezipierten Medien“ womöglich eines Tages der Vergangenheit angehören könnten. Der *New Humanitarian*, der aus dem früheren Informationsdienst der UN-Nothilfeoordination hervorgegangen ist, finanziert sich aus Stiftungsgeldern und Spenden. Er spricht mit seinen Berichten aus Entwicklungsländern und der Welt der Entwicklungsarbeit eine Zielgruppe an, die in diesem Bereich arbeitet und bereit ist, für qualitativ hochwertige Informationen in ihrem Bereich zu spenden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind neben einer Redaktion in Genf überwiegend „foreign local correspondents“.

Eine weitere Möglichkeit, Flächen für die Auslandsberichterstattung zu schaffen, sind Eigenpublikationsmodelle der Korrespondentinnen und Korrespondenten. Zu den Plattformen, auf denen vertiefte Recherchen aus einer bestimmten Weltregion veröffentlicht werden, zählen etwa die *Riffreporter*, auf deren Seite bereits Korrespondentinnen und Korrespondenten aus Afrika, Australien und Lateinamerika eigene Präsenzen und Abo-Angebote erstellt haben. Bettina Rühl, die dort mit zwei Kolleginnen die „Afrikareporter“ betreibt, begründet den Aufbau der eigenen Seite so: „Wir können die Themen bestimmen, wir können die Länge bestimmen, wir können auch multimedial Elemente einbauen und hintergründigen Journalismus betreiben. Aber damit das überleben kann, braucht er [der Journalismus]

neue Finanzquellen. Und die Afrikareporter sind der Versuch, auszuloten, ob wir uns direkt an Leserinnen und Leser wenden können und erreichen können, dass unsere Arbeit sich auszahlt.“ Dabei räumt Rühl ein, dass man als Journalistin und Journalist zu gerne unterschätze, dass zu einem Verlag oder einem Sender sowohl eine Marketing- wie auch eine kaufmännische Abteilung gehöre. „Es hilft wenig, einfach nur eine Geschichte ins Internet zu stellen, ohne irgendwelche begleitenden Maßnahmen. Das kriegt nämlich niemand mit, und bezahlen tut es auch keiner.“ Wenn Auslandskorrespondentinnen zu ihren eigenen Verlegerinnen werden sollen, braucht es nach Rühls Erfahrung Fähigkeiten, die von den Betroffenen oft erst gelernt werden müssen. Dennoch scheint es, als sei der Schritt, nicht nur sich, sondern auch die recherchierten Geschichten selber zu vermarkten, unausweichlich – wenn auch nicht ausreichend, um Korrespondentinnen- und Korrespondentenstellen alleine zu finanzieren.

Die Nahost-Korrespondentin Theresa Breuer nutzte eine Plattform für Projektspenden, um gezielt Mittel für eine Recherche zu gewinnen. Gemeinsam mit einer Kollegin hatte sie sich vorgenommen, ein Team aus afghanischen Bergsteigerinnen bei ihrem Aufstieg auf den höchsten Berg Afghanistans zu begleiten – ein Berg, der 7.500 Meter hoch ist und den noch nie eine afghanische Frau bestiegen hat. „Und dann haben wir beschlossen: Lass uns das doch begleiten als Printreportage und Fotoreportage, aber auch als Dokumentarfilm. Und dieses Vorhaben haben wir dann einfach realisiert, [haben] über

zwei Jahre geplant und [...] erst einmal viel eigenes Geld reingesteckt, haben immer wieder auch kleinere Aspekte dieser Geschichte ausgekoppelt und uns somit unser weiteres Leben auch in Afghanistan finanziert. Dann haben wir Sponsoren gefunden für die Bergexpedition und eine große Kickstarter-Kampagne ins Leben gerufen, über die wir nochmal 50.000 Euro eingesammelt haben.“ Eine der Frauen schaffte es tatsächlich bis zum Gipfel. Dennoch sind die Geschichten aller Frauen spannend weitergegangen, wie Breuer erzählt, so dass sie nun eine Fortsetzung plant. Allerdings ist es zwar möglich, mit einer solchen Kampagne einzelne Recherchen zu finanzieren und zugleich bekannt zu machen. Unklar ist jedoch, ob sich Crowdfunding-Portale wie Kickstarter, aber auch entsprechende Angebote des investigativen Netzwerks Correctiv (vgl. deren „[Crowdfunding für Journalismus auf Startnext](#)“) oder auf die persönliche Unterstützung von Kreativen ausgerichtete Plattformen wie Steady oder Patreon dafür eignen, eine Korrespondentin, einen Korrespondenten dauerhaft zu finanzieren. Denn eigene Erfahrungen und Gespräche mit denen, die solche Kampagnen organisiert haben, zeigen, dass der Aufwand, der zur Versorgung einer Spenderinnen- und Spendergemeinde betrieben werden muss, oft so hoch ist, dass der Ertrag nicht dem Aufwand entspricht. Ähnliches gilt auch für Recherchestipendien, die oft sehr umfangreiche Vorrecherchen erfordern, die in die Antragstellung einfließen sollen. Für einzelne, aufwändige Recherchen sind sie sicherlich eine gute Finanzierungsoption. Eine kontinuierliche, dauerhafte Finanzierung von Auslandsberichterstattung gewährleisten sie hingegen nicht.

3. Stärkeres Engagement Deutschlands bei Verstößen gegen die Pressefreiheit

Auslandskorrespondenten und -korrespondentinnen müssen nicht zuletzt angesichts der in Kapitel 4.5 ausführlich dargestellten Zunahme von Propaganda neue Aufgaben wahrnehmen, die über den traditionellen Faktencheck in der Berichterstattung hinausgehen. Eine Initiative, die in Afrika entstanden ist, ist die Organisation [Africa Check](#), die mit vier Büros auf dem Kontinent sensible Informationen überprüft. Ähnliche Aufgaben kommen zunehmend auch Korrespondentinnen und Korrespondenten zu. Sich dann auch noch als sein eigener Verleger selbst zu verkaufen, ist eine zeitliche Bürde, die nicht jeder und jede übernehmen können wird, zumal die genannten wachsenden Hürden der Berichterstattung ebenfalls zeitlich zu Buche schlagen – bis hin zur im gleichen Kapitel beschriebenen Verfolgung durch staatliche Institutionen oder diesen hörigen Organisationen.

In den Fällen, in denen die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten von Seiten des Gaststaats stark behindert wird, wird es in Zukunft besonders wichtig sein, dass sich die Betroffenen auf die Unterstützung der deutschen Botschaften verlassen können. Das gilt im konkreten Fall, wenn Korrespondentinnen und Korrespondenten betroffen sind, aber ebenso für lokale Journalistinnen und Journalisten. Die zunehmenden Einschränkungen machen die Verteidigung der Pressefreiheit in allen Ländern zu einer Frage, die weit über das Grundsätzliche hinausgeht. Wenn deutsche Leserinnen und Leser weiterhin erfahren sollen, was in anderen Teilen der Welt

geschieht, dann müssen Vertreterinnen und Vertreter Deutschlands in der Welt Verstöße gegen die Pressefreiheit stärker thematisieren als bisher. Denn die Unterdrückung von Berichterstattung in einem beliebigen Land hat direkte Auswirkungen darauf, was wir aus diesem Land erfahren können.

4. Öffentliche Förderung der Auslandsberichterstattung

Und auch beim letzten Faktor wird der Staat ins Spiel kommen müssen. Das einzige Werkzeug, das gegen das Schrumpfen von Budgets wirken kann, ist ein so altes wie bewährtes: Geld. Und sein Einsatz ist ein notwendiges Mittel gegen das, was Jens Müller und Roland Schröder als „Ökonomisierung der Auslandskorrespondenz“ kritisieren (Müller/Schröder 2008, S. 100 f.): „Wenn bislang das *journalistische Besser* das *ökonomische Mehr* dominiert haben mag, so ist dieser Schein der Klarheit gewichen, dass zumindest bei privat organisierter Bereitstellung des in vielerlei Hinsicht öffentlichen Gutes *Information* die ökonomischen Grundlagen als Engpassfaktor des Journalismus ebenso bedeutsam sind wie dessen Ziele und Ergebnisse selbst.“ Es ist keineswegs zwangsläufig, dass die Auslandsberichterstattung in den vergangenen Jahren derart zusammengekürzt worden ist, dass wir von der Welt nur noch wenig mitbekommen (können). Diese Entwicklung muss vielmehr als Ergebnis eines primär gewinnorientierten Journalismus verstanden werden. Wenn Information aus dem Ausland dagegen – mit Müller und Schröder gesprochen – als öffentliches Asset

verstanden würde, die (wie etwa Infrastruktur) die Grundlage für Demokratie und Prosperität darstellt, könnte die Lage schnell eine andere sein. Auslandsberichterstattung ließe sich dann öffentlich fördern und damit ausweiten. So wie die Bundesrepublik sich Filmförderung leistet, kann sie sich auch eine Förderung der Auslandsberichterstattung leisten. Was bislang fehlt, ist der politische Wille dazu.

Gründe für eine solche Förderung gibt es genügend. Wer schon einmal als Korrespondentin oder Korrespondent im Ausland gearbeitet hat, der oder die weiß, wie sehr Diplomatinen und Diplomaten auf die Informationen angewiesen sind, die sie von Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten der deutschen Medien erfahren – ob über den Umweg der Veröffentlichung oder im informellen Austausch. Andere öffentliche Quellen, die bisher zusätzlich herangezogen wurden, nehmen (wie oben dargestellt) ab. So wie Bürgerinnen und Bürger sich schlechter eine Meinung über das Geschehen in der Welt machen können, geht es auch Botschafterinnen und Beamten im Auswärtigen Amt, denen über die Medien hinaus nur begrenzt unabhängige Informationen zur Verfügung stehen. Weil im Auswärtigen Amt täglich Entscheidungen über den Umgang mit Situationen in der Welt getroffen werden müssen, ist eine verlässliche und kontinuierliche Auslandsberichterstattung für den Staat schon aus Eigeninteresse dringend förderungswürdig – zumal Deutschland sein globales Engagement ausweiten will und sich etwa als künfti-

ges ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats sieht. Dass Propaganda die Sicherheit ganzer Staaten bedroht, wir uns gar bereits in einem „Krieg gegen die Realität“ befinden, wie der britische Journalist Peter Pomerantsev glaubt (Pomerantsev 2019), ist ein weiterer Grund, die Auslandsberichterstattung zu stärken. „Wenn gesamtgesellschaftliche Gewissheiten erodieren, wenn Menschen sich fragen, wem sie noch trauen können, wenn Staat, Wissenschaft und Leitmedien ihre Informationshoheit verlieren, dann bilden sich soziale Parallelwelten, die neue Machträume eröffnen“, warnen Jaster und Lanius. Als Gegenmittel fordern sie, die in Folge der sozialen Medien totgesagte Gatekeeper-Funktion des Journalismus wieder zu stärken. Denn: „Wer es schafft, Chaos anzurichten, der schwächt damit seinen Gegner. Fake News werden gezielt eingesetzt, um Politik zu machen“ (Jaster; Lanius 2019, S. 8 f.).

Interessen der deutschen Exportwirtschaft und der vielen reiselustigen Deutschen sind in dieser Argumentation noch gar nicht berücksichtigt. Zudem gibt es Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund, die auf unabhängige Berichterstattung aus ihrem Heimatland angewiesen sind. Die Beispiele machen offenkundig, dass der gesamtgesellschaftliche Nutzen einer qualitativ hochwertigen Auslandsberichterstattung vom privatwirtschaftlichen Nutzen abweicht (vgl. Müller/Schröder 2008, S. 104). Um den ersteren sicherzustellen, muss die Kosten-Differenz vom Staat gedeckt werden. Eine Verbesserung der Auslandsberichterstat-

tung aus rein betriebswirtschaftlicher Dynamik heraus zu erwarten, scheint naiv, auch wenn das Interesse an neuen Nachrichtensendungen im primär wirtschaftlich motivierten Privatfernsehen 2021 überraschend boomte (vgl. Menschner 2021, Ufer 2021).

Die Form einer Förderung von Auslandsberichterstattung muss die Unabhängigkeit der Berichterstattung gewährleisten und sollte Korrespondentinnen und Korrespondenten vor Ort ebenso unterstützen wie Publikationen, die mehr Raum für Auslandsberichte schaffen. Die genaue Ausgestaltung wäre Sache der Politik, die sicherlich jedoch gut daran täte, alle betroffenen Gruppen – auch Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten – am politischen Prozess zu beteiligen. Unbezahlbar jedenfalls wäre eine solche Förderung kaum. Vor dem Hintergrund der technischen Realitäten ist Berichterstattung aus dem Ausland sogar womöglich so günstig wie nie zu haben. Wo vor zehn Jahren noch Studios mit Satellitenschüsseln, Telex-Geräte und aufwändige Technik gebraucht wurden, reichen heute selbst für Fernsehberichte ein Laptop und ein Handy aus: Natürlich nicht in allen Berichtsgebieten, aber sicher in denen, die zurzeit besonders unterbelichtet sind.

Gegen die staatliche Förderung der Auslandsberichterstattung lassen sich mindestens die Argumente vorbringen, die gegen staatliche Medienförderung überhaupt ins Feld geführt werden: Drohende Wettbewerbsverzerrung auf dem Medienmarkt (etwa zugunsten großer Medien-

konzerne), Gefahr der politischen Beeinflussung auch infolge von intransparenter Mittelvergabe (und damit letztlich das Ende der angestrebten Unabhängigkeit der Medien) oder die wenig effiziente Mittelausnutzung, wenn Geld nach dem Gießkannenprinzip vergeben wird⁵. Es handelt sich dabei sicherlich um Kritikpunkte, die ernst genommen werden und bei der konkreten Ausgestaltung eines Förderinstrumentariums berücksichtigt werden müssen. Aktuelle Debatten über die staatliche Medienförderung, etwa in der Schweiz und auf EU-Ebene, thematisieren diese

Fragen jedoch bereits – es sind Fragen, die nicht dem Auslandsjournalismus eigen sind, sondern auf jede Art von staatlicher Medienförderung zutreffen. Das Plädoyer des Autors geht dahin, diese Debatte zu führen und möglichst zielorientierte Lösungen zu finden, dabei aber den Auslandsjournalismus (der aktuell in der Diskussion praktisch keine Rolle spielt) nicht aus den Augen zu verlieren. Dann könnte, durch eine Kombination der vier skizzierten Ansatzpunkte, die Welt in den deutschen Medien zumindest wieder ein wenig sichtbarer werden.

5 Vgl. in dem Zusammenhang die Debatte über die staatliche Medienförderung in der Schweiz, etwa bei Burkhardt (2021) oder Neff (2021).

Quellenverzeichnis

- Becker, Jörg; Beham, Mira (2006): Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod, Baden-Baden.
- Borgers, Michael (2020): dpa ordnet Auslandsberichterstattung neu in: Deutschlandfunk, 16.12.2020, <https://www.ardaudiothek.de/episode/mediasres/kuerzungen-beim-englischen-dienst-dpa-ordnet-auslandsberichterstattung-neu/deutschlandfunk/84337792> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Bundeswehreininsatz in Mali, 22.7.2021, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/336984/bundeswehreininsatz-in-mali> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).
- Burkhardt, Philipp (2021): Referendum gegen staatliche Medienförderung lanciert in: SRF, <https://www.srf.ch/news/schweiz/kritik-an-finanzpaket-referendum-gegen-staatliche-medienfoerderung-lanciert> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).
- Bürger, Britta (2021): Filmemacherin und Aktivistin Theresa Breuer. Ihre Luftbrücke rettet Menschen aus Afghanistan in: Deutschlandfunk Kultur, 29.11.21, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/filmemacherin-und-aktivistin-theresa-breuer-100.html> (zuletzt abgerufen am 11.12.21)
- Cockburn, Patrick (2020a): Wahrheitskiller. Berichten in Zeiten von Krieg und Pandemie in: Le Monde diplomatique, 10.9.2020, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5709142> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).
- Cockburn, Patrick (2020b): War in the age of Trump, London, New York.
- Der Spiegel (2021a): Journalisten protestieren gegen »Weltspiegel«-Verlegung in: Spiegel online, 8.7.2021, <https://www.spiegel.de/kultur/tv/ard-weltspiegel-offener-brief-gegen-verlegung-auf-neuen-sendeplatz-a-73587531-47f0-4b13-95de-e85c95a0aa50> (zuletzt abgerufen am 11.12.21)
- Der Spiegel (2021b): Streit um „Weltspiegel“-Sendeplatz: Namhafte Korrespondenten appellieren an die ARD in: Spiegel online, 12.7.21, <https://www.spiegel.de/kultur/tv/streit-um-weltspiegel-sendeplatz-namhafte-korrespondenten-appellieren-an-die-ard-a-1d322405-8045-4654-8698-61feec18b890> (zuletzt abgerufen am 11.12.21)
- Der Spiegel (o.J.): Der Fall Relotius – Die Originaltexte und die Ergebnisse der Überprüfung, <https://www.spiegel.de/media/a3a46a28-7ac2-480e-b3a8-97366f1f4c1e/CR-Dokumentation.pdf> (zuletzt abgerufen am 11.12.2021)
- Deutsche Welle (2020): Management Report, <https://static.dw.com/downloads/59764528/lagebericht-2020management-reportenglisch.pdf> (zuletzt abgerufen am 11.12.2021).
- Dunlap, David W. (2017): Reporters get new datelines so they won't seem out of place in: The New York Times, 16.4.2017, <https://www.nytimes.com/2017/04/16/insider/dateline-byline-reporters.html> (zuletzt abgerufen am 11.12.2021)
- Ekdale, Brian; Tully, Melissa (2020): Cambridge Analytica in Africa: What do we know in: Democracy in Africa, 10.1.20, <http://democracyinafrica.org/cambridge-analytica-africa-know/> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).
- Engelhardt, Marc (2014): Mehr Äthiopien, weniger Köpenick in: Medium Magazin 01/2014, 46 f..
- Engelhardt, Marc (2018): Das Prinzip Trotz. Journalisten in Somalia arbeiten unter Lebensgefahr in: epd Medien, 19.1.18.
- Epd (2011): Kritik an Berichterstattung über arabische Revolutionen, 7.10.2011.

Epd (2014): Journalistin Rados; Berichterstatte sind in Syrien hilflos, 4.7.2014.

Eyssel, Benjamin (2021): Die olympische Blase von Peking in: Tagesschau.de, 10.12.21, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/olympische-spiele-155.html> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Feroz, Emran (2020): Terror in Kabul? Interessiert doch nur, wenn die deutsche Botschaft betroffen ist in: Übermedien, 8.12.20, <https://uebermedien.de/55489/terror-in-kabul-interessiert-doch-nur-wenn-die-deutsche-botschaft-betroffen-ist/> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Feroz, Emran (2021): Der längste Krieg, Frankfurt am Main.

Fries, Stefan (2020): Der Korrespondent im Homeoffice in: Deutschlandfunk, 8.4.20, https://www.deutschlandfunk.de/auslandsberichterstattung-in-der-coronakrise-der.2907.de.html?dram:article_id=474157 (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Fromm, Anna (2015): Die kleine sechsstellige Summe in: die tageszeitung, 22.10.2015, <https://taz.de/Anzeigenverluste-beim-Tagesspiegel/!5241473/> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Frühbrodt, Lutz; Auerbacher, Ronja (2021): Den richtigen Ton treffen. Der Podcast-Boom in Deutschland, OBS-Arbeitsheft 106, <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien-2021/der-podcast-boom-in-deutschland/> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Hahn, Oliver; Lönnendonker, Julia; Schröder, Roland (Hg.) (2008): Deutsche Auslandskorrespondenten, Konstanz.

Hafez, Kai (2002): Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung, Baden-Baden.

Hafez, Kai; Richter, Carola (2007): Das Islambild von ARD und ZDF in: Aus Politik und Zeitgeschehen 26-27/2007.

Hamilton, John Maxwell; Jenner, Eric (2004): Redefining foreign correspondence in: Journalism, 5(3), S. 301-321.

Hammer, Benjamin (2018): Stringer: unsichtbar und unverzichtbar in: Deutschlandfunk, 19.7.2018, https://www.deutschlandfunk.de/korrespondentenalltag-stringer-unsichtbar-und-unverzichtbar.2907.de.html?dram:article_id=423311 (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Harendt, Annegret (2019): Gesellschaft. Raum. Narration. Geographische Weltbilder im Medienalltag, Stuttgart.

Jaster, Romy; Lanius, David (2019): Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen, Stuttgart.

Kastner, Daniel (2012): Berliner Baustelle in: Medium Magazin 07+08, <https://www.mediummagazin.de/archiv/2012-2/ausgabe-07082012/berliner-baustelle/> (zuletzt abgerufen am 11.12.21)

Klingst, Martin (2016): US-Präsidentschaftswahl. Entsetzen, Fassungslosigkeit, Schockstarre in: Die Zeit, 9.11.2016, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/us-praesidentschaftswahl-donald-trump-wahlsiegreaktion> (zuletzt abgerufen am 11.12.2021).

Kramp, Leif; Weichert, Stephan (2020): Nachrichten mit Perspektive, Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland, OBS-Arbeitsheft 101, <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien-2021/studien-2020/nachrichten-mit-perspektive/> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Krei, Alexander (2014): Ukraine-Konflikt: Gniffke übt sich in Selbstkritik in: DWDL, 30.9.14, https://www.dwdl.de/nachrichten/47839/ukrainekonflikt_gniffke_uebt_sich_in_selbstkritik/, zuletzt abgerufen am 11.12.21.

Kretschmer, Florian (2021): Journalisten als Sündenböcke in: taz die tageszeitung, 7.8.21, <https://taz.de/Pressefreiheit-in-China/!5789305/> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Kühntopp, Carsten; Wellendorf, Sebastian (2019): Krise im Sudan – und keiner schaut hin? in: Deutschlandfunk, 12.6.2019, https://www.deutschlandfunk.de/auslandsberichterstattung-krise-im-sudan-und-keiner-schaut.2907.de.html?dram:article_id=451174 (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Kukral, Tim (2016): Arbeitsbedingungen freier Auslandskorrespondenten: Eine qualitative Befragung von Mitgliedern des Journalistennetzwerks Weltreporter, Köln.

Ludescher, Ladislaus: Vergessene Welten und blinde Flecken, Heidelberg 2020.

Medienkorrespondenz (2019): Russland-Berichterstattung in der ARD, <https://www.medienkorrespondenz.de/ansichten-sachen/artikel/russland-berichterstattung-innbspdernbspard.html> (zuletzt abgerufen am 11.12.2021).

Menschner, Stefanie (2021): Die hemdsärmliche neue Nachrichten-„Primetime“ von RTL in: Übermedien, 10.8.21, <https://uebermedien.de/62716/die-hemdsaermliche-neue-nachrichten-primetime-von-rtl/> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Mükke, Lutz (2008): „Der Trend geht zum Generalisten und Feuerwehrmann.“ Ein Dossier zum Zustand der deutschen Auslandsberichterstattung, Dossier Netzwerk Recherche 2/2008, <https://netzwerkrecherche.org/files/nr-dossier-02.pdf> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Mükke, Lutz (2009): Journalisten der Finsternis, Köln.

Müller, Jens; Schröder, Roland (2008): Ökonomie von Auslandskorrespondenz – Eine Makro-Perspektive in: Hahn, Oliver; Lönnendonker, Julia; Schröder, Roland (Hg.) (2008): Deutsche Auslandskorrespondenten, Konstanz.

Neff, Benedict (2021): Die verlorene Glaubwürdigkeit der Schweizer Grossverleger in: Neue Zürcher Zeitung, 5.10.21, <https://www.nzz.ch/meinung/medienfoerderung-schweiz-staatshilfe-fuer-reiche-verleger> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Pomerantsev, Peter (2019): This is not propaganda. Adventures in the war against reality, London.

Pörzgen, Gemma (2018): Die Welt in den Regionalzeitungen schrumpft in: Übermedien, 10.10.2018, <https://uebermedien.de/32144/die-welt-in-den-regionalzeitungen-schrumpft/> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Reporter ohne Grenzen (2021): Rangliste der Pressefreiheit, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/rangliste-2021> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Roether, Diemut u. a. (2013): In weiter Ferne so nah. Dokumentation einer Tagung des Grimme-Instituts zur Auslandsberichterstattung, epd Medien 13/2013.

Sängerlaub, Alexander (2020): Im Zeitalter von Fake-News. Warum sich der (Nachrichten-) Journalismus neu erfinden muss in: Köhler, Tanja (Hg.) (2020): Fake-News, Framing, Fact-Checking. Nachrichten im digitalen Zeitalter, Bielefeld.

Sagatz, Kurt (2016): Runter vom hohen Ross in: Der Tagesspiegel, 10.11.2016, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/maischberger-talk-zum-trump-sieg-runter-vom-hohen-ross/14822716.html> (zuletzt abgerufen am 30.8.21).

Schäfers, Burkhard (2018): Und was ist mit Kasachstan? in: Deutschlandfunk, 4.7.2018, https://www.deutschlandfunk.de/auslandsberichterstattung-und-was-ist-mit-kasachstan.2907.de.html?dram:article_id=422046 (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Schweppe, Christian (2019): 48 Stunden in einem kriegszerrissenen Land und die Frage: Wie lange noch? in: Die Welt, 5.12.19.

Medienkorrespondenz (2021): „Informationen, die uns schockieren“: Eine Stellungnahme zur geplanten Verlegung des ARD-„Weltspiegels“, <https://www.medienkorrespondenz.de/dokumentation/artikel/informationen-die-uns-schockieren-eine-stellungnahme-zur-geplanten-verlegung-des-ard-weltspiege.html> (zuletzt abgerufen am 11.12.21)

Tagesschau.de (o. J.): Die Korrespondenten der ARD, <https://korrespondenten.tagesschau.de>, zuletzt abgerufen am 11.12.21.

Ufer, Gesa (2021): Info-Offensive von RTL und Pro Sieben. Werden die Privaten jetzt politisch? In: Deutschlandfunk Kultur, 23.6.21, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/info-offensive-von-rtl-und-prosieben-werden-die-privaten-100.html> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Ulrich, Dirk-Claas (2016): Die Chimäre einer globalen Öffentlichkeit. Internationale Medienberichterstattung und die Legitimationskrise der Vereinten Nationen, Bielefeld.

Weichert, Stephan; Kramp, Leif (2011): Die Vorkämpfer. Wie Journalisten über die Welt im Ausnahmezustand berichten, Köln.

Weltreporter (2019): Das drohende Verschwinden der Welt. Diskussion anlässlich 15 Jahren Weltreporter, Volksbühne Berlin, 26.10.2019.

Weltreporter (2020): Unterwegs in der neuen Zeit. Welt ohne Reporter*innen? Das Verschwinden der Auslandsberichterstattung, 15.12.20, <https://youtu.be/cLFB7kU3W5k> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Winterbauer, Stefan (2014): Dr. Kai Gniffke, die Ukraine und die Arroganz der „Tagesschau“ in: Meedia, 30.9.2014, <https://meedia.de/2014/09/30/dr-kai-gniffke-die-ukraine-und-die-arroganz-der-tagesschau/> (zuletzt abgerufen am 11.12.21)

1014 Inc. (2020): Reporting the ‘Significant Other’: Transatlantic Perspectives on Foreign News, 7.10.20, <https://www.1014.nyc/events/mediarevolution-talk-reporting-the-significant-other-transatlantic-perspectives-on-foreign-news> (zuletzt abgerufen am 11.12.21).

Interviewte Personen

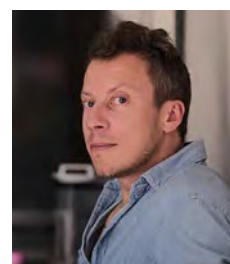
Für diesen Bericht wurden mehrere Interviews mit Auslandskorrespondentinnen und Auslandskorrespondenten ausgewertet und zitiert, die vom Autor im Rahmen der Sendung „Weltreporter live: Unterwegs in der neuen Zeit. Welt ohne Reporter*innen? Das Verschwinden der Auslandsberichterstattung“ am 15. Dezember 2020 geführt wurden. Im Folgenden werden die Interviewten kurz vorgestellt:



Theresa Breuer, Jahrgang 1986, berichtet seit 2012 als Reporterin aus dem Nahen Osten. Nach Stationen in Israel, Kairo und Beirut lebt sie seit Anfang 2018 in Kabul, Afghanistan. Sie schreibt, filmt und fotografiert für deutsche und englischsprachige Medien. Theresa Breuer hat von 2007 bis 2011 Publizistik und Politikwissenschaft in Berlin studiert. Im Anschluss absolvierte sie eine Ausbildung in der 50. Lehrredaktion der Deutschen Journalistenschule in München. 2012 lebte sie als Stipendiatin der Herbert-Quandt-Stiftung in Israel, von wo aus sie als freie Journalistin aus Tel Aviv, Jerusalem, Gaza und dem Westjordanland berichtete. Anfang 2013 ging sie nach Kairo, um die Nachwehen der Revolution zu begleiten. Auch dort erhielt sie für sechs Monate ein Stipendium der Studienstiftung des Deutschen Volkes für Auslandsberichterstattung.

Weitere Informationen: weltreporter.net/author/breuerweltreporter-net/

Philipp Mattheis arbeitet seit 2019 als Asien-Korrespondent für den *stern* und *Capital* in Shanghai. Von 2016 bis 2019 war er als Nahost-Korrespondent für die *WirtschaftsWoche* und den *Standard* in Istanbul, davor abermals in China, Shanghai, für die *WiWo*. Er wurde 1979 im Münchener Speckgürtel geboren, studierte Philosophie auf der Hochschule für Philosophie S.J., und besuchte anschließend die Deutsche Journalistenschule in München. Anfang 2022 ist sein Buch „Ein Volk verschwindet. Wie wir China beim Völkermord an den Uiguren zuschauen“ im Verlag Ch. Links erschienen.



Weitere Informationen: weltreporter.net/author/mattheisweltreporter-net/



Bettina Rühl ist seit 1988 freiberufliche Journalistin und arbeitet schwerpunktmäßig zu Afrika. Im April 2011 zog sie in die kenianische Hauptstadt Nairobi und lebt nun auch auf dem Kontinent, über den sie bis dahin im Rahmen mehrwöchiger Recherchereisen berichtete. Sie erscheint in verschiedenen Sendungen des ARD-Hörfunks, in Magazinen und Zeitungen. Außerdem vertritt sie regelmäßig die ARD-Hörfunkkorrespondentin für Ostafrika. Für ihre Berichterstattung

aus und über Afrika wurde sie 2020 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Ihre Features, Reportagen und Berichte wurden mehrfach ausgezeichnet. Unter anderem wurde sie 2018 für ihre Afrika-Berichterstattung im Hörfunk mit dem Robert-Geisendörfer Sonderpreis ausgezeichnet. 2015 wurde sie mit dem „Prix Europa“ für das beste europäische investigative Radiofeature des Jahres („Best European Radio Investigation of the Year“) geehrt. 2013 erhielt sie für ihre einstündige Hörfunk-Dokumentation „Der Anführer“ in Berlin den „Reemtsma Liberty Award“.

Weitere Informationen: weltreporter.net/author/bettina_ruehl/



Jürgen Stryjak, Jahrgang 1962, arbeitet seit 1999 als Nahostkorrespondent aus Kairo und der Region vor allem für den ARD-Hörfunk. Er hat die Henri-Nannen-Schule sowie die Akademie für Publizistik in Hamburg besucht und Arabisch in Kairo studiert. Seine Texte erschienen unter anderem in *Merian*, *Cicero*, *Internationale Politik* und anderen. Sein jüngstes Buch „Ägypten. Ein Länderporträt“ erschien 2020 im Ch. Links Verlag.

Weitere Informationen: weltreporter.net/author/juergen_stryjak/

Hinweise zum Autor

Marc Engelhardt arbeitet seit 2004 als freier Auslandskorrespondent. Nach sieben Jahren in Afrika am Standort Nairobi berichtete er seit Ende 2011 aus Genf über die Ereignisse bei den Vereinten Nationen und den mehr als 200 internationalen Organisationen am Genfer See. Seit Oktober 2021 ist er Geschäftsführer des CrowdNewsroom Schweiz, eines Projekts des Recherchezentrums Correctiv. Der Kölner (Jahrgang 1971) hat in Kiel ein Studium der Geographie, Meeresbiologie und Öffentlichem Recht abgeschlossen. Es folgten ein Volontariat beim *Norddeutschen Rundfunk* und mehrere Jahre bei der ARD Tagesschau. Berufsbegleitend studiert er an der Fernuniversität Hagen im Master-Studiengang Philosophie. Er ist außerdem Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher. Sein Buch „Weltgemeinschaft am Abgrund. Warum wir eine starke UNO brauchen“ wurde 2018 mit dem „Prix Nicolas Bouvier“ ausgezeichnet.

Weitere Informationen: crowdnewsroom.org, [linkedin.com/in/marc-engelhardt-9b524462](https://www.linkedin.com/in/marc-engelhardt-9b524462)

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Abbildung 1:	Wortwolke der Länder, über die in 23 überregionalen und führenden Regionalzeitungen berichtet wurde (nach Häufigkeit, 1.1.2010-31.12.2019).....	12
Abbildung 2:	Die Länder der Welt aus Sicht der deutschen Auslandsberichterstattung I (1.1.2010-31.12.2019).....	14
Abbildung 3:	Die Länder der Welt aus Sicht der deutschen Auslandsberichterstattung II (1.1.2010-31.12.2019).....	14
Abbildung 4:	Wortwolke der Themen in der Berichterstattung über Mali im Jahr 2019.....	18
Abbildung 5:	Wortwolke der Themen in der Berichterstattung über Afghanistan (September-Dezember 2019).....	24
Abbildung 6:	Änderungen bei Honorarsätzen freier Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten (2019/2020).....	35
Abbildung 7:	Probleme, die die Arbeit von Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten beeinträchtigen.....	37
Abbildung 8:	Die Bedeutung interessengeleiteter Quellen für die Auslandsberichterstattung.....	41
Abbildung 9:	Wortwolke der Länder, über die in 23 überregionalen und führenden Regionalzeitungen berichtet wurde (nach Häufigkeit, 1.1.2020-30.06.2021).....	46
Tabelle A1:	Ausgewertete Berichte mit den Stichworten „Mali“ und „Bamako“ in 23 überregionalen und führenden Regionalzeitungen im Jahr 2019.....	64
Tabelle A2:	Ausgewertete Berichte mit den Stichworten „Afghanistan“ und „Kabul“ in 23 überregionalen und führenden Regionalzeitungen (September-Dezember 2019).....	66

Tabellenanhang

Tabelle A1 Ausgewertete Berichte mit den Stichworten „Mali“ und „Bamako“ in 23 überregionalen und führenden Regionalzeitungen im Jahr 2019						
Überschrift	Thema	Verfasser	Publikation	Ortsmarke	Wörter	Datum
Mission Frieden	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Paul Starzmann	Tagesspiegel	keine	1.292	27.12.
Von Frankenberg ins heiße Mali	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Stephan Lorenz	Freie Presse	Koulikoro	1.009	23.12.
Die UN-Mission	Bundeswehr-Auslandseinsatz		Ostsee-Zeitung	keine	149	21.12.
13 Soldaten sterben bei Helikopter-Unfall	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Freie Presse	Bamako	154	27.11.
Operation Ratlos	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Katrin Gänsler	die tageszeitung	Bamako, Abuja	1.089	20.11.
Mehr als 50 Tote in Mali	Islamismus	dpa	Süddeutsche Zeitung	Bamako	130	4.11.
IS bekennt sich zu schwerem Angriff auf Malis Armee	Islamismus	Dominic Johnson, afp	die tageszeitung	Berlin	472	4.11.
Terrormiliz bekennt sich zu Attentat auf Militär in Mali	Islamismus	epd, dpa	Hamburger Abendblatt	Genf, Bamako	124	4.11.
IS bekennt sich zu Attentat in Mali	Islamismus	epd, dpa	Saarbrücker Zeitung	Genf, Bamako	385	4.11.
IS bekennt sich zu Angriff in Mali	Islamismus	epd, dpa	Freie Presse	Bamako	132	4.11.
Truppenbesuch in Mali	Bundeswehr-Auslandseinsatz		Passauer Neue Presse	Deggendorf	283	12.10.
Zu Besuch auf einer tödlichen Drehscheibe	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Boris Herrmann	Süddeutsche Zeitung	Bamako, Gao	775	9.10.
AKK bei IBK: Mali und der asymmetrische Krieg	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Dominic Johnson	die tageszeitung	Berlin	740	9.10.
Afrikanische Einsichten	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Christian Schweppe	Die Welt	Niamey, Bamako, Gao	1.498	9.10.
„Bop-Bop“-Rufe statt Munition	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Gregor Maynitz	Rhein-Zeitung	Koulikoro	605	8.10.
Kramp-Karrenbauer besucht erstmals Bundeswehrsoldaten in Mali	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Christian Schweppe	Die Welt	Niamey	678	7.10.
Der Einsatz der Bundeswehr in Mali	Bundeswehr-Auslandseinsatz		Kieler Nachrichten		197	12.9.
„Ein Laborversuch mit Spezialkräften“	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Christian Schweppe, Thorsten Jungholt	Die Welt	Berlin	1.055	6.9.

Gefährlicher Pragmatismus	Gewalt in Mali	Anna Reuss	Süddeutsche Zeitung	München	617	30.8.
René verteidigt Deutschland in Mali	Bundeswehr-Auslandseinsatz		Rheinische Post	Duisburg	764	6.8.
Voltaire lesen in Timbuktu	Kultur	Jonathan Fischer	Süddeutsche Zeitung	Timbuktu	1.740	31.7.
Angst vor einem zweiten Afghanistan	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Jana Wochnik-Sachtleben, Ludger Smolka	Die Welt	Gao	1.452	5.7.
Patrouille im Wüstensand	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Lutz Mükke	Freie Presse	Gao	1.400	7.6.
Mehr Militär, weniger Sicherheit	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Ramona Lenz	Frankfurter Rundschau	Frankfurt	707	13.5.
Timbuktu tanzt	Kultur	Jonathan Fischer	Süddeutsche Zeitung	Timbuktu	1.832	11.5.
Im Westen nichts Gutes	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Paul Starzmann	Tagesspiegel	Berlin	684	9.5.
Enttäuschte Freunde	Merkel-Reise nach Westafrika	Paul Starzmann	Tagesspiegel	Berlin	737	3.5.
Mali: Nein zur ethnischen Säuberung	Massaker in Ogossagou	afp	die tageszeitung	Berlin	213	8.4.
130 Tote bei Angriff auf Dorf in Mali	Massaker in Ogossagou	afp	Tagesspiegel	Bamako	311	25.3.
Massaker in malischem Dorf	Massaker in Ogossagou	dpa	Süddeutsche Zeitung	Bamako	146	25.3.
134 Tote nach Angriff auf ein Dorf in Mali	Massaker in Ogossagou	dpa, afp	Frankfurter Rundschau		347	25.3.
Massaker in Dorf – mehr als 100 Tote	Massaker in Ogossagou	dpa	Hamburger Abendblatt	Bamako	135	25.3.
Bei Massaker in Mali Kinder und Alte verbrannt	Massaker in Ogossagou	Dominic Johnson	die tageszeitung	Berlin	546	25.3.
Machetenmassaker im Morgengrauen	Massaker in Ogossagou	Ralph Schulze	Freie Presse	Bamako	424	25.3.
Massaker in Mali fordert 134 Tote	Massaker in Ogossagou	dpa	Kölner Stadt-Anzeiger	Bamako	178	25.3.
Himmel über der Wüste	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Joachim Käppner	Süddeutsche Zeitung		2.311	11.3.
Riskante deutsche Mali-Mission geht weiter	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Christopher Ziedler	Stuttgarter Zeitung	Stuttgart	734	2.3.
Maas für bessere Ausrüstung der Bundeswehr	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Saarbrücker Zeitung	Koulikoro	218	1.3.
Maas besucht Truppe in Mali	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Süddeutsche Zeitung	Gao	165	28.2.
Nach Terrorangriff: Maas reist nach Mali	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Stuttgarter Zeitung	Berlin	135	28.2.
Maas: Mali-Einsatz wird noch lange dauern	Bundeswehr-Auslandseinsatz		Rhein-Zeitung	Gao	188	28.2.
Maas besorgt über Mali	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Süddeutsche Zeitung	Freetown	246	26.2.
Angriff auf EU-Militärlager	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Süddeutsche Zeitung	Bamako, Berlin	142	25.2.
Angriff auf Blauhelme in Mali	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Kölner Stadt-Anzeiger	Berlin	217	25.2.

Auf verlorenem Posten	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Paul Starzmann	Tagesspiegel	Berlin	771	7.2.
Zehn Tote bei Angriff auf UN-Truppen in Mali	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Saarbrücker Zeitung	Bamako, New York	345	22.1.
Blauhelme in Mali getötet	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Süddeutsche Zeitung	Bamako	168	21.1.
Blauhelme in Mali getötet	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Mitteldeutsche Zeitung	Bamako	170	21.1.
Acht Blauhelme sterben bei Angriff	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Freie Presse	Bamako	183	21.1.
Dutzende Tote nach Überfall	Gewalt im Zentrum Malis	dpa	Süddeutsche Zeitung	Bamako	174	3.1.
37 Tote in malischem Dorf	Gewalt im Zentrum Malis	dpa	Frankfurter Neue Presse	Bamako	158	2.1.

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der Pressedatenbank Genios.

Tabelle A2

Ausgewertete Berichte mit den Stichworten „Afghanistan“ und „Kabul“ in 23 überregionalen und führenden Regionalzeitungen (September-Dezember 2019)

Überschrift	Thema	Verfasser	Publikation	Ortsmarke	Wörter	Datum
Ein Dorfsheriff im Auslandseinsatz	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Wolfgang Klietz	Hamburger Abendblatt	Tangstedt	909	28.12.
Ein Brief nach drei Jahren	Flüchtlings-schicksal	Jörg Aberger	dpa, Mitteldeutsche Zeitung	Merseburg	596	28.12.
In Afghanistan starben 100.000 Zivilisten seit 2019	Militärbilanz		dpa, Rheinische Post	Kabul	260	27.12.
Ein zähes Mädchen	Flüchtlings-schicksal	Susanne Memarnia	taz	Berlin	611	24.12.
Masar-i-Sharif. Ein Sonntag vor Weihnachten	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Sabine Ludwig	Frankfurter Neue Presse	Masar-i-Sharif	1.355	24.12.
Opposition nennt Wahl in Afghanistan betrügerisch	Wahlen	Tobias Matern	Süddeutsche Zeitung	München	460	23.12.
Amtsinhaber liegt bei Wahl in Afghanistan vorn	Wahlen	dpa	Rheinische Post	Kabul	177	23.12.
Achtzehn Jahre	Militärbilanz	Tobias Matern	Süddeutsche Zeitung		925	23.12.
Amtsinhaber Ghani gewinnt Präsidentenwahl	Wahlen	epd	Hamburger Abendblatt	Kabul	79	23.12.
Ghani liegt bei Wahl in Afghanistan vorn	Wahlen		Rhein-Zeitung	Kabul	167	23.12.
Ein Toter und 60 Verletzte bei Anschlag auf US-Basis	Terroranschlag	Reuters	Hamburger Abendblatt	Kabul	91	12.12.
Eine Tote bei Anschlag in Afghanistan	Terroranschlag	Reuters	Hannoversche Allgemeine	Kabul	92	12.12.

Eine Tote bei Angriff in Afghanistan	Terroranschlag	Reuters	Ostsee-Zeitung	Kabul	99	12.12.
„Wir hatten nicht die leiseste Ahnung“	Afghanistan-Papers	Frank Herrmann	Saarbrücker Zeitung	Washington	762	12.12.
Afghanistan und kein Ende	Afghanistan-Papers	Andreas Schwarzkopf	Frankfurter Rundschau		789	11.12.
USA verhandeln wieder mit Taliban	Taliban-Verhandlungen	afp	Frankfurter Neue Presse	Doha	101	9.12.
Taliban töten Polizisten	Terroranschlag	dpa	Frankfurter Neue Presse	Kabul	121	7.12.
Mit dem Flieger zurück in den Krieg geschickt	Abschiebungen	Patrick Guyton, Dinah Riese	taz		795	6.12.
USA sprechen mit Taliban	Taliban-Verhandlungen	dpa	Tagesspiegel	Washington	100	5.12.
48 Stunden in einem kriegszerrissenen Land	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Christian Schweppe	Welt	Kunduz	919	5.12.
Eins mit der Truppe	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Daniel Brössler	Süddeutsche Zeitung	Kunduz, Masar-i-Sharif	1.685	5.12.
Mehr Schutz vor den Taliban	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Robert Birnbaum	Tagesspiegel	Kunduz	695	5.12.
Vom Christkindmarkt ins Kriegsgebiet	Abschiebungen		Passauer Neue Presse	Passau	405	5.12.
Warum die Bundeswehr in Afghanistan bleibt	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Miguel Sanches	Hamburger Abendblatt	Kunduz	761	5.12.
Warum wir in Afghanistan bleiben	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Miguel Sanches	Thüringer Allgemeine	Kunduz	761	5.12.
Neue Unsicherheit am Hindukusch	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Eva Quadbeck	Rheinische Post	Masar-i-Sharif	854	4.12.
Afghanen zwischen Gewalt und Hoffnung	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Saarbrücker Zeitung	Masar-i-Sharif	607	4.12.
Kampfauftrag an der Heimatfront	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Robert Birnbaum	Tagesspiegel	Masar-i-Sharif	662	4.12.
AKK in Afghanistan	Bundeswehr-Auslandseinsatz	dpa	Frankfurter Neue Presse	Masar-i-Sharif	634	4.12.
„Alle wollen die Truppen heimholen“	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Daniela Vates	Märkische Allgemeine	Berlin	421	4.12.
„Alle wollen die Truppen heimholen“	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Daniela Vates	Ostsee-Zeitung	Berlin	429	4.12.
Die Zeichen stehen auf Unsicherheit	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Eva Quadbeck	Rhein-Zeitung	Masar-i-Sharif	666	4.12.
AKK für längeren Afghanistan-Einsatz	Bundeswehr-Auslandseinsatz	Eva Quadbeck	Rheinische Post	Masar-i-Sharif	563	3.12.
Truthahn und Taliban	Taliban-Verhandlungen	Tobias Matern	Süddeutsche Zeitung	München	650	30.11.
Trump will wieder verhandeln	Taliban-Verhandlungen	Thomas Ruttig	taz		391	30.11.
3,5 Stunden Afghanistan	Taliban-Verhandlungen	Juliane Schäuble	Tagesspiegel	Washington	507	30.11.
Reden die Taliban mit Trump?	Taliban-Verhandlungen		Rhein-Zeitung	Washington	452	30.11.
Deal mit Taliban?	Taliban-Verhandlungen	Gabriele Venzky	Nürnberger Nachrichten	Kabul	651	30.11.

Das Verblassen der Welt

Trump startet neue Gespräche mit Taliban	Taliban-Verhandlungen	Tobias Matern	Süddeutsche Zeitung	München	482	29.11.
Trauma, Armut, Ausbeutung	Abschiebungen	Dinah Riese	taz	Berlin	418	27.11.
Einmal Kabul und wieder weg	Flüchtlingsschicksal	Dorian Baganz	taz		884	21.11.
Taliban lassen Geiseln frei	Taliban-Verhandlungen	Reuters	Süddeutsche Zeitung	Peschawar, Kabul	156	20.11.
Gefangenenaustausch für Frieden	Taliban-Verhandlungen	Thomas Ruttig	taz		480	14.11.
Bombenterror in Afghanistan	Terroranschlag		Märkische Allgemeine		134	14.11.
Kabul will Talibanführer freilassen	Taliban-Verhandlungen	dpa	Frankfurter Rundschau		310	13.11.
Zwei Professoren gegen drei Taliban	Taliban-Verhandlungen	Tobias Matern	Süddeutsche Zeitung	München	310	13.11.
Familie fährt auf Bombe – Tote und Verletzte	Terroranschlag	dpa	Thüringer Allgemeine	Kabul	83	5.11.
20 Soldaten in Afghanistan getötet	Terroranschlag	dpa	Frankfurter Neue Presse	Kabul	129	30.10.
Zugeständnisse an die Taliban	Taliban-Verhandlungen	Tobias Matern	Süddeutsche Zeitung	München	633	29.10.
USA bleiben in Afghanistan	US-Militäreinsatz	dpa	Süddeutsche Zeitung	Kabul	153	22.10.
Esper besucht Afghanistan	US-Militäreinsatz	AP	Süddeutsche Zeitung	Kabul	171	21.10.
Anschlag auf Betende	Terroranschlag	dpa	Süddeutsche Zeitung	Kabul	121	19.10.
Dutzende Tote bei Anschlag auf Moschee	Terroranschlag	dpa	Hamburger Abendblatt	Kabul	95	19.10.
Mehr zivile Opfer in Afghanistan	Militärbilanz	dpa	Tagesspiegel	Kabul	419	18.10.
Zahl der zivilen Opfer auf Höchststand	Militärbilanz		Kölner Stadtanzeiger	Kabul	239	18.10.
Hoher Al-Qaida-Kommandant getötet	Anti-Terror-Einsatz	AP	Saarbrücker Zeitung	Kabul	74	9.10.
Anschlag in Afghanistan	Terroranschlag	dpa	Süddeutsche Zeitung	Kabul	83	8.10.
Abdullah prescht vor	Wahlen	afp	Frankfurter Rundschau	Kabul	301	1.10.
Abdullah erklärt sich vorzeitig zum Sieger	Wahlen	afp	Stuttgarter Zeitung	Kabul	157	1.10.
Leere Wahllokale in Afghanistan	Wahlen	Thomas Ruttig, S. Reza Kazemi, Obaid Ali	taz	Kabul, Herat, Talokan	879	30.9.
Die Angst führt zu leeren Wahllokalen	Wahlen	Agnes Tandler	Stuttgarter Zeitung	Kabul	474	30.9.
Viele Afghanen wählen nicht – aus Angst	Wahlen	AP	Rheinische Post	Kabul	862	30.9.
Lebensgefährliche Wahl	Wahlen	Agnes Tandler	Tagesspiegel	Dubai	533	28.9.
Wahlkampf via Skype	Wahlen	Willi Germund	Frankfurter Rundschau		643	28.9.
Abstimmung mit vollem Risiko	Wahlen	Paul-Anton Krüger	Süddeutsche Zeitung	München	777	28.9.

Oberlehrer ringt wieder mit Herrn Inshallah	Wahlen	Thomas Ruttig, Reza Kazemi	taz	Kabul	830	27.9.
NATO glaubt weiter an Frieden in Afghanistan	Militärbilanz	Christoph Schiltz	Welt	Brüssel	534	26.9.
Bleiben alle Soldaten in Afghanistan?	Bundeswehr-Auslandseinsatz		Rhein-Zeitung	Kabul	273	26.9.
NATO bleibt in voller Stärke in Afghanistan	Bundeswehr-Auslandseinsatz		Ostsee-Zeitung		347	26.9.
Mindestens 35 Hochzeitsgäste bei Armee-Einsatz getötet	Anti-Terror-Einsatz	rtr	Hamburger Abendblatt	Kabul	82	24.9.
Angriff auf Hochzeitsfeier	Anti-Terror-Einsatz	rtr	Süddeutsche Zeitung	Kabul	241	24.9.
39 Tote bei Taliban-Anschlag	Terroranschlag	rtr	Süddeutsche Zeitung	Kabul	95	21.9.
Hadern mit einem der längsten Kriege	Militärbilanz	Wolfgang Plasa, Gerd Gersbeck	Süddeutsche Zeitung	München	941	20.9.
Gewalteskalation in Afghanistan	Militärbilanz		Kölner Stadtanzeiger	Kabul	30	20.9.
Schwere Attentate der Taliban	Terroranschlag	AP	Süddeutsche Zeitung	Kabul	167	18.9.
Fast 50 Tote bei zwei Anschlägen	Terroranschlag	dpa	taz	Kabul	201	18.9.
Anschläge erschüttern Afghanistan	Terroranschlag		Rhein-Zeitung	Kabul	206	18.9.
Fast 50 Tote bei Explosion in Kabul	Terroranschlag	dpa	Frankfurter Neue Presse	Kabul	93	18.9.
Taliban lassen Rotes Kreuz arbeiten	Humanitäre Hilfe	dpa	Frankfurter Rundschau		200	16.9.
Kabul: Rakete trifft Ministerium	Terroranschlag	dpa	Stuttgarter Zeitung	Kabul	96	12.9.
Explosion nahe US-Botschaft in Kabul	Terroranschlag	dpa	Saarbrücker Zeitung	Washington, Kabul	242	12.9.
Schmerzhaft nah	Flüchtlings-schicksal	Leonard Scharfenberg	Tagesspiegel	Sofia	1743	12.9.
Taliban erobern zwei Bezirke in Afghanistan	Vormarsch Taliban	dpa	Hamburger Abendblatt	Kabul	215	11.9.
Taliban erobern zwei Bezirke	Vormarsch Taliban	dpa	Hannoversche Allgemeine	Kabul	230	11.9.
Berlin begrüßt Trumps Absage	Taliban-Verhandlungen	rtr	Stuttgarter Zeitung	Berlin	181	10.9.
Auf die radikale Art	Taliban-Verhandlungen		Frankfurter Rundschau		463	9.9.
Drei Tweets und kein Frieden	Taliban-Verhandlungen	Moritz Baumstieger	Süddeutsche Zeitung	München	770	9.9.
Geplatzt Deal	Taliban-Verhandlungen	Juliane Schäuble	Tagesspiegel	Washington	652	9.9.
Trump bricht Gespräche mit Taliban ab	Taliban-Verhandlungen	Willi Germund	Stuttgarter Zeitung		628	9.9.
Kein Treffen in Camp David	Taliban-Verhandlungen	Stefan Schaaf	taz		482	9.9.
Bundespolizei verlässt Kabul	Bundeswehr-Auslandseinsatz	afp	Frankfurter Neue Presse		135	9.9.

Das Verblässen der Welt

Trump lässt Taliban abblitzen	Taliban-Verhandlungen	dpa	Mitteldeutsche Zeitung	Washington	501	9.9.
Der endlose Krieg: Trump sagt Talibangespräche per Twitter ab	Taliban-Verhandlungen	Can Merey, Veronika Eschbacher	Freie Presse	Washington, Kabul	791	9.9.
Trump zeigt Taliban die rote Karte	Taliban-Verhandlungen	Can Merey, Veronika Eschbacher	Saarbrücker Zeitung	Washington, Kabul	852	9.9.
Mindestens zehn Tote bei Anschlag in Kabul	Terroranschlag	rtr	Hamburger Abendblatt		83	6.9.
Bomben und Angriffe statt Frieden und Abzug	Taliban-Verhandlungen	Thomas Ruttig	taz		544	6.9.
Afghanistans Krieg im US-amerikanischen Frieden	Taliban-Verhandlungen	Willi Germund	Frankfurter Rundschau		570	4.9.
Kalkül mit Sprengsatz	Taliban-Verhandlungen	Moritz Baumstieger	Süddeutsche Zeitung	München	733	4.9.
Taliban setzen die USA unter Druck	Taliban-Verhandlungen		Rhein-Zeitung		549	4.9.
Trotz Abkommen neue Gewalt in Kabul	Taliban-Verhandlungen	Agnes Tandler	Freie Presse	Kabul	573	4.9.
Friedenspakt am Abgrund	Taliban-Verhandlungen	Matthias Schiermeyer	Stuttgarter Zeitung		569	4.9.
Frieden in Afghanistan ohne Waffenruhe?	Taliban-Verhandlungen	Thomas Ruttig	taz		580	3.9.
Gespräche mit Taliban ohne Erfolg	Taliban-Verhandlungen		Kölner Stadtanzeiger	Kabul	226	3.9.
Friedensgespräche bleiben ohne Erfolg	Taliban-Verhandlungen		Hannoversche Allgemeine		321	3.9.
Krieg und Friedensworte	Taliban-Verhandlungen		Süddeutsche Zeitung	München	669	2.9.
Bundeswehr-Camp in Afghanistan beschossen	Bundeswehr-Auslandseinsatz	epd	Rheinische Post	Kabul	167	2.9.
Zurück auf Anfang	Taliban-Verhandlungen		Süddeutsche Zeitung		529	2.9.
Angriffe der Taliban überschatten Friedensgespräche	Taliban-Verhandlungen		Hamburger Abendblatt	Kabul	87	2.9.
Viele Tote nach Angriffen der Taliban	Terroranschlag	dpa	Mitteldeutsche Zeitung	Kabul	202	2.9.
Überfälle der Taliban erschüttern Afghanistan	Terroranschlag		Rhein-Zeitung	Kabul	139	2.9.
Taliban-Angriffe belasten Gespräche	Taliban-Verhandlungen		Freie Presse	Kabul	312	2.9.
Taliban-Angriffe in Kundus	Terroranschlag		Thüringer Allgemeine	Kabul	97	2.9.
Taliban-Angriffe auf afghanische Städte	Terroranschlag		Frankfurter Neue Presse	Kabul	376	2.9.
Taliban-Angriffe in Kundus	Terroranschlag		Tagesspiegel	Kabul	108	1.9.

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der Pressedatenbank Genios.

OBS-Arbeitspapiere Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 52 Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD (Stephan Pühringer, Karl M. Beyer, Dominik Kronberger)
- Nr. 51 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen (Arne Semsrott, Matthias Jakobowski)
- Nr. 50 Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker)
- Nr. 49 Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook (Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar)
- Nr. 48 Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 47 Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten (Christine E. Meltzer)
- Nr. 46 Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker*innen in ausgewählten Tageszeitungen (Marvin Oppong)
- Nr. 45 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? (Lutz Mücke)
- Nr. 44 „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storks, Jana Faus, Rainer Faus)
- Nr. 43 Streitfall Vermögenssteuer. Defizite in der Medienberichterstattung (Hendrik Theine, Andrea Grisold)
- Nr. 42 Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel (Ayline Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler)
- Nr. 41 Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters (Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 40 Armutzeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt (Bernd Gäbler)
- Nr. 39 Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern (Susanne Fengler, Marcus Kreutler)
- Nr. 38 Rechte Allianzen in Europa. Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden (Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde [Redaktion])
- Nr. 37 Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“. Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand (Michael Haller)
- Nr. 36 Krimis, Kontroversen, Kochrezepte. Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka)
- Nr. 35 Agenda-Setting bei ARD und ZDF? Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017 (Marc Liesching, Gabriele Hooffacker)

- Nr. 34 Demoskopie, Medien und Politik. Ein Schulterschluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind)
- Nr. 33 Zwischen Fanreportern und Spielverderbern. Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel)
- Nr. 32 Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter (Berndt Keller)
- Nr. 31 Aufstocker im Bundestag III. Eröffnungsbilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten zu Beginn der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 30 Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag (Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde)
- Nr. 29 Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann)
- Nr. 28 Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)
- Nr. 27 Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)
- Nr. 26 Aufstocker im Bundestag II. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner, Anne Beier)
- Nr. 24 #MythosTwitter. Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König, Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit. Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animateur – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016. Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch, Julika Förster)
- Nr. 19 Bürgerbeteiligung im Fernsehen. Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“. Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? Eine Programmanalyse von WDR und MDR (Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideale Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 107**
Leif Kramp, Stephan Weichert
Konstruktiv durch Krisen?
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106***
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher
Den richtigen Ton treffen
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105**
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk
Medienjournalismus in Deutschland
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104**
Valentin Sagvosdkin
Qualifiziert für die Zukunft?
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103***
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
Medienmäzen Google
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102***
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Nachrichten mit Perspektive
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100***
Tim Engartner
Wie DAX-Unternehmen Schule machen
Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus
- **OBS-Arbeitsheft 99***
Tobias Gostomzyk, Daniel Moßbrucker
„Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!“
Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien
- **OBS-Arbeitsheft 98***
Lutz Frühbrodt, Annette Floren
Unboxing YouTube
Im Netzwerk der Profis und Profiteure
- **OBS-Arbeitsheft 97***
Wolfgang Schroeder, Stefan Fuchs
Neue Mitglieder für die Gewerkschaften
Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 53

Das Verblassen der Welt

Auslandsberichterstattung in der Krise